Gs
6234

Materialien
zur
Geschichte der neuesten Politik.

I.
Meinungsäußerung
eines Conservativen
gegen den Ultramontanismus in Bayern.

II.
Denkschrift
über
den politischen Einfluß der ultramontanen Partei in Bayern
vom Jahr 1838 bis zum Ende des Landtags 1846.

Stuttgart.
Verlag der J. B. Metzler'schen Buchhandlung.
1847.

Vorbemerkung.

Die nachstehenden Materialien, deren erster Theil: „die Meinungsäußerung ꝛc.“ während des Landtags von 1846 als Manuscript gedruckt und vertheilt, deren zweiter Theil: „die Denkschrift ꝛc.“ von dem Verfasser der „Meinungsäußerung“ im November desselben Jahrs niedergeschrieben wurde, sind dem Unterzeichneten am 30. Januar laufenden Jahrs von dem Herrn Verfasser mit dem Auftrag übergeben worden, die letzte Durchsicht für den Druck vorzunehmen. Eine staatsrechtliche Abhandlung über das Verhältniß von Constitution und Concordat, welche das abschließende Element der Materialien bilden sollte, wurde vom Herrn Verfasser zurückgenommen. Derselbe war nämlich von der Ueberzeugung ausgegangen, daß das Ministerium Abel seit dem Schlusse des Landtags die ultramontane Richtung verlassen habe (eine Ueberzeugung, welche ohne Zweifel auf Thatsachen gegründet war) und wollte seiner Seits die Annäherung des conservativen und liberalen Katholicismus an den conservativen und liberalen Protestantismus theils durch eine scharfe Critik der begangenen Fehler, theils durch die Mittheilung einer wohl beiden Parteien genügenden Auffassung des wichtigsten strittigen Punktes, der vorlag, beschleunigen. Unter den neuesten Umständen hielt er jedoch die Anregung einer Discussion über diese wichtige Frage für zu bedenklich.

Der Herr Verfasser, welcher sich von Ende Januars bis Ende März aus Gesundheitsrücksichten hier befand, hatte, empört über das Benehmen des größten

Theils der deutschen Presse gegen das abgetretene Ministerium, eine Zeitlang im Sinn, das Ganze vom Druck zurückzuziehen, obwohl eine faktische Demonstration für ihn, der seit langer Zeit von der deutschen Presse dem protestantischen Publikum als eines der thätigsten Mitglieder der ultramontanen Partei hingestellt wurde, zur politischen Pflicht geworden war. Er hat jedoch die Zurücknahme unterlassen, weil ihm ohne die Herausgabe dieser Materialien jede nach Umständen vielleicht nöthige Opposition gegen das neue Ministerium durch jene Verdächtigung äußerst erschwert worden wäre.

Stuttgart, den 3. April 1847.

Dr. Gustav Widenmann.

I.

Meinungsäußerung eines Conservativen

gegen

den Ultramontanismus in Bayern.

Unter allen Staaten des deutschen Bundes, Oesterreich nicht ausgenommen, ist Bayern wahrscheinlich derjenige, welcher in seiner, aus drei der edelsten deutschen Stämme gemischten Bevölkerung die unversehrtesten conservativen und die besonnensten liberalen Elemente enthält.

Die bayerische Dynastie ist so gesichert, als irgend eine Dynastie im heutigen Europa gesichert seyn kann. Die regierende Linie nimmt, indem sie die Ueberlieferungen der bayerischen und pfälzischen Wittelsbacher und damit katholische und protestantische, guelfische und ghibellinische Traditionen in sich vereinigt, eine Stellung ein, welche in dieser Weise in Deutschland durchaus einzig ist, und welche dem natürlichen Staatsberuf von Bayern, als dem ersten konstitutionellen und zugleich paritätischen Staate von Deutschland, auf eine höchst organische Weise entspricht.

Es ist daher natürlich, daß alle diejenigen, welche den Charakter der Erschütterungen zu würdigen wissen, die der Radikalismus in seiner noch kommenden letzten Phase über Europa verhängen kann, der schicksalsschwangeren Zukunft gegenüber mit einem besonderen Vertrauen auf Bayern zu sehen gewohnt waren. Indem Bayern mit einer Verfassung, welche das Königthum in ungeschwächter und lebendiger Machtfülle erhielt, und zugleich den Ständen bestimmte, reale Befugnisse gesetzgeberischer Mitwirkung einräumte, sich

als beschränkte Monarchie zwischen die absolute Regierungsform der drei nordischen Mächte und zwischen das abstrakte, von demokratischen Institutionen umringte, von keinem Adel getragene Königthum des Westens in die Mitte gestellt hat, ist es eben so sehr zu einer liberalen * Förderung des politischen Lebens in Deutschland, als zu einem konservativen Schutzwall gegen den Andrang des Radikalismus berufen. Indem ferner der bayerische Staat nicht wie der preußische aus einer bestimmten konfessionellen Stellung seine Größe geschöpft hat, sondern aus altbayerischen, pfälzischen und fränkischen Bestandtheilen als ein wesentlich neuer Staat hervorgegangen ist, scheint er zur Handhabung des Princips der Parität, dieses Deutschland und der Schweiz so eigenthümlichen, unter tausend blutigen Kämpfen festgestellten Princips, unendlich viel geeigneter als Preußen, welches an der Hand protestantischer Interessen groß geworden war und als Macht von einseitig protestantischer Tradition den Katholiken beständige Besorgnisse einflößen mußte.

Die Grundsätze Seiner Majestät des regierenden Königs mußten dieses Vertrauen noch in besonderer Weise steigern. Abgesehen von dem außer dem Gesichtskreis dieser Betrachtungen liegenden europäischen Rufe, welchen der König Ludwig als Schöpfer einer neuen Phase der deutschen Kunst sich erworben hat, ist sein entschiedener, in den Zeiten der Gefahr bewährter, allgemein deutscher Sinn Bürge für eine lebendige Theilnahme an der Gesammtförderung der deutschen Interessen, sein ausgeprägtes, in unserer Zeit so seltenes, historisches Gefühl Bürge für das Verständniß der von der Geschichte und den Umständen Bayern angewiesenen Stellung.

Die hervorragende Theilnahme, welche Bayern an gemein deutschen Unternehmungen, namentlich an der Gründung und Weiterentwicklung des deutschen Zollvereins genommen hat, liegt vor Augen.

In der innern Politik bekämpfte Bayern auf der einen Seite mit Energie die Revolutionsversuche der dreißiger Jahre, auf der andern trat es auf den deutschen Ministerkonferenzen einer zu weit gehenden Beschränkung der konstitutionellen Einrichtungen entgegen und widersetzte sich später aufs unumwun-

* Wir bitten den Leser hier und in der Folge zu beachten, daß der Ausdruck „liberal" von uns nicht in dem unter der Mehrzahl der deutschen Presse üblichen Sinne gebraucht wird, welche bekanntlich diesen Ehrennamen für jeden gemäßigten Radikalen, ja sogar für die Welker'sche Schule in Anspruch nimmt.

denste dem hannoverschen Gewaltstreich. Wenn die Krone in Konflikten mit den Ständen ihre Rechte stets mit Entschiedenheit gewahrt hat, so war sie doch zugleich stets bemüht, solchen Streitfragen eine nicht blos kalt juridische, sondern auch moralisch befriedigende Lösung zu geben.

Vor allem aber beachtenswerth ist das Verhalten des Königs in der religiösen Seite der Politik. Strenge Aufrechthaltung des positiven Charakters jeder in Bayern anerkannten oder geduldeten Konfession und allseitige Förderung des religiösen Sinnes auf der einen Seite —, entschiedene Geltendmachung der Staatshoheit gegen Uebergriffe der Kirche auf der andern Seite, sind seine ausgesprochenen Grundsätze. Wenn der König gegenüber dem Monopole, welches in Deutschland protestantische Wissenschaft, Geschichtschreibung und Literatur sich den Katholiken gegenüber (allerdings durch der letztern eigene frühere Unthätigkeit) anzumaßen drohte, und nach den Wunden, welche die radikale Staatswillkühr der katholischen Kirche geschlagen hatte, katholische Wissenschaft und katholisches Kirchenthum aufs lebhafteste gefördert hat, so verdanken ihm auch die bayerischen Protestanten zum guten Theile die Erhaltung des positiv-symbolischen Charakters, welchen die bayerische Kirche vor den andern protestantischen Landeskirchen von Deutschland vorzugsweise bewahrt. Hat er als eifriger Katholik die katholischen Stiftungen gefördert, so hat er sich ebenso gegen Pfäfferei und Zelotismus vielfach und entschieden erklärt: er hat endlich jeden Anlaß ergriffen, um das Staatsprincip der Parität beider Confessionen als die unverrückte Richtschnur seiner Staatshandlungen zu erklären.

Man wird nach dem Gesagten begreifen, wenn wir behaupten, daß Bayern, obwohl es an manchen Unvollkommenheiten seiner Verfassung und mehr noch an der althergebrachten nationalen Untugend bureaukratischer Bevormundung leidet, und wenn es auch in allem, was formelle Vollendung des Staatsmechanismus, industriellen Glanz und (was am wenigsten zu bedauern ist) äußern Schliff betrifft, hinter andern Staaten des deutschen Bundes zurücksteht, doch nach der dreifachen Bedingung seiner Bevölkerung, seiner gegebenen Stellung und der Tendenzen seines gegenwärtigen Königs hinreichende Garantieen zu der Erwartung darbot, daß es der Krisis, welche nach der Ueberzeugung aller Denkenden früher oder später über Deutschland hereinbrechen muß, eine konfessionell beruhigte, politisch besonnene Bevölkerung

entgegensetzen und so unter einsichtigen Staatsmännern, bei den gefährlichen Konjunkturen von Preußen und den Fortschritten, welche der Radikalismus im südwestlichen Deutschland macht, der Rettungsanker des gesammten Deutschlands werden könne.

Diese Erwartung droht vereitelt zu werden. Die Bewegung hat auch Bayern ergriffen; aber dießmal ist es nicht der Radikalismus, sondern der Ultramontanismus, der an ihrer Spitze steht.

Der Ultramontanismus im Allgemeinen.

Ehe wir den Ultramontanismus charakterisiren, muß der Begriff bezeichnet werden, den wir mit diesem vielgebrauchten Worte verbinden.

Ultramontan im nächsten, wörtlichen Sinne des Worts ist aller Katholicismus, indem er von Glaubens wegen den römischen Bischof als Primas der katholischen Kirche anerkennt.

In einem engeren Sinn hat man mit diesem Wort das päpstliche System bezeichnet, welches innerhalb des Katholicismus selbst dem bischöflichen gegenübersteht. Welches von diesen beiden Systemen, von denen das eine den Papst als primus inter pares, das andere als Monarchen betrachtet, den endlichen Sieg erringen wird, ist eine Streitfrage des katholischen Kirchenrechts, die nicht hieher gehört.

Wir bemerken nur, daß unter den Anhängern des päpstlichen Systems selbst sich wieder zwei Fraktionen unterscheiden lassen, deren eine die Kirche als eine gemäßigte, die andere als unumschränkte * Monarchie auffaßt, und daß diese letztere, ultracistische Ansicht vornehmlich durch den Jesuitenorden vertreten worden ist, welcher, um die katholische Kirche zu retten, sie in den Papst koncentrirt hat.

In allen diesen Bedeutungen ist jedoch der Ultramontanismus eine Hausangelegenheit der katholischen Kirche, die weder den Staat noch den Protestantismus angeht, und die uns nicht berühren würde, hätte nicht das Wort durch geschichtliche Vorgänge eine bestimmte Nebenbedeutung erhalten.

* Das heißt so, daß die Concilien lediglich berathende Stimme haben und, wie das Kirchenrecht von Phillips sich ausdrückt, „der Episkopat nur durch Petrus Episkopat, die Kirche nur durch Petrus Kirche ist.“

Indem nämlich die Bischöfe dem Papst gegenüber die Freiheiten der Nationalkirchen festhielten und den Rechten des Staats Spielraum gaben, während die Ultramontanen, vor allem der Jesuitenorden, die Rechte sowohl als die Prätentionen des Papstes und die mittelalterlichen Uebergriffe der Kirche über den Staat vertraten, kam man dazu, das Wort Ultramontanismus jeder Richtung unter den Katholiken beizulegen, welche eine Einmischung der Kirche in weltliche Angelegenheiten bezweckt, — gleichviel ob sie mit der Curie wirklich Hand in Hand geht oder das Papalsystem nur als Idee im Hintergrund braucht.

Nun besteht seit einigen Jahren eine katholische Fraktion in Europa, welche, kirchenrechtlich größtentheils der bezeichneten ultracistischen Ansicht angehörend, sich zugleich als weltliche, politische Partei konstituirt und unter den Parteien dieser Welt niedergelassen hat, um den Ultramontanismus im letztbezeichneten Sinne im Leben durchzuführen. Dieser Ultramontanismus und diese Partei ist es, die wir im Auge haben, indem wir uns des vom europäischen Publikum wie von der betreffenden Partei selbst angenommenen Sprachgebrauches bedienen; obwohl diese letztere sich selbst gewöhnlich den Titel „katholische" beilegt.

Man sieht bei dem ersten Blick, den man auf die Lage der Parteien in Europa wirft, daß eine „katholische Partei" in dieser Weise noch niemals bestanden hat. Wenn in den frühern Jahrhunderten eine katholische Partei auf der politischen Bühne von Europa erscheint, so ist es im Gegensatz zu einer andern, zur griechischen oder protestantischen Confession. Diese Partei dagegen bildet eine geschlossene Anzahl inmitten katholischer Nationen selbst: sie ist die „katholische" im Gegensatz zu den katholischen Franzosen und Belgiern, sie ist selbst in paritätischen Ländern wie Preußen und Bayern nicht nur den Protestanten, sondern der Majorität ihrer eigenen Confessionsgenossen gegenüber die „katholische Partei."

Um sich dieß zu erklären, könnte man glauben, daß „die katholische Partei," ähnlich wie innerhalb des Protestantismus die Separatisten, ohne sich vom überlieferten Glauben ihrer Kirche zu trennen, eine Gemeinde bildet, welche inmitten ihrer Namensbrüder mit ihrer besondern Weise von Erweckung und Frömmigkeit die auserwählte zu seyn glaubt. Nichts ist aber entgegengesetzter als die Ultramontanen und die Stillen im Lande. Will man die

Frommen, der Welt entfremdeten Naturen finden, so findet man sie selten im Schooße, niemals unter den Wortführern der ultramontanen Partei. Auch bedarf es, um ihr als solcher anzugehören, keiner besondern gemüthlichen Erfahrung, keiner religiösen Anstrengung, nicht einmal einer wirklichen oder gemachten Schwärmerei, es gehört dazu Nichts als, wie dieß bei jeder politischen Partei geschieht, gewisse Grundsätze zu unterschreiben und die Funktionen zu theilen, welche das Parteileben mit sich bringt.

Die ultramontane Partei ist somit eine Fraktion von Katholiken, welche sich zur praktischen Durchführung gewisser Grundsätze dem Staat und der Gesellschaft gegenüber vereinigt hat. Welches sind diese Grundsätze? — Sie sind ursprünglich sehr einfach folgende:

Die katholische Kirche ist das Reich Gottes auf Erden. Das Fundament aller Staatsgesetzgebung kann nichts seyn als die in ihr geoffenbarte Wahrheit. Da diese Wahrheit nur Eine ist, so hat auch die weltliche Obrigkeit die Häresie als Staatsverbrechen, die Irrlehrer als Uebelthäter zu bestrafen. * Das Haupt dieser Kirche, der Papst, ist Stellvertreter Gottes auf Erden und Nachfolger Christi in seiner dreifachen Eigenschaft als Hohenpriester, Prophet und König der Könige. ** Seine Gewalt allein ist unmittelbar —, alle übrigen sind mittelbar göttlichen Ursprungs. Kirche und Staat sollen in inniger Verbindung leben, um den Zweck der Menschheit zu erreichen, welcher die Ausbreitung des Reiches Gottes auf Erden ist. Das Bild dieses Verhältnisses ist das des Sohnes zum Vater. *** Der Papst ist das Centrum der Weltgeschichte und Rom als Sitz des Papstes die Königin aller Städte der Erde; † das Gottesreich ist bestimmt, alle Reiche der Welt in sich aufzunehmen und ihre Zwecke mit den seinigen aufs innigste zu verbinden, so daß alle andern nur um dieser Verbindung willen Bestand haben.

Die Principien, welche in diesen zum Theil den ultramontanen Quellen selbst enthobenen Worten enthalten sind, sind dieselben, welche Gregor VII. aufgestellt hat, und um deren Geltung oder Nichtgeltung der große Kampf des Mittelalters gekämpft worden ist. Ohne Zweifel kann man diese

* Hist. pol. Bl. 11. Bd. 2. Heft „die Preßfreiheit" in Deutschland.

** Man sehe darüber, namentlich in der letzten Beziehung das Kirchenrecht von Phillips, Bd. I. p. 62 und 63, 108, 113 u. an a. O.

*** Hist. pol. Blätter 14. Band, 5. Heft, p. 312.

† Hist. pol. Bl. 16. Bd., 10. Heft p. 672 und 673.

Principien auch heute noch bekennen, und ohne Zweifel hat diese Ueberzeugung wie jede andere ihr Recht, sich geltend zu machen. Was man aber verlangen kann, ist, daß die Bekenner dieser Ueberzeugung sich der Folgerungen geständig seyen, welche daraus hervorgehen, und des Widerspruchs, in welchen sie damit der europäischen Gesellschaft gegenüber treten.

Die Geschichte ist nämlich über diese Ansicht in dreifacher Beziehung hinweggegangen. Die Reformation hat die Herrschaft der Kirche über den Staat aufgehoben; der westphälische Frieden hat ein paritätisches Staatsrecht geschaffen, nach welchem zwar das Christenthum, aber das Christenthum in seinen drei Confessionen, die Grundlage des Staates ist; die neue Zeit endlich, vom preußischen Landrecht bis zur französischen Charte von 1830, hat die weltliche Macht der Kirche vernichtet, den Staat von der Kirche getrennt, seine Gesetzgebung statt auf die Offenbarung auf das natürlich-menschliche Recht basirt und darnach die Freiheit der Culte aufgestellt.

Es ist nun jedem Unbefangenen klar, daß die obige, in ihren theoretischen Grundzügen, wir wiederholen es, von den genannten Quellen noch heute vertretene Ansicht

1) eine Unterordnung der Kirche unter den Staat nimmermehr zugeben kann. Sie hat darin von ihrem Standpunkte aus vollkommen Recht. Wie könnte der Staat mit seinen Nebenzwecken, der Staat, eine Anstalt des äußern Rechts, welche nur dazu vorhanden seyn kann, einerseits die Kirche zu schützen und als äußerer Bischof ihre Gesetze zu vollziehen, andererseits durch seine Entwicklung dem Reiche Gottes dienlich zu seyn, über dieses Reich Gottes gesetzt seyn? Wie könnte der Sohn über dem Vater, wie könnten die aus menschlichen Sanctionen hervorgegangenen, durch die Kirche erst bestätigten menschlichen Souverainetäten über dem Stellvertreter Gottes auf Erden stehen?

Jede Religion, die protestantische, wie die katholische, hat zwar die Tendenz, das Leben des Staates zu beseelen, wie das Gemüth den Menschen, wie das Herz den Körper durchdringt. Damit ist aber, wenn auch allerdings die Stellung der Religion (der Grundlage der Kirche) zum Recht (der Grundlage des Staates) eine noch ungelöste ist, keine Herrschaft der Kirche über den Staat gegeben. Wenn, wie die Protestanten und die Katholiken gleichmäßig glauben, die Kirche als geistliche Anstalt, mit geistlichen Oberhäuptern, als ein Reich, das nicht dieser Welt angehört, allerdings in ihrer geistlichen Autonomie

frei erhalten werden soll, so ist damit in keiner Weise gesagt, daß die Kirche als die in der sichtbaren Welt lebende Gesellschaft von Confessionsverwandten nicht der bürgerlichen Gesellschaft unterworfen seyn solle. Wenn dagegen die Kirche ein Reich ist, bestimmt, „alle Reiche der Welt in sich aufzunehmen, so zwar, daß sie nur um dieser Verbindung willen Bestand haben," wenn der Papst der Nachfolger Christi in seiner Eigenschaft als „König der Könige," als „Herrscher der Herrschenden", — wenn „Rom die Königin des Erdkreises" ist, welcher Unsinn, ja wenn man sich einen Augenblick in diesen Standpunkt zu versetzen vermag, welche Blasphemie ist dann jedes Verhältniß, in welchem der Staat diesem Gottesreiche nicht unter-, geschweige denn übergeordnet wäre.

Die höchste Concession, zu welcher diese Ansicht sich im Angesicht der Nothwendigkeit entschließen könnte, wäre die vollkommene Gleichstellung des Staates und der Kirche. Man fühlt aber leicht, daß eine solche Gleichstellung eine Undenkbarkeit ist. Eine Parität der Confessionen ist möglich, weil bei entstehenden Conflikten der Staat als dritter entscheiden kann, eine Gleichheit von zwei Gesellschaften aber, welche, wie Staat und Kirche, weil sie selbst die höchsten Instanzen der Menschheit sind, keine dritte Instanz über sich haben können, ist ein Unding. Möglich ist, was im Mittelalter war: eine Unterordnung des Staats unter die Kirche, bei welcher die Kirche die Oberherrlichkeit ausübt, ohne doch dem Staat alle Selbstständigkeit in seinem äußern Rechtsgebiete zu entziehen, möglich ist, was die neue Zeit will und was die Zukunft bringen wird, eine Unterordnung der Kirche unter den Staat, in welcher Staat und Kirche, als zwei verschieden organisirte, jedes in seinem Kreis autonomische Wesen sich gleichwohl in ihrer Wirksamkeit für die Menschheit in eine Einheit letzter Instanz so zusammenschließen, wie in der Familie Vater und Mutter in die Obergewalt des Mannes: unmöglich ist, wie Görres selbst es ausgedrückt hat, jener „pure, pute Dualismus."*

* Der verstorbene Erzbischof Clemens August von Köln hat bekanntlich in seiner Schrift über das Verhältniß von Staat und Kirche den Versuch gemacht, diese Gleichstellung zu begründen. Herr von Görres selbst, in seiner Besprechung dieser Schrift, erkennt mittelbar die Unmöglichkeit eines solchen Verhältnisses an. „Also (ruft er aus) wird man sagen, der reine, pure, pute Dualism, der ausgesprochene Gegensatz der Principien soll die Lehre seyn, zu der wir uns bekennen. Allerdings, ihr habt es selber so gewollt und es wird kein anderer Ausweg übrig bleiben." Ueberdieß wird

Es ist 2) ebenso klar, daß diese Ansicht ein paritätisches Staatsrecht nur in Folge bestehender Verträge, als zeitweise Nothwendigkeit, niemals im Princip anerkennen kann; und daß 3) die Freiheit der Culte, die Freiheit des Geistes, des Glaubens und des Gewissens, die Freiheit der Presse und die Freiheit des Unterrichts ihren innersten Forderungen unversöhnlich, ja als Gräuel zuwiderläuft. Wir verweisen den Leser, um jeden Zweifel darüber zu heben, daß es sich nicht nur von der guelfischen Ansicht des Mittelalters, sondern von einer im Princip heute noch anerkannten handelt, auf die unten abgedruckten Belegstellen. *

in der Darstellung der Grundsätze, welche hiernach gelten sollen, die Gleichstellung selbst wieder verdächtig: „Staat und Kirche, heißt es, sind sich also nicht subordinirt, sondern koordinirt; die Beeinträchtigung dieses Verhältnisses von beiden Seiten muß überall, wo nicht Macht vor Recht geht und das Ewige dem Zeitlichen nachsteht, als ein crimen laesae majestatis betrachtet werden."

* Die historisch-politischen Blätter, die sich, in Anbetracht der zeitweiligen Lage, für Preßfreiheit ausgesprochen haben, haben bei der darüber angestellten Abwägung der Gründe und Gegengründe deutlich genug ausgesprochen, daß die „katholische Partei" die oben genannten Freiheiten nur in Anbetracht der gegenwärtigen Vortheile annehmen kann, während sie im Princip ihnen schroff gegenübersteht. „Wir räumen ein," — heißt es in dem Bd. VI, Heft 2, enthaltenen Aufsatz „die Preßfreiheit in Deutschland," — „daß nur die Wahrheit das Recht habe, frei verkündigt zu werden, während der offenkundige Irrthum als ein der Societät schädliches Gift in seiner Verbreitung gehindert, mit möglicher Schonung der Irrenden unschädlich gemacht und demgemäß nach besten Kräften ausgerottet und vertilgt werden müsse. In diesen Grundideen stimmen die katholischen Vertheidiger der Preßfreiheit, vom Standpunkte der Kirche ausgehend, mit den Vertheidigern der Censur überein." Diese Grundideen, wovon für unsere Zeiten und in Erwägung der in den meisten heutigen Ländern obwaltenden Verhältnisse, (bei denen die Preßfreiheit ein weit geringeres Uebel als die dermalige Censur sey,) Umgang genommen wird, werden sodann in Folgendem näher bezeichnet:

„Das System der Ausschließung oder Prävention des Irrthums stützt sich, in seinem tiefsten Fundament, auf die einfache Voraussetzung: daß die Gesellschaft, und vorzugsweise die höchsten Autoritäten in ihr, Staatsgewalt und Kirche, in ihrer Auffassung der obersten Grundsätze von Wahr und Falsch, von Gut und Schlecht, von Recht und Unrecht eins und einig seyen. Sucht dann ein fremdartiges Element störend in diesen Organismus einzugreifen, so begreift man leicht, daß die Gesellschaft, der Staatsorganismus und die Kirche sich dagegen vertheidigen —, daß sie das, von Allen als feindselig, störend, schädlich anerkannte Element nicht eindringen lassen, sondern abwehren müssen. Daraus folgt von selbst die Nothwendigkeit geistlicher und weltlicher Censur und im weiteren Verlauf des Verfahrens, hartnäckigen Umtrieben antisocialer Theorien gegenüber die Anwendung jener Maßregeln, bei deren Nennung bereits den rechtgläubigen Philanthropen

Wir wiederholen es: Jede Ueberzeugung, wenn sie wirklich Ueberzeugung ist, ist uns ehrenwerth. Und so traurig diese Ueberzeugung ist, indem sie annimmt, daß die Geschichte seit vier Jahrhunderten Nichts ist, als ein durch drei Epochen, deren jede die vorhergehende im Irrthum und Frevel überstürzt, fortgesetzter ungeheurer Verfall, so achtungswerth könnte sie seyn, wenn sie inmitten der Welt, von welcher sie umringt ist, in loyaler und ehrlicher Weise sich zu bewahren verstünde.

von der strikten Observanz ein obligater Schauder überlaufen muß. Der Sachsenspiegel faßt das hieher gehörige in die einfache Disposition zusammen: So Mann oder Weib ungläubig ist, soll man sie auf eine Hürde setzen und verbrennen. Sehen wir jedoch von dieser grausamen Form der Hinrichtung ab, die dem Zeitalter angehört, so ist auf dem Grund und Boden dieses Systems gegen die Richtigkeit der Schlußfolgerung, welche zu diesem letzten Resultate führte, nichts einzuwenden. Die Gesellschaft stößt den aus, der an ihren höchsten und heiligsten Gütern frevelt und hat in der That nicht minder recht es zu thun als Räuber und Mörder hinzurichten. Zu dieser Lehre hat sich, als er noch lebenskräftig war, der Protestantismus nicht minder wie die Kirche bekannt. Nur die elende Schwäche einer verkommenen Zeit könnte an dem heilsamen Ernst, der sich in dieser Grundidee ausspricht — von einzelnen Fällen der Anwendung ist hier nicht die Rede, — Aergerniß und Anstoß nehmen."

Was den andern Punkt, die Anerkennung der Parität, betrifft, so entheben wir einer kleinen in diesem Jahr in Regensburg erschienenen Schrift „über das Rongethum und seine Zulässigkeit in Bayern" folgende in mehr als Einer Beziehung charakteristische Stellen: „Es ist somit das katholische Staatsprincip, (nach welchem, dem Verfasser zufolge, Bayern regiert wird,) das von jeher diese gepriesene Glaubens- und Gewissensfreiheit nie anerkannt hat, weil dasselbe zu allen Zeiten nur auf dem Panier der Sektion zu lesen war, das allein richtige. Eine Regierung, die vom katholischen Standpunkte aus handelt, verabscheut gleich vom Anfang an alles Sektenwesen. So hat Oesterreich und Bayern von jeher gehandelt und wer will sagen mit Unrecht? Oder sollten diese beiden Staaten gleich Anfangs dem Sektenwesen Thür und Thor geöffnet haben, um als Staaten, die die gepriesene Glaubens- und Gewissensfreiheit ehrten, ins Renommée zu kommen? Sie haben schon gesehen, welche Früchte diese Freiheit anderwärts getragen hat. Die katholische Religion war von jeher die Grundlage der Staaten, ihre Völker waren durch sie glücklich und die Regierung mit ihnen. Warum nun hergelaufenen Leuten, die von heute waren, die Thüre öffnen? Deßhalb hielten sich Oesterreich und Bayern, so lange sie konnten, die neue Lehre vom Leibe, und erst als ihre Anhänger sich durch die Waffen eine Existenz ertrotzt hatten, erst als sie so zahlreich geworden waren, daß sie einen bedeutenden Theil der Bevölkerung bildeten, mußte man auf Wege und Mittel denken, ihre Angelegenheiten in Ordnung zu bringen und sie entweder zu dulden oder den katholischen Bewohnern in den Rechten gleich zu stellen, weil sonst nie Ruhe und Frieden geworden wäre. Die katholische Regierung mußte denken: Gott hat diese Spal-

Sie hat dafür, wie man leicht sieht, zwei Wege, entweder erklärt sie mit dem Bewußtseyn der Folgen, denen sie anheimfällt, mit Einsetzung des Lebens einen offenen, unversöhnlichen Krieg der Gesellschaft, mit deren in ihren Augen gottlosen Gesetzen sie keinen Vertrag eingehen kann; oder sie erklärt, im Hinblick auf die Unmöglichkeit eines Erfolgs, ihren freiwilligen, aufrichtigen, vollständigen Verzicht auf die Realisirung von Ideen, die ihr heilig bleiben können, deren Verwirklichung auf dieser Erde aber sie ohne ein (sobald sie der neuen Gesellschaft ihren Schwur geleistet hat, verwerfliches) Zuthun von ihrer Seite Gott allein überläßt. Das Dilemma, in dem sich der Ultramontanismus befindet, ist, um ein Bild zu gebrauchen, so einfach als das, worein im politischen Leben ein

tungen zugelassen, er wird sie auch wieder zu beseitigen wissen; so lange sie aber dauern, müssen wir des lieben Friedens wegen, da wir sie nicht zu hemmen im Stande sind, die durch die Trennung entstandenen Gemeinden dulden. Findet nun eine Regierung besondere Beweggründe, die getrennten Parteien in ihren Rechten der alten katholischen Bevölkerung gleichzustellen, um den bürgerlichen Frieden noch mehr zu sichern, so wird sie auch diesen letzten Schritt thun und ihnen den äußersten Schutz gewähren, den sie gewähren kann. So stehen die Dinge gegenwärtig in Bayern zwischen Katholiken und Protestanten. Es frägt sich nun: Hat die bayerische Regierung die Gewissens- und Glaubensfreiheit verletzt, weil sie dem Rongethum keinen Einlaßschein gab? Mit nichten, denn fürs erste erkennt sie diese Glaubens- und Gewissensfreiheit gar nicht an, weil sie nicht auf protestantischem Boden steht; sie macht sich daher auch gar keiner Inkonsequenz schuldig, weil sie von jeher die Resultate der protestantischen Glaubens- und Gewissensfreiheit als Partei- und Sektenwesen von ihrem Standpunkte aus betrachten mußte und betrachtet hat. Wollte man ihr vorwerfen, daß sie doch der Augsburger Confession und ihren Anhängern, die ja doch auf die nämliche Weise entstanden seyen, wie das Leipziger Glaubensbekenntniß des Ronge, verfassungsmäßige Rechte zuerkannt, somit alle religiösen Parteien in ihren Staatsverband aufgenommen habe; so könnte man entgegnen, was oben gesagt wurde. Dieß geschah, nachdem die neue Existenz bereits ertrotzt war und um einmal Frieden zu bekommen. Bei Ronge und seinem Anhange findet Bayern eben so wenig Grund, ihn zuzulassen, so wenig es Anfangs das Lutherthum zugelassen hat. Sollte aber das Rongethum auch von der Vorsehung in der Weise zugelassen werden, daß sich Bayern desselben nimmer erwehren könnte; dann würde die Regierung schon Mittel und Wege haben, sich mit ihm abzufinden. (!)"

Es ist unmöglich, naiver auszudrücken, daß die ganze Parität nur eine dem physischen Zwang gebrachte Verläugnung des Princips ist und daß zwischen der Zulassung des Protestantismus und zwischen der des plattesten Indifferentismus im Grunde kein Unterschied angenommen wird.

Republikaner versetzt ist, der in einem monarchischen Staate lebt. Entweder verschwört er sich gegen den Staat und wird Märtyrer seiner Ueberzeugung, oder er verzichtet, wenn nicht auf seinen Glauben an die Republik, doch auf die Republik unter den gegebenen Verhältnissen, unterwirft sich der Monarchie und hält ihr, nachdem er einmal mit ihr paktirt hat, die geschworene Treue. Beide Wege sind achtbar, beide moralisch verständlich.

Weniger gewissenhaft, obwohl zu entschuldigen, wäre der dritte Weg: mit der Monarchie zu paktiren, ihr aber trotzdem mit den Mitteln, welche die Staatsgesetze an die Hand geben, alle möglichen Verlegenheiten zu bereiten. Aber der unehrenwertheste und der lächerlichste aller Wege wäre ohne Zweifel der: sich zum vorzugsweisen Bewunderer, zum bestellten Vertheidiger der Monarchie aufzuwerfen und unter diesem Titel die Verwirklichung der Republik und folglich den Umsturz der ersteren anzubahnen.

Nun denn, wir wollen, nachdem wir für unsere Pflicht gehalten haben, den Ultramontanismus anzuklagen, ihn verständlich und bestimmt anklagen: *diesen unehrenhaftesten und diesen lächerlichsten aller Wege hat der Ultramontanismus eingeschlagen.* Er, der geborne, verpflichtete Feind aller der Freiheiten, die wir oben genannt, tritt als Bewunderer dieser Freiheiten auf, er, der erbitterte Gegner der paritätischen Verfassungen und der modernen Staatsprincipien, kämpft im Namen dieser Verfassungen und unter dem Banner dieser Principien, er, der natürliche Widerpart der neuen Welt, hat sich zum Kind dieser Welt, zu ihrem erstgebornen Sohn gestempelt, um sie *unter dieser Form desto sicherer zu untergraben.*

Wäre der Ultramontanismus, was er zu seyn vorgibt, *religiöser und aufopfernder* Natur, so hätte er sich gesagt: „inmitten einer Gesellschaft, deren Gesetzgebung eine „häretische", „unchristliche", „heidnische" ist, beschränke ich mich auf die Waffen der religiösen Tugend, auf die Wirkung des Beispiels, auf die Macht des Evangeliums: und wie es zur Zeit des römischen Reiches den ersten Christen gelungen ist, durch die Kraft der innern Umwandlung, ohne jede Einmischung in den Staat, ohne jeden andern Ungehorsam gegen den Staat als die Verweigerung des Götzendienstes, die ganze Gesellschaft zu durchdringen, so kann es auch mir wieder gelingen."

Da der Ultramontanismus von allem dem nichts vermag, so hat er sich Folgendes gesagt:

„Die Kirche war einst eine Königin an Macht und Reichthum, ihre Würdeträger saßen unter den Kurfürsten, ihr Clerus bildete einen Stand im Staate: das alles ist gefallen. Aber was damals ein Stand im Staate war, das ist im konstitutionellen Leben eine Partei; was damals weltliche Macht war, ist heutzutag die politische Presse.

Wohlan denn, so machen wir die Kirche zur politischen Partei, bemächtigen wir uns der Presse und was unmittelbar nicht wieder herzustellen ist, werden wir mittelbar erreichen.

Wir haben einst als Kirche über den Staat geherrscht, beherrschen wir ihn jetzt als Majorität durch die Masse. Wir haben einst Privilegien gehabt und Monopole besessen: dehnen wir jetzt die Selbstständigkeit, welche der Staat uns in geistlichen Dingen gelassen hat, so weit aus, daß sie zur Exemtion vom Gesetze wird; dehnen wir die Freiheit, welche der Staat urkundlich Allen gewährleistet, so weit aus, daß unsere Freiheit die Freiheit aller andern verschlingt.

Als wir einst offen die Völker beherrschen wollten, haben sie diese Herrschaft abgeschüttelt; schreiben wir die Freiheit und Gleichheit auf unsere Fahne, so werden sie uns zulaufen und von uns beherrscht werden, ohne es zu wissen, gerade wie sie es von denen werden, welche die Freiheit und Gleichheit zuerst erfunden haben.

Als wir offen die Fürsten beherrschen wollten, haben sie uns unterdrückt und geächtet. Heute werden wir ihnen sagen, daß wir ihre einzig gehorsamen Unterthanen, die einzigen Stützen für die Erhaltung der Throne sind, und wir werden sie beherrschen, indem sie uns als Stützen heranziehen.

Wir werden mit der Staatsgewalt gehen, wenn die Staatsgewalt uns günstig ist, mit der Opposition, wo die Opposition uns braucht*; wir werden die Helden der Legitimität seyn im alten Europa, die Helden der Demokratie im neuen, die authentischen Ausleger der Verfassungen, wo es Verfassungen gibt, die letzten Verfechter der Unumschränktheit von Gottes Gnaden, wo die Monarchie noch unbeschränkt ist.

Sind die Gesetze uns ungünstig, so weisen wir sie als sündliche Producte

* Man vergleiche darüber den Artikel „was will die katholische Partei?" in der Augsb. Post-Zeitung vom 15. Aug. 1845.

einer kirchenfeindlichen Zeit zurück*; sind sie uns günstig, so behandeln wir als Radikalen oder Absolutisten Jeden, der eine Aenderung zu wünschen wagt. Schützen uns Concordate, so sind wir, indem wir sie im Widerspruch mit andern Gesetzen geltend machen, die einzigen Vertheidiger des Rechts; greift aber der Staat mit seinen Rechten durch und wir machen Agitation, so gehorchen wir nur Gott mehr, als den Menschen.

Will man uns des Radikalismus beschuldigen: — sind denn unsere eigentlichen Grundsätze radikal? Wirft man uns Absolutismus vor: — kämpfen wir nicht für die Freiheit der Ueberzeugungen? Greift man uns politisch an: — wir haben ja kein politisches System. Greift man uns kirchlich an: — wir sind ja die Träger der Kirche. Wirft man uns in Eins zusammen mit den gewöhnlichen Parteien: so streiten wir für den Himmel und unser Reich ist nicht von dieser Welt. Hält man uns aber die Fehler vor, die unsere Partei begeht, so sind das Fehler, die alle Parteien miteinander gemein haben.

Spielend mit allen Parteien und alliirt mit allen Tendenzen, während wir keiner angehören; an Andere den Maßstab der strengsten christlichen Anforderungen legend, während wir noch Dank für die Unterlassung von Dingen fordern, welche sonst das gemeine Menschengefühl und die einfachsten Gesetze politischer Ehre verbieten**, werden wir unerklärlich seyn für die Ununterrich-

* „Verordnungen aus der alten büreaukratischen Zeit", wie man das neuerlich auszudrücken pflegt.

** Man vergleiche den leitenden Artikel der Augsb. Post-Z. vom 27. Februar 1846 „die katholische Presse". Dieselbe „wird in ihrem undankbaren Geschäfte, die Wahrheit zu sagen, vielfältig durch Hindernisse beengt und in der Benützung ihrer Vortheile gehindert, die Niemand außer Gott, der die Gewissen durchforscht, zu würdigen im Stande ist. Sie darf nicht lieblos die Blößen ihrer Gegner aufdecken und muß es darum oft geschehen lassen, daß diese vor den Augen des Publikums mit einem Schein von Hochherzigkeit, Offenheit und Edelmuth sich brüsten, der mit einem Federzug vernichtet wäre, wenn man sich diesen erlauben dürfte. Die Gegner selbst, die wie alle Menschen das Bewußtseyn ihrer Blößen gerne in den Hintergrund stellen, vergessen ganz, wie sehr sie ihr eigentlich wegen dieser Schonung verpflichtet sind, und klagen sie an, während sie ihr danken sollten." Man muß, um diese Stelle zu würdigen, wissen, daß die „katholische" Presse in dem besonderen Fall, auf den sich der Artikel bezieht, politisch und persönlich Alles gethan hat, was man irgend thun kann, um die Blößen der Gegner aufzudecken. Der besondere Federzug, den der Artikel in Aussicht stellte, konnte nur mehr ein Angriff auf die Gegner von der Art seyn, wie man ihn der öffentlichen Meinung gegenüber niemals hätte wagen dürfen. Dahin ist es also gekommen, daß eine kirchliche Partei sich öffent-

teten, welche nicht wissen, wie leicht es ist, große und geistvolle Institutionen auszubeuten, und bewundert werden von den Schwachen, welche glauben, daß wir über allen Parteien stehen, wie die Kirche selbst." —

Das ist der Plan, den der Ultramontanismus, nicht etwa klar berechnend sich gemacht, (denn es gibt keine solche Berechnung in der menschlichen Natur und die Rodin's leben nur in der Phantasie,) sondern worauf sein natürlicher Herrschafts-Instinkt ihn geleitet hat, — der nämliche Instinkt, der die Apostel so oft verführt hat, sich zu weltlichen Ehren berufen zu glauben, und welchem Christus, als er aus dem ersten Primas der Kirche sprach, antwortete: „weiche von mir Satan," ein Instinkt, den wir zu größerer Klarheit uns als Gedanken darzustellen erlaubt haben.

Wie weit die Wirklichkeit dieser Schilderung entspricht, kann Jeder bemessen, der die Zeitungen liest. In Frankreich ist der Ultramontanismus als politische Partei mit Organen und Wahlcomités förmlich organisirt, und sein Losungswort ist Liberalismus und Freiheit; in der Schweiz und in Bayern stützt er sich neben der Organisation auf die Gewalt seiner Arme, aber sein Losungswort ist Conservatismus und Legitimität. Wenn er im Univers sich das Thema gesetzt hat: „Die Demokratie erhebt sich und an ihrer Wiege steht die Kirche," so erklärt er in der Augsburger Postzeitung eine Landstandschaft mit mehr als berathender Stimme für sündlich.* Die Naivität, womit er unter dem Titel der „gleichen Freiheit und Gerechtigkeit für Alle" die Freiheit auf sich allein beschränkt, ist so groß, daß er uns versichert, die Preßfreiheit von Andern gefordert sey eine Lächerlichkeit, während sie von ihm gefordert ein unverweigerliches Recht sey; und die Taktik, sich mit allen Parteien, auch dem Radikalismus, zu alliiren, wird so wenig geläugnet, daß selbst seine gehaltensten Organe nur vor der Täuschung warnen, sich von der Allianz zu viel Vortheil zu versprechen.**

lich mit der Unterlassung von Dingen rühmt, die man der extremsten politischen nicht verzeihen würde.

* Augsb. Postz. vom 22. Februar 1846 „über Religion, Gewissensfreiheit und Toleranz" (Sonntagsbeiblatt).

** Hist. pol. Blätter 13. Band 8. Heft p. 551: „hüten wir uns aber auch vor der Täuschung, daß der Radikalismus, wenn wir seine Sache unterstützen, zur Dankbarkeit nach erfochtenem Siege der Kirche die Freiheit schenken werde." Derlei deutliche Aeußerungen verhindern indeß die nämliche Zeitschrift nicht, an andern

Und dies ist es, warum wir die von ihm betretene Bahn auch eine lächerliche genannt haben; sie ist es bis auf einen Grad, welcher jede Gefahr aufheben würde, wäre nicht hinter seinem Rücken eine große kirchliche Institution, auf die er verderblich zurückwirkt. — Was kann seltsamer seyn, als eine Partei, welche die Welt mit weltlichem Treiben erfüllt, um sie (wie sie sagt) dem weltlichen Treiben zu entziehen, welche die politische Bühne beherrschen will, während sie selbst sich berühmt, keinen politischen Glauben haben zu können*; welche ihre eigentlichen Grundsätze nicht gestehen und ihre angenommenen nicht vertheidigen darf? Der Ultramontanismus widerspricht sich nicht blos durch Gegensätze in diesem oder jenem Land, in diesem oder jenem Organ, er widerspricht sich in denselben Ländern, in denselben Blättern, und das nicht zuweilen, sondern fast täglich. Die bischöflichen Mitglieder der ultramontanen Partei in Frankreich ereifern sich gegen die Cultusfreiheit und verfluchen das, wie sie sagen, atheistische Princip, auf dem sie beruht; und ihr Chef in der Pairskammer ruft aus: „die Zukunft gehört uns, weil sie der Freiheit und dem allgemeinen Recht gehört.“ „Es wird ein Tag kommen, sagt er, wo die Sonne der Freiheit für uns und für Alle aufgehen wird, denn wir wollen sie nicht für uns allein“ — und am nächsten Tag vielleicht erklärt ein Prälat, daß diese Freiheit für Alle auch die Ketzer zu fordern eine Gottlosigkeit ist. Die deutschen Blätter der Partei lieben die Censur in Bayern und fordern Preßfreiheit in Preußen; die Postzeitung erklärt in einem Athemzug, sie kämpfe für die Freiheit der religiösen Ueberzeugungen und im andern fügt sie hinzu, die Obrigkeit habe das Schwert von Gott empfangen, um Irrlehrer als Uebelthäter zu bestrafen.

Fassen wir die Sache zusammen: der Ultramontanismus hat sich, um den Zeitgeist zu täuschen, der ihn in seiner eigentlichen Gestalt nicht ertragen kann, dem Zeitgeist in die Arme geworfen. Chamäleontisch in seinen politischen Ansichten, die er einfach allen Parteien entlehnt, vereinigt er die beiden Extreme in seiner Taktik, indem er mit radikalen Mitteln seinen

Orten die Beschuldigung einer Allianz zwischen Ultramontanismus und Radikalismus kurzweg als lächerliche Verläumdung zu bezeichnen!

* In dem Artikel der A. Postz. vom 15. Aug. 1845 „was will die katholische Partei?“ wird mit dürren Worten gesagt, der Katholik könne, weil er allein auf Gott vertraut, keinen politischen Glauben haben.

absolutistischen Zweck erstrebt, und in seinem Charakter, indem er die Zähigkeit des Einen mit der Beweglichkeit des Andern verbindet. Feinde von Geburt aus, sind der Radikalismus und der Ultramontanismus Milchbrüder durch Erziehung. Die neue Zeit hat sie beide genährt, aber der Radikalismus ist ihr Sohn, der Ultramontanismus ist nur ein radikalisirter Absolutismus.

Aus welchen Elementen ist nun diese Partei, abgesehen von ihrer Verschiedenheit in den verschiedenen Ländern, in sich selbst zusammengesetzt? Wie verhält sie sich zum Jesuitismus, an dessen Einführung oder Zurückweisung ihre Kämpfe in zwei Nachbarstaaten sich angeknüpft haben und den man als ihre Seele betrachtet? Und wie verhält sie sich zum Papstthum und zur katholischen Kirche selbst?

Die Bestandtheile der ultramontanen Partei.

Das Erste, was den unbefangenen Beobachter befremdet, wenn er einen Blick auf die Organe der ultramontanen Partei wirft, ist die Wahrnehmung, daß eine Bewegung, welche sich als ausschließliche Vertreterin einer Kirche erklärt, deren seit Jahrhunderten mit Schärfe festgehaltenen, unterscheidenden Grundcharakter die Herrschaft des Clerus über die Laien bildet, vorwiegend und wesentlich laiisch ist.

Nicht blos sind die Wortführer der Bewegung der ungleichen Mehrzahl nach Laien, und wird von Laien im Namen der Kirche auf eine Weise gesprochen, welche nach bisherigem katholischem Brauch höchst überraschend ist (wie man denn z. B. das Begehren der Rheinländer nach Preßfreiheit mit den dürren Worten ausgedrückt hat, die Kirche fordere Preßfreiheit), sondern auch die Geistlichkeit selbst bedient sich, wo sie öffentlich die ultramontanen Forderungen geltend macht, weniger ihrer officiellen geistlichen Mittel, als vielmehr solcher, welche ihr in ihrer bürgerlichen Eigenschaft zu Gebot stehen. Eine Anzahl französischer Bischöfe hat sich zu Journalisten gemacht, die politischen ultramontanen Blätter in Frankreich, der endlosen Broschüren-Literatur nicht zu gedenken, werden theilweise von Geistlichen geschrieben; und selbst die

Hirtenbriefe, obwohl ein geistlicher Akt, haben oft mehr den Charakter von Tendenz-Artikeln. Hiezu kommt, daß der politische Charakter und die Vorgänge der hervorragenden Leiter der ultramontanen Partei der modernen Strömung des Zeitgeistes ebenso angemessen als den strengen alten Traditionen der katholischen Kirche fremd erscheinen. Der jetzige Chef der Partei in Frankreich ist der Welt zuerst als Theilnehmer einer Richtung bekannt geworden, welche durch ihr ungehaltenes Auftreten im Avenir sich die Censuren des Papstes zugezogen hat. Die Politiker in der Schweiz, auf welche der dortige Ultramontanismus sich stützt oder lehnt, sind zwei Männer, welche beide früher in ihrem Vaterlande einschneidende radikale Rollen gespielt haben. In Deutschland finden wir unter ihren Führern Männer von protestantischer Geburt und Bildung, theilweise verwickelt in die frühere politische Gährung der Geister in Deutschland; und das eminente, von Geburt katholische Talent, welches als Redner an der Spitze der Partei steht, erinnert durch den sein ganzes Leben gleichmäßig durchziehenden Charakter der Agitation und durch den pikanten Reiz, welcher das Merkmal seiner Rede ist, an den Zeitgeist selbst, dem diese beiden Eigenschaften in so hohem Grade angehören.

Wir sind entfernt, mit diesen Worten einen Vorwurf zu verbinden, und wir glauben insbesondere, was Einzelne betrifft, daß ein Wechsel der politischen oder religiösen Ueberzeugung unter gewissen Umständen eben so ehrenvoll seyn kann, als er unter andern blosstellend ist. Man wird uns aber erlauben, an diese Thatsachen zu erinnern, weil ohne sie weder das Verhältniß der Führer zur Partei, noch, da jede Partei bis auf einen gewissen Grad von den Führern Gestalt und Farbe erhält, die Beschaffenheit der Partei selbst begriffen werden kann.

Diese nämlich zeigt in ihrer ganzen Erscheinung sowohl (wie dieselbe sich in der Presse abspiegelt) als in ihrer Taktik eine Aehnlichkeit mit dem Radikalismus, welche, wenn man die Stichwörter wechselt, fast bis zur Identität geht.

Die Ostentation und der Lärm der Demonstrationen, die instinktmäßige Leichtigkeit und die Hast der Bewegungen, die Schimpfsucht und Rohheit der untergeordneten Blätter, die materielle Fruchtbarkeit und sittliche Maßlosigkeit der Broschüren-Literatur, das betäubende Geschrei kleiner Trabanten, von denen die Partei immer umschwärmt ist, die seltsame Mischung von Disciplin

und Zuchtlosigkeit, womit auf der einen Seite das unterste Mitglied es wagen kann, die ganze Partei durch alberne Naivitäten zu kompromittiren, während auf der andern bei wichtigen Vorkommenheiten die Armee sogleich mit dem rührigsten Instinkte zusammenläuft, endlich die unbesonnene Hitze des Angriffs und nach erfolgter Niederlage die unehrenhafte Art des Rückzugs — alles das ist diesen beiden Parteien in so hohem Grade gemein, daß Niemand, der je eine organisirte radikale Partei gekannt hat, die Verwandtschaft der Physiognomieen übersehen kann. *

Es ist nun aber klar, daß eine solche, in der geschilderten Weise zeitgeistische Bewegung unmöglich auch nur kurze Zeit dem Zeitgeist gegenüber stehen könnte, ohne ihm vollständig zu verfallen, hätte sie nicht im Hintergrund einen Kern von Menschen, welche die ultramontane Lehre in ihrer alten Reinheit bewahrt haben.** Dieser Kern von Menschen, welcher Opfer bringt, während die andern schreien, und welchen anzugehören Entsagung, Arbeit und Anstrengung erfordert, während zur Mitgliedschaft der Partei bloßes Gebärden hinreicht, ist nächst einem Theile der Geistlichkeit und einer Anzahl von Laien vornehmlich der Orden der Jesuiten und der von ihm gebildete Clerus.

Trennen wir nun die verschiedenen Bestandtheile, so ergibt sich folgendes Verhältniß.

Die eben bezeichnete alte Schule weiß nichts, weder von der französi-

* Es wäre vergeblich hier einzuwenden, daß alle Parteien sich ähneln. Selbst in der Schweiz, deren Presse im Allgemeinen als die in der Form ungehaltenste gilt, springt der Unterschied, der zwischen den konservativen Blättern einerseits und den radikalen und ultramontanen andererseits schon im Tone und in der Form herrscht, sogleich in die Augen.

Noch mehr zeigt sich der Unterschied überall darin, daß konservative Parteien unendlich schwerer zu bewegen sind als radikale und ultramontane, und daß sie, wenn auch gut organisirt, in ihren Bewegungen immer schwer und gehemmt bleiben, wie Leute die gegen die Fluth steuern, während die Anderen auf dem großen Fahrwasser schwimmen.

** Man erinnert sich vielleicht, wie bei der Entfernung der Jesuiten aus Frankreich die ultramontane Presse sich damit tröstete, daß die Jesuiten als Männer der alten Schule und des alten Regime's, wenn sie im Vordergrund geblieben wären, auf die modernisirte Partei vielleicht ein falsches Licht geworfen haben würden. „Die Jesuiten", sagte damals ein deutsches ultramontanes Blatt, „haben die Bluttaufe der Freiheit noch nicht empfangen."

schen Freiheit noch von den paritätischen Staatsprincipien noch von der deutschen Wissenschaft. Ihr Ziel ist einfach die Zurückführung der alten katholischen Zustände. Zur Förderung dieses ihres Zieles aber verschmäht sie keine Hülfe, die ihr geboten wird, und mit welchen politischen Mitteln, ob mit conservativen oder radikalen Grundsätzen, ob mit Revolution oder Restauration sie von den Laien unterstützt wird, ist ihr vollkommen gleichgültig, vorausgesetzt nur, daß die Mittel fruchten.

Die moderne Menge ihrerseits ergeht sich in der Lust der Bewegung, und da sie, falls sie nur allen offiziellen Akten der alten Schule unbedingten Gehorsam leistet, im Uebrigen, in Anbetracht der Unterstützung, welche sie der Sache leistet, Freipaß für ihre anderweitigen Ansichten hat, so ist sie vollkommen befriedigt. —

Die Führer der Partei endlich bilden die Vermittlung zwischen beiden Bestandtheilen.

Das katholische Volk selbst aber im eigentlichen Sinn des Worts steht außer der Bewegung, und geht mit ihr nur dann, wenn das Interesse der ultramontanen Partei mit dem katholischen Interesse entweder wirklich zusammenfällt — (ein Fall der gegenüber den ungerechten Angriffen des Radikalismus auf die katholische Kirche oft eintreten kann) — oder wenn sie mit so scheinbaren Gründen als katholische auftritt, daß es für den Katholicismus selbst zu handeln glaubt. Das gläubige katholische Volk befindet sich bei den Ansprüchen, die der Ultramontanismus ihm stellt, in einer ähnlichen Lage, wie das gläubige protestantische dem Radikalismus gegenüber. Wenn der Radikalismus ihm sein wirkliches selbstisches Angesicht zeigt, so stößt es ihn zurück; wenn er dagegen sich mit dem Schein religiöser Interessen umgibt, so läßt es sich von ihm bethören.

Es ist nach diesem leicht zu bemessen, wie weit der Jesuitenorden als der vorzüglichste Kern der alten Schule für den Ultramontanismus entbehrlich ist und wie weit nicht.

Jeder Einsichtige begreift, daß die ultramontane Frage höher steht, als die Frage um den oder jenen die ultramontanen Ansichten vertretenden Orden und daß auch ohne Orden der Geist hierarchischer Unumschränktheit in den Geistlichen, der Trieb nach Verweltlichung der Religion in den Laien leben kann.

Die ultramontane Frage besteht in Bayern ohne Jesuiten; sie wird in Frankreich fortdauern troz der Zerstörung des Ordens; sie ist vielleicht nur in der Schweiz mit der Jesuitenfrage identisch, da der gesunde und kräftige Sinn dieser von einer jahrhundertlangen politischen Bildung getragenen Alpenbewohner für hierarchische Herrschaft wenig Raum bietet. Dagegen liegt es ebensosehr in der Natur der Dinge, daß die ultramontane Partei überall, wo sie sich consolidirt, die Einführung der Jesuiten wünschen muß. Während andere den Jesuiten verwandte Orden mehr geeignet sind, durch Seelsorge und Predigten aufs Volk zu wirken, vereinigt der Jesuitenorden allein die Bedingungen sowohl für die Erziehung und den Unterricht vornehmlich der Geistlichen, als für die Einwirkung auf die höheren Classen der Gesellschaft, deren der Ultramontanismus bedarf. Die eigenthümliche Mittelstellung, welche er seiner Organisation nach zwischen dem Mönchsstande und dem Weltleben einnimmt, seine alte extensive, mehr kirchenpolitische als kirchliche Tendenz, sein charakteristisches Princip, Allen Alles zu seyn, und sich mit der zähesten Festhaltung seiner Principien allen Zuständen anzupassen, macht ihn für die weltlichen modernen Bestandtheile der ultramontanen Partei weit erwünschter, als Orden von einseitig ascetischer, seelsorgerlicher oder lehrender Thätigkeit. Sein ungeheurer Ruf, der lächerliche Schrecken, der vor ihm hergeht, und der an sich schon geeignet ist, gemäßigte und friedfertige Naturen von Jesuitenhändeln abzuschrecken, bietet ehrgeizigen Parteimenschen das beste Mittel, sich als Vertheidiger des Ordens nach vorn zu drängen; und die Ausschließlichkeit, womit er sich früher gegen alle ihm widerstrebenden Richtungen in der katholischen Kirche behauptet hat, verführt selbst konservative Katholiken zu dem Glauben, in ihm allein den Hort der Kirche zu sehen.

So thöricht es daher wäre, zu glauben, daß mit der Abhaltung der Jesuiten der Ultramontanismus abgehalten ist, so wenig kann zugleich übersehen werden, daß die Natur der Dinge den Ultramontanismus überall zur Einführung der Jesuiten drängt, weil in ihnen sein moralischer Hinterhalt liegt. Wenn man dieß weiß, so begreift man, daß die ultramontane Partei in Frankreich, wie sie seiner Zeit die Jesuitenfrage als Lebensfrage aufgefaßt, so auch jetzt noch nicht auf die Jesuiten verzichtet hat, und daß die nämliche Partei in Bayern, wenn sie sich für jetzt enthält, die

Jesuiten zu fordern, dieß, wie sie selbst sagt, nur thut, um der Regierung keine Verlegenheiten zu bereiten. *

Die Folgerung, welche hieraus sich ergibt und welche wir, nicht um irgendwie zu beunruhigen, sondern um den Stand der Dinge zu bezeichnen, als Thatsache hier konstatiren, ist die, daß man da, wo der Ultramontanismus zu voller Consolidation gelangt, dem alten hierarchischen System in seiner unversehrten Gestalt gegenübersteht.

Denn der Jesuitenorden ist der nämliche, der er war, und wird der nämliche seyn, der er ist. Weit entfernt, in der neuen Zeit irgend eine andere Gestalt oder auch nur Modifikation angenommen zu haben, setzt er seine Ehre darein, mit Ignorirung einer Aufhebung, welche in seinen Augen niemals rechtliche Kraft gehabt hat, in allen Traditionen sich unverrückt gleich geblieben zu seyn. Seiner Ansicht nach hat, abgesehen von Fehltritten Einzelner, welche nicht in Betracht kommen, eine Verweltlichung oder ein Verfall des Ordens nie stattgefunden; die Meinungen, welche in diesem Punkt von konservativen Katholiken gehegt werden, erklärt er für ein Produkt des Radikalismus; und der Orden selbst kann somit seiner eigenen Auffassung nach in den Ländern, in denen er früher angesessen war, wenn sie ihn wieder berufen, keine andere Aufgabe haben, als die, den Faden wieder aufzunehmen, wo er liegen gebieben ist. **

* „Wir könnten selbst Jesuiten fordern," sagt Dr. Wittmann (in seiner Brochüre: „Was wollen die neuen Kirchenfeinde und Klosterstürmer in Bayern? Und was wollen wir Katholiken?" Augsb. bei Kollmann 1846), „diese trefflichen Söhne und Streiter der Kirche, wir thun es aber vor der Hand noch nicht, weil wir keinen Anlaß zur Tollwuth der Kirchenfeinde geben mögen. Wir könnten Jesuiten fordern, aber wir thun es nicht, um der Regierung, die ohnehin fast beispiellos beargwohnt wird, nicht Verlegenheiten zu bereiten."

** Bei der Unwissenheit, welche über den Jesuitenorden herrscht, und bei dem Mißtrauen, womit von besonnenen Katholiken und Protestanten jede Behauptung über seine Tendenz aufgenommen werden muß, wird es nicht unnöthig seyn zu bemerken, daß das oben Gesagte sich auf mündliche Aeußerungen eines der hervorragendsten Mitglieder des Ordens stützt — Aeußerungen, welche durch die begleitenden Umstände im Verein mit der amtlichen Stellung ihres Urhebers im Orden eine doppelte Authenticität erhielten und auf welche hier um so unbedenklicher Bezug genommen werden darf, als derselbe, seiner eigenen Versicherung zufolge, damit Nichts aussprechen wollte, was er nicht auch öffentlich bekennen würde.

Die Lage, in welche die konservativen Gegner des Ultramontanismus versetzt sind, ist sonach folgende.

Sie befinden sich in der ersten Linie gegenüber einer Partei, die ohne jedes politisch berechtigende Bewußtseyn sich unter dem Schild einer großen kirchlichen Institution und unter dem Titel der Vertretung der Volksinteressen von der radikalen Zeitströmung treiben läßt, um auf diesem Wege ihre extrematischen Gelüste zu befriedigen. — Diese Menge haben sie im Interesse des Staats (dem sie im besten Falle Verlegenheiten bereitet) wie in dem der Kirche (auf die sie in jedem Falle nur schädlich weil verweltlichend einwirkt) einfach abzuweisen, und es geschieht dieß am leichtesten dadurch, daß man die Intriguanten und Schreier unter ihr, statt sich durch ihre hochtrabenden Phrasen von streitender Kirche und konservativem Princip, die sie in ihrer Person zu repräsentiren vorgeben, beirren zu lassen, als das behandelt, was sie sind.

In zweiter Linie stehen sie gegenüber von den wenigen Männern, welche in der Politik und Wissenschaft ein wirklich kirchliches Streben mit dem Bewußtseyn und den Tendenzen der Zeit zu vermitteln trachten. Unter ihnen sind Geister und Charaktere von Bedeutung; solche die der Wissenschaft oder der Kirche wahre Dienste geleistet haben, und solche, welche die kirchliche und politische Freiheit aufrichtig lieben. Diesen Männern ist der Conservatismus bei aller persönlichen Achtung die volle Geltendmachung der schweren Verantwortlichkeit schuldig, welche sie durch ihre Stellung der Kirche und dem Staat gegenüber auf sich genommen haben: auch können sie ihm das Recht nicht versagen, die Lächerlichkeiten und Schiefheiten hervorzuheben, welche diese Stellung mit sich bringt, weil sie eine selbstgewollte ist. Der Kampf mit ihnen ist auf dem Felde der wissenschaftlichen und politischen Discussion zu erledigen.

In dritter Linie endlich finden sie sich gegenüber einer Fraktion der katholischen Kirche selbst, welche mit dem Anspruch, die ausschließlich kirchliche zu seyn, die katholische Kirche einseitig zu beherrschen und, wo ihr Raum gegeben wird, den Staat von den Grundlagen, die er nach ungeheuern historischen Erfahrungen festgestellt hat, zu entfernen trachtet. Diese Fraktion hat gegen sich den Instinkt des Staats, des Protestantismus und der außer ihr stehenden katholischen Elemente. — Der Conservatismus hat sie daher ebensowenig zu fürchten, als er sie verachten darf. Der Kampf mit ihr, wenn sie in irgend einem bedeutenden Staate zu unmittelbarer Entfaltung ihrer Principien

gelänge, würde ein ernster, aber, wie wir glauben, nicht zu langer und entscheidender seyn.

Wir glauben damit den Stand der Dinge so klar bezeichnet zu haben, als es bei einer Richtung möglich ist, welche durch ihre natürliche Versatilität sowohl als durch die, aus ihrer seltsamen Stellung inmitten der Zeit hervorgehende Verworrenheit ihrer eigenen Organe die Bezeichnung erschwert. * Da aber alle Theilnehmer dieser Richtung darin übereinstimmen, den Ultramontanismus als eins mit dem Katholicismus und jede Bekämpfung des erstern als einen Angriff auf den letztern zu bezeichnen, so liegt uns noch der Beweis ob, daß die Identität der ultramontanen und katholischen Interessen, so sehr sie auch der Negation gegenüber vorhanden seyn kann und nach der Natur der Dinge vorhanden seyn muß, eine Täuschung ist, und daß der Ultramontanismus im Interesse der katholischen Kirche selbst bekämpft werden muß.

Der Ultramontanismus und der Katholicismus.

Als nach dem großen Umsturz der Dinge in Frankreich und Deutschland neue Ordnungen entstanden, stellte sich, während die Staaten einer nach dem andern die Kirchenverhältnisse rechtlich zu regeln begannen, gleichzeitig in den Gemüthern der Drang nach der Religion, in den Geistern die Achtung vor den Wahrheiten des Christenthums her. Inmitten der Kriege hat der Katholicismus, scheinbar versunken in der Sündfluth, die ihm als Kirche den langgewohnten irdischen Besitz, als Religion jede Herrschaft über die Geister geraubt hatte, da Hülfe gefunden, wo sie am wenigsten zu erwarten schien. Eine neue Literatur hatte in Frankreich und Deutschland eine andere Anschauung der Geschichte, des Christenthums und vornehmlich des Katholicismus erzeugt. Unterstützt von katholischen und protestantischen Cabineten und unter dem Beifall beider Konfessionen bestieg Pius VII. mit dem Sturz Napoleons den päpstlichen Thron.

* Wir bitten den Leser überdieß zu bemerken, daß die allgemeinen Züge der Richtung aus ihren lokalen Gestaltungen, bald in Deutschland, bald in Frankreich, bald in der Schweiz entnommen werden mußten.

Der Katholicismus hatte jetzt die Aufgabe, in der neuen Weltordnung eine richtige Stellung einzunehmen. Sehen wir, wie der Ultramontanismus in Deutschland und Frankreich ihn in dieser Aufgabe gefördert hat.

In Frankreich war der Umsturz so blutig und gewaltsam geschehen, die ganze Entwicklung der Dinge war so phänomenartig und rasch gewesen, daß der Irrthum, das Land für einen überschwemmten Boden zu halten, der nach dem Abfluß der Wasser in seinen vorigen Zustand zurücktritt, der menschlichen Beschränktheit nahe lag. Die Emigration kam mit den alten monarchischen Vorstellungen, mit dem alten Voltaire'schen Leichtsinn und mit den alten Jesuiten nach Frankreich zurück. Der Katholicismus wurde wieder Staatsreligion, die Hierarchie und die Bureaukratie vereinigten sich zu einem Absolutismus, der die Religion geschäftsmäßig betrieb und von der äußern Devotion die Besetzung der Stellen abhängig machte. Dieses System erbitterte die gebildeten Classen ohne die niedern zu gewinnen. Die Ordonnanzen von 1828 gegen die Jesuiten kamen zu spät. Frankreich hatte sich gegen den absolutistischultramontanen Geist empört, und die Restauration konnte durch Preisgebung ihrer Verbündeten den Sturz nicht mehr aufhalten.

Die katholische Kirche war nun durch eine große Thatsache darüber belehrt, daß die Revolution in Frankreich bleibende Umwandlungen hinterlassen, daß sowohl die Allianz mit der weltlichen Polizei als die Beschränkung anderer Konfessionen ihr zum Verderben ausgeschlagen war, daß ihre wahre Mission die seyn müsse, auf religiösem Wege von innen heraus das der Religion entfrembete Frankreich wieder zu beseelen.

Die neue Regierung nahm, nachdem sie die ersten Kämpfe gegen die politische und religiöse Anarchie bestanden hatte, gegen die katholische Kirche eine Haltung an, deren Verdienst, mag man sie für Politik oder Ueberzeugung halten, von den extremsten Katholiken anerkannt werden muß. Die Religion, nachdem man sie, von der Restauration geboten, zurückgestoßen hatte, fing jetzt an, auf natürlichem Wege wieder groß zu werden in den Gemüthern und mächtig in der Gesellschaft.

Das große Hinderniß, welches die katholische Kirche in Frankreich noch zu überwinden hatte, war die von Napoleon hinterlassene Einrichtung des öffentlichen Unterrichts, das Monopol der Universität und der in religiöser und sittlicher Beziehung vielfach radikalisirende Geist, in dem von ihr aus die

Landesschulen geleitet werden. Bei den Gesinnungen der Regierung jedoch und bei der unter den positiv denkenden Männern verschiedener Parteien, ja der Universität selbst verbreiteten Anerkennung dieser Mängel, konnte es der französischen Kirche nicht schwer werden, durch weises und gehaltenes Auftreten die öffentliche Meinung für eine Reform zu gewinnen, wodurch die Geistlichkeit ihren Einfluß im Unterricht erhielt, ohne daß der Staat in seinen Rechten angegriffen wurde.

Wir können für diese Bezeichnung der Lage der Dinge einen gültigen Gewährsmann anführen. Die historisch-politischen Blätter haben sich im Jahr 1842 folgendermaßen geäußert: „Das Bestreben, die Revolution zu überwinden, ist das Gepräge, welches in den letzten Jahren Frankreich, insbesondere aber Paris angenommen hat. Zwar ist es nicht die Aufgabe einer Regierung, braucht es wohl mehr als Ein Decennium, um die Revolution, die alle Stände, Verhältnisse und Ordnungen durchdrang, zu überwältigen, ihr den Stachel abzunehmen und sie zum willigen Diener einer höhern Lebensordnung umzuwandeln. Allein es ist doch bereits der Anfang hierzu gemacht, es ist Gewaltiges geschehen und, wie früher der Entkatholisirungs- und Entmonarchisirungsproceß, so geht jetzt still und unverrückt der Entrevolutionisirungsproceß in Frankreich seinen bestimmten Gang.“ — — „Die nicht revolutionäre Classe der Nation vermag sich auf eine eifrige, wohldisciplinirte Geistlichkeit, auf treffliche Bischöfe, welchen die Regierung alle mögliche Freiheit innerhalb ihrer Sphäre gestattet, zu stützen und da die niedern und ersten Unterrichtsanstalten vielfach geistlichen Korporationen zurückgegeben sind, bereits die Hoffnung zu schöpfen, eine bessere Generation heranzuziehen.“ — — „Es bezeichnet den Geist der Regierung, daß sie den Bischöfen, welche ihr ihre abweichenden Ansichten, ihre Wünsche im Stillen kundthaten, dafür dankt, daß sie nicht, wie sie gesetzlich hätten thun können, die Sache an das Forum der Oeffentlichkeit brachten und dadurch das Geschrei der Leidenschaften provocirten. Wer wird nicht auch hierin den sichern Takt des Mannes bewundern, den die Vorsehung zur Bändigung der Revolution auserlesen zu haben scheint? (Hist. pol. Bl. IX. Bd. 9. Heft pag. 584, 585, und 591.)

So hatte die katholische Kirche in Frankreich eine große und nicht einmal schwer zu erringende Zukunft vor sich.

Der Geist des Hochmuths und der Herrschsucht, der Geist des irdischen Machtgelüstens, welcher, wie Christus ihn von Anfang an in den Aposteln zu bekämpfen hatte, seither nicht aufgehört hat, die christliche Kirche zu versuchen und ihre schönsten Siege mit seinem Unfug zu beflecken — dieser Geist hat die Zukunft des Katholicismus in Frankreich untergraben. Kaum war der letztere unter dem Schutz der Regierung wieder zur Kapelle geworden, so führte der Ultramontanismus seine Kirche daneben auf.

Die Freiheit des Unterrichts war die Frage, in der der Ultramontanismus zum ersten Mal als beherrschende Fraktion der französischen Kirche auftrat.

Gerade die Frage, deren befriedigende Lösung vor Allem die weitere Entwicklung des Katholicismus in Frankreich sichern konnte, wurde durch die Art, wie die ultramontane Partei das an sich so einfache Recht der Kirche blosstellte, zu einem Wendepunkt, von dem ab die französische Kirche in der Achtung verlor, welche die öffentliche Meinung ihr zugewandt hatte. Es ist nicht schwer zu begreifen, daß dem öffentlichen Unterrichte weder das Monopol irgend einer Corporation noch eine schrankenlose allgemeine Freiheit zuträglich seyn kann; daß der Staat und die Kirche, jener den geistigen, diese den moralischen Gesichtspunkt voranstellend, ein gleich großes Interesse an demselben haben, und daß sie sich in das Werk der Nationalerziehung auf natürliche Weise theilen können, wenn dem Staat in den von der Geistlichkeit geleiteten Schulen die Prüfung der intellektuellen Fähigkeit der Lehrer und die Aufsicht über den nationalen Geist der Erziehung vorbehalten bleibt.

Ueber diese einfachen Dinge setzte sich die ultramontane Partei mit Einem Schlage hinweg. Statt für die Kirche den ihr zur Erfüllung ihrer Mission unentbehrlichen, nicht zu verweigernden Antheil am Unterricht geltend zu machen, verlangte sie eine unbedingte und unbegrenzte Freiheit des Unterrichts: der Staat sollte weder zur vorgängigen Prüfung der von der Kirche anzustellenden Lehrer, noch dazu berechtigt seyn, den Anspruch der zur Bildung der Geistlichkeit gestifteten Seminarien auf einen der Aufsicht des Staates entrückten Laienunterricht zurückzuweisen. Statt mit Würde die Mängel der Universität und die Gefahr, welche die pantheistische Richtung ihres Großmeisters und das unchristliche Streben mancher ihrer Mitglieder mit sich bringt, zu zeichnen und sich an die Einsicht der Wohldenkenden zu wenden, überschüttete man sie und die mit ihr zusammenhängenden öffentlichen Behörden mit einer

Schmähliteratur, welche an persönlicher Gehässigkeit und maßloser Rohheit mit den extremsten radikalen Produkten wetteifert, und in welcher die Achtung vor dem Staate wie vor den Gesetzen auf schreiende Weise hintangesetzt wurde. Statt endlich auf einen Orden zu verzichten, welcher durch seine Verbindung mit dem alten Regime sowohl als durch die Unvereinbarkeit seiner Vorgänge und Tendenzen mit der gegenwärtigen Gesetzgebung und Gesellschaft* für die

* Wie wir schon erwähnt haben, ist diese Unvereinbarkeit von den Ultramontanen selbst später mittelbar dadurch zugegeben worden, daß sie sich getrösteten, eines Verbündeten ledig zu seyn, der durch seinen Zusammenhang mit dem alten Regime auf die ultramontane Sache ein schiefes Licht werfen könne. Was aber die Stellung der Jesuiten zur bürgerlichen Gesetzgebung überhaupt betrifft, so können wir, da die ihnen vorgeworfene Nichtachtung derselben als verbrauchtes Mährchen bezeichnet wird, nicht umhin, den historisch-politischen Blättern (IX. Bd., 11. H. p. 712) folgende, wie uns scheint, erschöpfende Betrachtung zu entnehmen: „Es war, heißt es in einem Artikel über die Geschichte der Jesuiten in Rußland, den Jesuiten freilich nicht unbekannt, daß die russischen Reichsgesetze nur den Abfall zur russischen Kirche, nicht aber den Uebertritt zur katholischen erlauben.

Der Zweck ihres Ordens, wie die Aufgabe aller Christen in höherem oder geringeren Grad ist es aber, den Irrthum zu entfernen und alle, die in Finsternissen wandeln, unter die Kenntniß der katholischen Wahrheit zu bringen. — Von den Jesuiten verlangen, hierauf Verzicht zu leisten, hieße geradezu von ihnen begehren, aufzuhören, Jesuiten zu seyn. Sie berufen und ihnen die Freiheit zu wirken verweigern oder beschränken, hieß sie in Widerspruch mit sich selbst setzen. — Wer sie wollte und berief, gestattete ihnen damit von selbst (!) ihren Hauptberuf zu erfüllen, Irrende zu belehren, und die zu erleuchten, die noch nicht zu der Erkenntniß gekommen waren. Eben so natürlich war es, daß sie einer akatholischen Administration keine Rechenschaft von der Verwaltung ihrer Kirchengüter ablegten, und auch die wahrscheinlich von fremder Seite auf ihre Kirche zu St. Petersburg gemachten Schulden nicht abtrugen, wobei es noch im Zweifel ist, ob sie dieß überhaupt nur zu thun vermochten." —

Es ist in diesen Worten mit unverkennbarer Klarheit das Verhältniß bezeichnet, in welchem der Ultramontanismus überall (denn was hier von Rußland gesagt ist, welches ohnehin in der Zeit, auf die sich der Artikel bezieht, noch nicht das jetzige Verfolgungssystem gegen die Katholiken eingeschlagen hatte, gilt von allen Staaten) zu den Staatsgesetzen steht. Man will einen Orden aufnehmen, um den Bedürfnissen der katholischen Religion, doch ohne Störung der andern Confessionen, zu Hülfe zu kommen und sagt ihm deßhalb vorher: „Unsere Gesetze schreiben dir diese und diese beschränkenden Bestimmungen vor; willst du dich ihnen unterwerfen, glaubst du es thun zu dürfen, so laß Dich bei uns nieder." Der Ultramontanismus greift mit beiden Händen zu und schwört seinen feierlichen Eid. Bald darauf erfährt man, daß er die gesetzlichen Bestimmungen umgeht. Man kommt und sagt ihm: „Wie! habe ich dir die Gesetze nicht deutlich

französische Regierung nicht annehmbar war, ja dessen Zulassung für die Regierung, sogar wenn sie gewollt hätte, bei der bestehenden Stimmung der Geister in Frankreich eine Unmöglichkeit gewesen wäre, erklärt die ultramontane Geistlichkeit jede andere Erziehung als die durch die religiösen Orden und vor allem den Jesuitenorden geleitete für unanwendbar und statt wenigstens, wenn denn auch gesetzt werden soll, daß die französische Geistlichkeit unfähig gewesen wäre, aus ihrem eigenen Schooße Lehrer heranzubilden, die vorgängige Autorisation der Jesuiten gesetzlich nachzusuchen, forderte man sie, den deutlichsten Gesetzen gegenüber, als unweigerliches Recht. Die Freiheit, welche die Charte der katholischen Religion garantirt, ward nun zur offenen Unabhängigkeit von den Gesetzen oder vielmehr zur Herrschaft über alle gesteigert. Die Vollmacht Christi „Gehet hin und lehret alle Völker" wurde zum Recht der absoluten Lehrfreiheit in allen Zweigen, die aus der Gewissensfreiheit gefolgerte „Uebung der evangelischen Vollkommenheit" zum Recht der unbeschränkten Wirksamkeit aller nicht autorisirten Congregationen gestempelt; und während die Priester der Partei den Vorschlag machten, die Collegien des Staats mit der Exkommunikation zu belegen und die Universität „mit dem Zeichen der Verfluchung zu brandmarken", sprach der Graf Montalembert öffentlich den Grundsatz aus: „die katholische Kirche kann Niemands Dienerin, Klientin oder Gehülfin seyn; sie ist Königin oder sie ist Nichts."

Erinnert man sich des von der radikalen Presse damals befolgten Verhaltens, so wird man nicht umhin können, über die Gleichheit der Taktik zu erstaunen, welche die Extreme einschlugen. Die Ultramontanen benutzten die Mängel der Universität, um den Staat, die Radikalen den Jesuitenorden, um die Kirche anzugreifen. Beide Extreme haben gleichmäßig den Jesuitismus und den Katholicismus zusammengeworfen: beide waren, während die Regierung Alles aufbot, um die Sache der extrematischen Geistlichen von der der Geistlichkeit überhaupt zu trennen, gleichmäßig bemüht, die Geistlichkeit insge-

genug vorgelegt, warum brichst du mir dein Versprechen?" und er antwortet mit der heitersten Miene: „aber, warum hast du mich denn berufen, ohne vorher daran zu denken, daß ich mein Versprechen nicht halten werde? Hast du denn nicht gewußt, daß ich mich sonst mit mir selbst in Widerspruch setzen müßte, und bin ich etwa für das Mißverständniß verantwortlich?" — Wir bitten den Leser, diesen Punkt, die Quelle so vieler Zerwürfnisse, wohl im Auge zu behalten.

sammt für die Ultramontanen solidarisch haftbar zu machen; beide behandelten gleichmäßig die Regierung als Schuldigen; beide kamen darin überein, die Einen für die Kirche, die Andern für den Staat entweder unbedingte Willkür oder Nichts zu fordern.

Es ist nun bekannt, wie die Regierung einen Gesetzesentwurf über den Sekundärunterricht vorlegte, in dem sie auf der einen Seite die Bedürfnisse der Geistlichkeit zu befriedigen suchte, auf der andern die Ausübung des Lehramtes von der Erklärung, keiner nicht gesetzlich autorisirten Congregation anzugehören, abhängig machte; und es ist weiter bekannt, welchen Ausweg sie, in der Unmöglichkeit, irgend weitere Maaßregeln für das Wohl der katholischen Kirche durchzusetzen, ehe der Stein des Anstoßes (die Jesuiten) beseitigt war, nach der fast einstimmigen Entscheidung der Deputirtenkammer für die Gültigkeit der bestehenden Gesetze und die Nothwendigkeit ihres Vollzugs, ergriff, um durch die Einwirkung des Oberhauptes der Kirche zu erreichen, was sie sonst auf dem Wege der gesetzlichen Gewalt, aber immerhin der Gewalt, hätte durchsetzen müssen.

Gewiß war es merkwürdig zu sehen, wie die Regierung des Frankreich von 1830, durch alle Gesetze berechtigt, die Jesuitencongregationen zu schließen, sich mit Vertrauen und Achtung an den heiligen Stuhl wandte und ihn unter Darstellung der Sachlage bat, von sich aus die Zurückziehung der Jesuiten anzuordnen. Der Entschluß zu einer solchen Unterhandlung von Seite der Regierung war ohne Zweifel ein eben so großer Sieg der katholischen Kirche, als ihr Ausgang eine schmachvolle Niederlage des Ultramontanismus war.

Hier war es nämlich, wo der Ultramontanismus, nachdem er alle gemäßigten Elemente der französischen Geistlichkeit übertäubt und der Regierung, so viel an ihm war, jede Lösung der obschwebenden Fragen unmöglich gemacht hatte, sich zugleich in den schreiendsten und lächerlichsten Widerspruch mit dem Papste selbst gesetzt hat. Wer erinnert sich nicht an den Triumph, den die ultramontane Presse im voraus über den vorausgesetzten Abschlag des päpstlichen Stuhles erhoben hat? Selbst der Graf Montalembert rief dem Ministerium spottend zu: „Bezüglich der Complicität der Kirche, deren es sich versichern möchte, sey keine Besorgniß zu hegen“ und der Bischof von Langres hatte die Tollkühnheit zu behaupten: „alle Priester und Bischöfe seyen darüber

einig, daß man mit den Jesuiten die Kirche selbst angreifen wolle, daß jeder, welcher in diesem Augenblick sich mit den Feinden der Jesuiten zur Ausführung ihrer Pläne verbinde, dem Interesse der Kirche geradezu entgegen handle, und daß eine solche Complicität schon von Seite eines Gläubigen ein Vergehen, von Seiten eines Priesters oder gar eines Bischofs aber eine Niederträchtigkeit, ein Verbrechen wäre."

So hatte man im voraus den römischen Stuhl, für den Fall, daß er dem Wunsch der französischen Regierung entsprechen würde, der ehrlosesten Schwäche und des niederträchtigsten Verrathes an den kirchlichen Interessen beschuldigt. Und wie man Sorge getragen hatte, durch Insinuationen dieser Art die Curie von jedem Eingehen abzuschrecken, so scheute sich das Univers auch nicht, das gesammte Publikum zu täuschen, indem es als Resultat der Unterhandlung einen angeblichen verweigernden Entscheid der Cardinalcongregation veröffentlichte. Nach alle dem, — welches Uebermaß von Schmach war es nicht, und was blieb der ultramontanen Partei noch übrig, als die officielle Nachricht von dem Gelingen der Unterhandlungen eintraf? — Aber wie die radikale Presse, wenn sie der Lüge überführt ist, sich kurzweg abschüttelt und ohne ein Gefühl für die erlittene Blosstellung ruhig den vorigen Weg weiter geht, so behauptete auch das absolutistisch-radikale Univers, nachdem es im ersten Augenblick erschüttert geschienen, am zweiten Tag schon mit eiserner Stirn: die Regierung sey es, die alle Welt getäuscht habe, und der wirkliche Erfolg sey, abgesehen von einigen unbedeutenden Concessionen, die der Jesuitengeneral auf eigene Faust gemacht, von Seiten des Papstes ein entschiedener Abschlag gewesen. So deckte man, nachdem man der ersten Lüge überführt war, den Rückzug mit einer zweiten Lüge, die man, nachdem sie trotz ihrer Albernheit den nöthigen Zweck, die Schwächung des ersten Eindrucks der Niederlage, erreicht hatte, durch die amtlichen Aufklärungen Guizot's in der Kammer unmerklich begraben ließ: — der würdige Schluß eines Manoeuvre's, von dem man nicht weiß, ob es durch seine Illoyalität oder seine Unvorsichtigkeit gerechteres Staunen erregt *.

* Man weiß, daß in einer Sache, die noch frisch im allgemeinen Andenken ist, der französische Ultramontanismus sich in ein ähnliches Mißverhältniß zum römischen Stuhle gesetzt hat. — Wir meinen den bekannten Leidensbericht der polnischen Aebtissin Miezyslawska. Während dieser Bericht als amtliches, vom Jesuiten Ryllo, Rektor der Propaganda, unterzeichnetes Verhör, von den ultramontanen Blättern verbreitet, die Runde durch Europa machte, sah man sich von Rom aus genöthigt, in der A. Allg. Zeitung

Nach der Entfernung der Jesuiten hat bekanntlich die ultramontane Partei der Regierung eine um so energischere Fortsetzung des Kampfes in der Unterrichtsfrage insbesondere, in Betreff der Freiheit der Kirche überhaupt angekündigt. Ohne auf den seitherigen Verlauf dieses noch schwebenden Kampfes einzugehen, beschränken wir uns auf folgende Bemerkungen.

gegen den offiziellen Charakter des Berichts zu protestiren und damit zugleich seinen Inhalt bloszustellen. Ohne darauf einzugehen, ob und wie weit die russische Widerlegung die Wahrheit des Berichtes entkräftet hat, ist es hinreichend zu bemerken, daß der Ultramontanismus, schon indem er das europäische Publikum in die Lage versetzte, zwischen katholischer und russischer Glaubwürdigkeit wählen zu müssen, die Curie aufs äußerste kompromittirt hat, und daß, so ehrenvoll es auf der einen Seite für die katholische Kirche war, als unter dem Beifall von Europa der Papst (allerdings der wirkliche, d. h. ein durch geistliche Hoheit ehrwürdiger Greis, nicht jenes Schattenbild des höchsten irdischen Souverains, das die Ultramontanen an die Wand heften,) dem Kaiser von Rußland die Sprache der Wahrheit und des Rechts hören ließ, so unrühmlich auf der andern Seite das Nachspiel gewesen, womit die ultramontane Presse diesen in seiner Art einzigen historischen Vorgang getrübt hat. — Wir finden uns übrigens gedrungen, um nicht mißverstanden zu werden, hier noch Eines beizufügen. Welches auch der Zusammenhang seyn möge, der zwischen der Verbreitung der Leidensgeschichte der Aebtissin und zwischen den polnischen Aufständen möglicher Weise stattgefunden hat, und welches auch der noch unbekannte Antheil, den die ultramontane Partei in Frankreich an den Plänen der polnischen Emigration genommen: es bleibt in hohem Grade ungerecht, den polnischen Priestern, welche am Aufstande theilgenommen haben, ihre Betheiligung in einem specielleren Sinne vorzurücken, als der Aufstand überhaupt Tadel verdient. Warum soll der Priester in Polen nicht eben so national, ja, da der Katholicismus in Polen ein Hauptelement der Nationalität bildet, nicht doppelt so national fühlen als seine Landsleute? Die Anschuldigung gegen den Katholicismus als solchen ist seitdem durch das Schreiben des Papstes an den Bischof von Culm widerlegt worden. Im Ganzen aber hat sich bei diesem Anlaß in der deutschen Presse gezeigt, wie wenig der Radikalismus sich scheut, seinen verabscheutesten Gegnern zu schmeicheln, wenn es den Haß gegen eine positive Religion gilt, und wie wenig zugleich die öffentliche Meinung in Revolutionen, bei denen sich verschiedene Interessen durchkreuzen, den Faden festzuhalten weiß. Auf der einen Seite, wo man jede Revolution mit Freude zu begrüßen pflegt, zeigte man die schamloseste Sympathie mit Rußland, so wie die Betheiligung katholischer Priester zur Sprache kam, auf der andern glaubte man durch den Widerwillen erregenden Charakter des dießmaligen Aufstandes die polnische Frage selbst abgethan. Die polnische Frage in ihrer Allgemeinheit ist die Frage um Seyn oder Nichtseyn einer der großen Volksraçen, welche vereinigt den Körper von Europa konstituiren. Wenn von einer solchen Raçe einzelne Theile losgerissen werden, während der Stamm als selbstständiger Staat übrig bleibt, so kann der Besitz der losgerissenen Theile, wenn die Losreißung auch lange genug nachempfunden wird, sich verjähren und auf natürliche Weise zu Recht werden. Setzt man neben Preußen und

Die ultramontane Partei hat durch Aufwerfung der Jesuitenfrage von vorn herein die Schlichtung aller kirchlichen Streitfragen erschwert; sie hat durch ihre Angriffe auf die unbezweifeltsten Rechte des Staats den Staat in jeder Maßregel zu Gunsten der Kirche vorweg gehemmt; sie hat durch die Hereinziehung der Geistlichen ins Parteitreiben der Achtung vor dem geistlichen Stande eine tiefe und dauernde Wunde beigebracht; sie hat endlich die ganze religiöse Wendung der öffentlichen Meinung in Frankreich rückgängig gemacht. Wenn in Folge davon die Mission, welche der katholischen Kirche in Frankreich zukam, — ohne Zweifel die wichtigste bei Verhältnissen, unter denen die Ruhe des gesammten Europa's von Frankreich bedingt ist, während die französische Regierung selbst, in der bis auf einen gewissen Grad anzuerkennenden Nothwendigkeit nach der Nivellirung aller Bollwerke socialer Ueber- und Unterordnung sich auf das letzte noch übrige (freilich von allen das niedrigste) auf's Geld zu stützen, der Religion den bessern Theil der Reform überlassen mußte, — wenn diese Mission scheitert, wenn Frankreich, nachdem es eben angefangen, sich eines religiösen Strebens bewußt zu werden,

Oesterreich ein selbstständiges Polen, so wird dieses Polen ohne Zweifel den Besitz von Posen und Galizien verschmerzen können; setzt man aber daneben, was wirklich ist: die systematische Vernichtung der Nationalität und Religion im eigentlichen Polen, so wird die unterdrückte Raçe, im Centrum schon so weit erstickt, daß keine Reaktion mehr möglich ist, sich in den Nebentheilen Luft machen, weil sie es hier eben allein noch kann. Je schwieriger diese Lage der Dinge für Preußen und namentlich für Oesterreich ist, welches in Galizien für die Sünden von Rußland büßt, um so weniger darf verkannt werden, daß der letzte polnische Aufstand, statt die polnische Frage aufzuheben, im Gegentheil die Nothwendigkeit und Dringlichkeit ihrer Lösung erst festgestellt hat, und daß Oesterreich und Preußen nur mehr die Wahl haben, entweder als Mitschuldige Rußlands durch konsequente Grausamkeit die Vernichtung der polnischen Nationalität zu erzielen, oder im Verein mit England und Frankreich eine Lösung der Frage anzustreben. In keinem Falle wird der gesunde Verstand begreifen können, daß eine Frage, in der es sich um die zwei höchsten konservativen Interessen, Nationalität und Religion, handelt, Interessen, aus denen die gewiß legitime deutsche Erhebung gegen Frankreich hervorgegangen ist, und ohne welche das Recht der Throne ein leerer Begriff wäre, — an sich eine revolutionäre sey, und daß Oesterreich und Preußen besser daran thun, ein Ingrediens, welches nicht aufhören wird, wie Gift in ihren Eingeweiden zu wirken, bei sich zu behalten, als es mit augenblicklicher Anstrengung aber einer Menge daraus entspringender späterer Vortheile von sich abzuleiten. Man wird diese Abschweifung entschuldigen, da die polnische Frage mit den katholischen Fragen so enge verflochten ist, daß eine Aeußerung darüber nicht umgangen werden konnte.

wieder dem alten antichristlichen Geiste verfällt; wer trägt daran die Schuld? Wir fragen jeden Staatsmann, welcher kirchlichen Richtung er angehören möge: konnte die französische Regierung, den gegenwärtigen Stand der Geister in Frankreich vorausgesetzt, anders handeln, als sie gehandelt hat? konnte insbesondere das Ministerium Guizot der katholischen Kirche größere Garantieen geben, als es ihr durch seine Reden und durch seine Handlungen gegeben hat? Wenn trotzdem nun der Katholicismus in der Lage ist, vom Staate mit seinen Forderungen abgewiesen, von der gemäßigten öffentlichen Meinung mit Mißtrauen betrachtet, vom Radikalismus vielleicht wieder ganz in die frühere Stellung zurückgedrängt zu werden, wer hat ihm diese Wunden geschlagen, als die ultramontane Partei? —

Gehen wir von Frankreich auf Deutschland über, so stellt sich unter ganz verschiedenen Umständen ein ähnlicher Ausgang der Dinge dar.

In Deutschland war die katholische (wie die protestantische) Kirche theils unter der Verknöcherung des Orthodoxismus, theils unter dem Einfluß der deistischen und atheistischen Anschauung unterlegen. Nachdem sie aus der großen Zertrümmerung im Anfang des Jahrhunderts als rein geistliche Institution hervorgegangen, war der Protestantismus ihr auf eine merkwürdige Weise zu Hülfe gekommen. Ehe noch das katholische Bewußtseyn selbst sich erholen konnte, hatte eine wesentlich protestantische Literatur es geistig wieder aufgerichtet. Schon in der vorhergegangenen Epoche hatte Lessing zu einer unbefangenen Würdigung des katholischen Dogmas, in wichtigen Beziehungen dem protestantischen gegenüber, als Kritiker den Keim gelegt. Johannes Müller setzte an die Stelle der Geschichtschreibung des vorigen Jahrhunderts eine Behandlung der Geschichte, welche, seitdem nach allen Richtungen weiter verfolgt, die historische Anschauungsweise in Betreff des Katholicismus fundamental verändert hat. In der theologischen Literatur machte sich ein billigerer Geist und ein tieferes Eingehen auf die katholische Lehre geltend. Auch die Poesie, von Schiller bis zu den Romantikern, trug das ihrige bei. Die Katholiken, durch lange Vernachlässigung deutscher Sprache und Wissenschaft, mit einzelnen Ausnahmen, der Mitwirkung entwöhnt, fanden von den Protestanten selbst die Brücke geschlagen.

So erleichtert, konnte der Katholicismus in Deutschland, wenn er es verstand durch Entwicklung der religiösen Tugend sich den andern Konfessionen

gegenüber als ächt christlich zu bewähren, und zugleich durch geistige Thätigkeit sich mit dem protestantischen Bewußtseyn in ein richtiges Verhältniß zu setzen, trotz dem paritätischen Charakter des Landes, eine selbstständige und nationale, kräftige und doch friedliche Stellung einnehmen.

Die Entwicklung, welche er lange Zeit hindurch nahm, schien in der That die Erreichung dieses Ziels zu verbürgen. Die katholische Kirche erzeugte aus ihrem Schooße zwei Männer, von denen der eine in der ersten, der andere in der zweiten der eben angedeuteten Beziehungen als Beispiel gelten kann: Sailer und Möhler. Sailer, der bekanntlich unter religiösen Protestanten wie Katholiken einheimisch geworden ist, hat durch den christlich-katholischen Inhalt seines Lebens und seiner Schriften der katholischen Kirche, — Möhler durch seine Symbolik, in der die katholische Dogmatik zum erstenmal mit Verarbeitung der seitherigen wissenschaftlichen Ergebnisse in ebenbürtiger Form der protestantischen gegenübertrat, der katholischen Wissenschaft (sowohl an sich, als vornehmlich in der öffentlichen Meinung von Deutschland) mehr Dienste geleistet, als die gesammte moderne katholische Presse. Römisch-katholisch und deutschgesinnt zugleich, haben sie und Aehnliche es der katholischen Kirche möglich gemacht, in dem schwierigen Kampf, der ihr noch bevorstand, sich auf die öffentliche Meinung zu stützen.

Die Schwierigkeit, welche der Katholicismus bei uns, wie in Frankreich zu überwinden hatte, war, wie Jedermann weiß, das System der bureaukratischen Staatsschule gegen die Freiheit der Kirche, deren Wesen, wie alles, was sich nicht unter die mechanische Staatsallmacht einzwängen läßt, ihr verhaßt ist. Da diese Schule von jeher in Preußen ihren Hauptsitz hatte, so kam der Kampf in Preußen zum Ausbruch. Die preußische Bureaukratie fand am Erzbischof Clemens August, einem Manne von ächt deutschem Schrot und Korn, einen mehr als gewachsenen Gegner. Es ist noch in Aller Erinnerung, von welcher Aufregung durch seine Verhaftung ganz Deutschland ergriffen wurde, welche Sympathieen sich unter dem Volk in allen Theilen von Deutschland kundgaben, und welche Stärkung dem katholischen Gefühl und Bewußtseyn durch einen Schlag zu Theil wurde, durch den man es zu lähmen geglaubt hatte. Nach mehrjähriger Dauer wurde der Streit auf dem Wege des Vergleichs zwischen dem preußischen Staat und der römischen Curie durch den

jetzigen König von Preußen, unter Vermittlung des Königs Ludwig von Bayern, organisch erledigt.

Dieser Ausgang war ein großer und nothwendiger Sieg der katholischen Kirche über die Engherzigkeit der Bureaukratie, erlangt ohne Beeinträchtigung des Staates, dessen Rechte in dem Vergleich gebührend geachtet wurden. Die bureaukratische Schule in allen deutschen Staaten war nun ein für allemal gewitzigt, kirchliche Fragen mit polizeilichen Mitteln erledigen und den Katholicismus insbesondere nach der Methode behandeln zu wollen, welche man in protestantischen Staaten durch die in Folge des unseligen Territorialsystems erzeugten knechtischen Gewöhnungen der protestantischen Kirche angenommen hatte. Bei einer richtigen Auffassung dieses Ausgangs konnte die katholische Meinung darauf zählen, in etwaigen spätern Schwierigkeiten ähnlicher Art ein willigeres Ohr zu finden. Wenn die Kirche bei aller dogmatischen Schärfe ein liebreiches praktisches Verfahren einhielt, wenn die kirchlichen Rechte ohne weitere laiische Aufreizungen von den zuständigen Autoritäten ruhig und fest vertreten wurden, so konnte sie sogar auf die entschiedene Sympathie einsichtiger Protestanten zählen, welchen die Freiheit der Kirche im Interesse ihrer eigenen Confession am Herzen liegt. —

Hatte sich aber schon während der Polemik über die kölnische Angelegenheit eine extrematische, weder die Rechte des preußischen Staats, noch den religiösen Frieden achtende Sprache in der Presse vorgedrängt, so wurde der Sieg selbst, während die friedliebenden Katholiken sich vom Schauplatz zurückzogen, von der ultramontanen Partei in einer Weise ausgebeutet, wodurch die katholische Kirche in der öffentlichen Meinung von Deutschland aufs tiefste gelitten hat. Wie die siegende Kirche überhaupt weltliche Verlockungen schwerer zu überwinden vermag, als die leidende, so hatte der Ultramontanismus nun ein offeneres Feld vor sich. Von nun an schien es, als bestehe der Beruf des Katholicismus nicht sowohl darin, seine religiöse Mission zu erfüllen, als darin, im Staate sich geltend zu machen, als sey nicht die Hierarchie für die Förderung der Religion, sondern die Religion zur Hebung der Hierarchie vorhanden; als gälte es nicht, sich selber zu möglichster Vollkommenheit auszubilden, sondern andern christlichen Confessionen so schroff als möglich entgegen zu arbeiten; nicht, die Freiheit des Verkehrs mit dem römischen Stuhle in

Schutz zu nehmen, sondern in Deutschland eine Partei zu organisiren, welche unter dem Namen des römischen Stuhls ihre eigenen Interessen verfolge.

Während die kirchlichen Behörden selbst, wenn wir es auch bedauern müssen, daß manche unter ihnen die Entfaltung großer religiöser Ceremonieen mit der Entwicklung großer religiöser Leistungen zu verwechseln und christliche Verträglichkeit für Lauheit des Glaubens zu halten scheinen, doch, einzelne Fanatiker unter dem niedern Clerus ausgenommen, sich im Allgemeinen auf ihren amtlichen Kreis beschränkten, ohne ihre Würde auf der öffentlichen Bühne preiszugeben — ein Unterschied zwischen dem heutigen französischen und dem deutschen Episkopat, der Deutschland zu großer Ehre gereicht: — entwickelte die ultramontane Presse von Jahr zu Jahr mehr jenen Geist der blinden Parteisucht, der Hoffahrt und des Unmaßes, welcher sie, in Verbindung mit ihrer in den höheren Blättern absprechenden und indiscreten, in den niedrigern rohen, lärmenden und täppischen Sprache dem gesunden Gefühl so widerwärtig macht. Immer mehr wurde die Meinung verbreitet, als bedürfe die Kirche zu ihrer Unterstützung dieses weltlichen Treibens und manche ehrenwerthe Natur glaubte auf keine bessere Art der katholischen Sache dienen zu können, als indem sie das ihrige beitrug, die Religion in das Gewühl der Leidenschaften herabzuziehen. Wenn es während der Kölner Wirren erklärlich und gerechtfertigt war, daß im Gegensatz zu dem Provinzialgeist von Altpreußen der katholische Provinzialgeist der Rheinländer sich schroffer ausbildete, wenn es ebenso nur natürlich war, daß im Gegensatz zu der Aufgeblasenheit der radikalisirten norddeutschen Literatur, welche im Namen des Protestantismus auf die gläubig katholischen Bevölkerungen mit verächtlichem Mitleid herabsehen und die katholischen Institutionen mit ebenso knabenhafter Unwissenheit als frechem Hohn behandeln zu können glaubte, das süddeutsch-katholische Gefühl mit Stärke und selbst Derbheit sich geltend machte, wenn in beiden Beziehungen das katholische Bewußtseyn eine organische, nationale Berechtigung in Anspruch nehmen konnte: so ist dagegen jetzt das katholische Bewußtseyn zu dem Titel geworden, unter dem man allen Gehässigkeiten gegen protestantische Staaten, allen Engherzigkeiten gegenüber den protestantischen Mitbürgern, allem Ingrimm gegen vorausgeschrittene Bildung, aller Prätention und Unfähigkeit freien Lauf lassen kann. Die kirchlichen Autoritäten selbst, anstatt geziemend geachtet zu seyn, werden kurzweg in die Rubrik „kirchlich oder

unkirchlich gesinnt" eingetragen, und im einen Fall mit demüthigen angeblich ihrer kirchlichen Würde gebührenden Huldigungen, im andern mit offenen oder verhüllten Schmähungen überhäuft. In der Wissenschaft hat man ein katholisches Monopol erfunden, wornach seltsamer Weise blos „katholischer" Seits, das heißt, von Seite der Parteimitglieder selbst, eine wahre Philosophie, Geschichtschreibung, Philologie, Poesie, Naturkunde ꝛc. möglich ist, und an welchem nun Gelehrte und Ungelehrte in allen Sphären, von den abstrusesten Forschungen bis zum katholischen Conversationslexikon herab, durch gegenseitige Versicherung ihren behaglichen Antheil haben; * — in der Politik und Publicistik braucht es nur mehr „katholisches Bewußtseyn", um ohne Kenntniß über Alles urtheilen, ohne Geist über Alles mitsprechen, ohne Verdienst sich verdient machen zu können. Das katholische Bewußtseyn ist eine ergiebige Quelle der Spekulation, der literarischen und buchhändlerischen, der socialen und bureaukratischen geworden; athmen es doch selbst die Buchhändleranzeigen, und, um ja nicht mißverstehen zu lassen, wohin man damit will, hat man es in den concentrirten Worten ausgesprochen: „Hammer oder Ambos ist die Losung des Jahrhunderts," — ein Satz, der mit seiner Alternative die blutige Taktik der Revolution bezeichnet, und der, von Seite einer kirchlichen Partei ausgesprochen, einen Gegensatz zur Moral des Christenthums bildet, wie er sich nicht schneidender in Worte fassen läßt.

Wir wiederholen es: die Kirche als solche ist diesem Treiben bisher noch fern geblieben; wir haben selbst Grund zu glauben, daß von Mitgliedern des Clerus, deren Anschauungsweise das Publikum für identisch mit der der Partei hält, dasselbe gemißbilligt wird, wie denn auch religiöse Blätter sich zuweilen

* Wir begegnen hier einer Aehnlichkeit der radikalen Taktik mit der absolutistischen, die so weit geht, daß sie sich nicht blos aus der Berührung der Extreme erklären läßt, sondern nur aus der Mitergriffenheit vom radikalen Zeitgeist abgeleitet werden kann. So wenig wir übrigens, was das berührte encyklopädische Unternehmen betrifft, in irgend einer Beziehung mit dem Geist und Ton der gelieferten Proben einverstanden seyn können, so entschieden sprechen wir unsern Beifall bezüglich eines solchen Unternehmens an sich aus, insofern es die einseitigen Tendenzen von sich abzuweisen vermöchte, denen die protestantischen Encyklopädieen allerdings verfallen sind. Wenn daneben auch ein polemischer Standpunkt für die ersten Unternehmungen dieser Art vielleicht unumgänglich ist, so ist es auf der andern Seite unmöglich, auf diese Weise Erfolg oder auch nur mehrseitige Beachtung zu finden.

schon, wenigstens mittelbar, dagegen ausgesprochen haben. * Aber der Nachtheil, den die katholische Kirche dadurch erlitten hat, ist bereits groß, und, wie die französischen Ultramontanen, ist man berechtigt, die deutschen zu fragen:

Wer ist Ursache, daß der Katholicismus in Deutschland von einem großen Theile der öffentlichen Meinung nicht mehr als eine Religion des Glaubens und der Liebe, sondern als eine Religion der Ostentationen und Demonstrationen betrachtet wird, und daß der Geist gegenseitiger Billigkeit, das Bestreben, sich durch gegenseitigen Wetteifer in christlicher Vervollkommnung statt durch Feindseligkeiten zu bekämpfen, — ein Bestreben, welches an manchen Orten von Deutschland den ungläubigen Indifferentismus ersetzt hatte, und welches, so sehr man sich jetzt bemühen mag, es mit dem Indifferentismus zusammenzuwerfen, die Frucht einer positiv-christlichen Gesinnung war, — jetzt wieder dem Haß oder dem Mißtrauen der Confessionen Platz gemacht hat? Wer ist Ursache, daß der katholische Geist als ein Geist der Unverträglichkeit und des Unmaßes in Geruch gekommen, daß die katholische Literatur, kaum zu einer nationalen Bedeutung gelangt, wieder in ihre isolirte Stellung zurückgedrängt worden ist? Wer hat den Parteihaß genährt, der jetzt in großen paritätischen Städten die Bevölkerungen spaltet und durch beständige Reibungen das Gedeihen der Religion erstickt? Wer hat die Verdienste, welche sich Bayern um den Katholicismus erworben hat, zu Parteiverdiensten gestempelt, wer das Verständniß, welches bei richtiger Unterstützung in der Presse, die kirchlichen Bestrebungen des Königs von Bayern in Deutschland trotz des Radikalismus gefunden haben würden, in Mißverständniß und Mißtrauen verkehrt? Wer trägt die Schuld, daß die römische Eigenschaft des Katholicismus, statt einfach begriffen zu werden als das, was sie ist — als der natürliche, nothwendige Zusammenhang der Kirche mit ihrem Oberhaupt —, mehr und mehr aufgefaßt wird als das Merkmal, welches eine im mittelalterlichen Sinne des Worts römische, guelfische Partei unterscheidet von den friedliebenden Katholiken; daß die Erinnerung an die begrabenen Kämpfe des Mittelalters und der Reformation, an die entsetzlichen Nationalopfer, welche diese Kämpfe uns gekostet haben und damit der alte Ingrimm gegen Rom bei uns wieder aufgetaucht

* Wir führen, was Bayern betrifft, die Passauer „katholische Kirchenzeitung“ an, welche in religiösen und politischen Fragen, namentlich in der französischen Jesuitenfrage schon manches beachtenswerthe, aber nicht beachtete Wort in diesem Sinne gesprochen hat.

ist? — Wer hat endlich die „deutsch-katholische" Bewegung möglich gemacht? Nicht als ob wir den Ultramontanen die Schuld aufbürden wollten, die der Radikalismus gegen die Kirche begangen hat, oder den Antheil, den die Bureaukratie an dieser Schuld auf sich geladen, obwohl der letztere theilweise vielleicht durch sie hervorgerufen war. Wenn es aber möglich war, daß der werthlose Brief eines werthlosen Menschen Deutschland von einem Ende zum andern durchflogen hat, daß die Freude über den Trotz, den man durch den Abfall einiger Priester dem Ultramontanismus geboten glaubte, so viele Protestanten die Rücksicht gegen ihre katholischen Mitbürger und die Würde des Protestantismus selbst so weit vergessen gemacht hat, um mit der Erbärmlichkeit Hand in Hand zu gehen, wenn es möglich war, daß Männer von Ruf, ohne sich öffentlich zu schaden, die Bewegung adoptiren oder in Schutz nehmen konnten, und daß Hunderte und Tausende von vernünftigen und wohldenkenden Menschen beider Confessionen, bei aller Einsicht in die Nichtigkeit und Unberufenheit des Unternehmens in dieser Form und unter diesen Führern, trotz dem der innersten Wünsche für das Gedeihen der Sache auf positiven Grundlagen und unter andern Führern sich nicht erwehren konnten; wenn es möglich ist, daß die Bewegung trotz ihrer innern Haltlosigkeit aus den Umständen eine länger andauernde Kraft zieht: wer ist daran schuldig, als die, welche jetzt großartig darauf herabsehen zu können glauben, als hätten sie nie davon gehört, daß ein Extrem das andere hervorruft, und daß, wer Wind säet, Sturm ernten muß? —

So hat die ultramontane Partei in Deutschland, wie in Frankreich, der Kirche, die sie zu vertreten unternimmt, nur Wunden geschlagen. Hier wie dort sind die Siege des Ultramontanismus Niederlagen des Katholicismus geworden; hier wie dort hat eine Reihe historischer Vorgänge den faktischen Beweis unserer Behauptung geliefert: daß die Einheit der ultramontanen und katholischen Interessen eine Täuschung ist.

Es wird nicht schwer seyn, nach diesem die innern Gründe zu bezeichnen, aus denen die Unwahrheit der behaupteten Identität des Ultramontanismus, sowohl in seiner modern-politischen Form als in seiner alten Schule, mit dem Katholicismus hervorgeht.

Was zunächst die erstere Form betrifft, so ist es von vorn herein klar, daß es dem Charakter einer religiösen Confession wie dem Wesen der christlichen

Kirche widerspricht, als politische Partei constituirt zu werden. — Jedermann begreift, wenn die Katholiken in irgend einem Staat sich zur staatsbürgerlichen Geltendmachung von confessionellen Rechten vereinigen; aber ein Anderes ist es, wenn eine Fraction, mit dem religiösen Anspruch auf ausschließlichen Katholicismus, diesen zugleich als politische Macht zu organisiren strebt. Der Gegensatz zu dem Geiste des Evangeliums, der darin liegt, ist für das unbefangene Gefühl so einleuchtend, daß es keiner weiteren Erörterung bedarf. Wohl aber möchten wir den redlichen Mitgliedern der Partei, welche in ihrer Befangenheit den Contrast des religiösen Zieles, dem sie zugehen, mit dem eingeschlagenen Wege übersehen, Eins in Erinnerung bringen. Was ist der Zweck der Religion in ihrer Wirkung auf die Menschen, als die Reinigung der Seele von den niedern Affekten, die Herrschaft des gotterfüllten Willens über die Begierden, der Sieg der Moral über die Leidenschaften? * Was ist das Reich Gottes auf Erden, für dessen Ausbreitung sie arbeiten, als eine Gesellschaft, welche durch die Heilmittel der Religion die Klippen der menschlichen Sündhaftigkeit so weit überwunden hat, daß die christliche Liebe und Gesittung thatsächlich in ihr herrscht? Wollen sie nun dieses Ziel erreichen, indem sie den Katholicismus in alle die Versuchungen führen, deren Ueberwindung sie anstreben? Wollen sie das Reich des Friedens begründen durch Hereinziehung in den Unfrieden, die Bezähmung der Leidenschaften durch Erregung der Leidenschaften, die Emancipation des Menschen von den irdischen Begierden durch Entfesslung dieser Begierden, die Herrschaft der Liebe durch den Haß? Ja noch mehr — da sie denn doch genöthigt sind, auf dem Weg zu diesem Ziel alle politischen Rollen anzunehmen, für politische Ueberzeugungen zu kämpfen, die

* Es ist leider dahin gekommen, daß man von der Moral, als Hauptmoment der Religion, kaum mehr sprechen kann, ohne des „Rationalismus" oder „Indifferentismus" angeklagt zu werden. Die Rationalisten haben den großen Irrthum begangen, zu glauben, daß eine christliche Moral ohne christliche Dogmen möglich sey; aber die Wichtigkeit der Moral wird dadurch, daß sie des Dogmas als unerläßlicher Grundlage bedarf, nicht im mindesten verrückt. Wenn die Ultramontanen von der protestantischen Orthodoxie verlangen, daß sie die einseitige Hervorhebung des Glaubens, (welche Luther in einer Zeit, wo die Moral zur Ausübung äußerer Gebräuche herabgesunken war, sehr natürlich geltend machte) heute modificiren solle, so kann man noch mit viel größerem Rechte von ihnen selbst verlangen, daß sie nicht, ihrer eigenen Kirchenlehre zum Trotz, die moralischen Forderungen, als da sind Liebe, Versöhnlichkeit, Mäßigung u. s. w., als verbrauchte rationalistische Phrasen in den Winkel werfen.

ihnen theils indifferent, theils geradezu widerlich sind: — wollen sie die Religion heben, indem sie die Verstellung für ihre Bekenner organisiren? Soll die Wahrheit zur Herrschaft gelangen durch die Lüge; und glauben sie ihren Zweck erreichen zu können mit Mitteln, welche der Tod des Zweckes sind?*

Es ist bei solchen innern Widersprüchen keine religiöse Tröstung, wenn man, wie neuerlich wieder geschehen ist,** sich damit beruhigt, daß die Fehler der ultramontanen Partei von allen Parteien getheilt werden. Seltsame Bescheidenheit der Ansprüche an sich selbst, bei der nur der Umstand vergessen wird, daß, gesetzt auch, es wäre so, dieß die Sachlage keineswegs verändern würde. So wenig man im gemeinen Leben den Politiker und den Geistlichen mit dem gleichen Maßstab mißt, und zwar aus dem natürlichen einfachen Grunde, weil man Jeden nach den Gesetzen bemißt, unter denen er steht, weil man an den Einen nur den Maßstab menschlichen Rechts und menschlicher Ehre legt, während man den andern nach den Geboten der Kirche beurtheilt, so wenig kann eine im Namen der Kirche kämpfende Partei sich aller der Mittel bedienen, welche eine politische Partei, ohne sich zu verunehren, gebrauchen darf. Wird aber die Religion schon durch die Theilnahme an Dingen verletzt, welche weltlicher Weise rechtlich zuläßig sind, weil sie durch den Anspruch, nach weltlichem Maßstab beurtheilt zu werden, auf ein fremdes Gebiet versetzt, ihrer eigenthümlichen Würde entkleidet wird, wie tief muß sie erst entwürdigt werden durch eine Partei, welche, wie wir gesehen, in ihrer Taktik vor menschlichem Gericht nicht bestehen kann.

In der That haben die Ultramontanen, indem sie sich durch Annahme des Titels „katholische Partei“ mit Einem Griff die ausschließliche Katholici-

* Wenn die redlichen Ultramontanen manchmal ihre Augen aufschlagen und unbefangen ihre Presse betrachten wollten, so würden sie das Obige noch leichter verstehen. Oft hat es den Anschein, als ob diese Presse eine fortlaufende Parodie der biblischen Gebote wäre, von den mosaischen an: „Du sollst den Namen des Herrn nicht mißbrauchen“ und „Du sollst nicht afterreden wider Deinen Nächsten“ an, bis zu dem höchsten und schwersten „liebet Eure Feinde und segnet die Euch fluchen!“ oder als ob sie eine lebendige Travestie der Cardinaltugenden liefern wollte, indem sie die Gerechtigkeit in Parteilichkeit, die Mäßigung in Maßlosigkeit, die Klugheit in Indiskretion, den Starkmuth in moralische Unempfindlichkeit verkehrt.

** Erläuterungen und Zusätze zu der Rede des Herrn Fürsten von Oettingen-Wallerstein über die Klöster in Bayern. (Augsb. 1846. Schmid'sche Buchhandlung) p. 31.

tät zuzueignen versucht, sich nach zwei Seiten hin im gesunden Menschenverstande getäuscht.

Zuvörderst haben sie auf die natürliche Leichtgläubigkeit der Menschen allzuviel gebaut, — mehr als die menschliche Natur erträgt. Sie haben die öffentliche Tribüne betreten mit der Erklärung, die einzig Gläubigen inmitten des Unglaubens, das Salz der Erde inmitten der allgemeinen Verworfenheit zu seyn, und dann alles Ernstes sich eingebildet, man werde es natürlich finden, daß ihre Presse um kein Haar besser, gehaltener und würdiger ist, um kein Haar weniger schmäht, verdächtigt, verunglimpft als die nächste beste radikale auch. Sie scheinen geglaubt zu haben, das große Wort: „an den Früchten sollt ihr sie erkennen," welches der Stifter der christlichen Religion als Probstein für jede religiös seyn wollende Richtung hinterlassen hat, sey aus den Sinnen der Menschheit entschwunden. Dem ist nicht so. Der gesunde Menschenverstand will Früchte, d. h. Tugenden sehen, er erwartet Außerordentliches, wenn man Außerordentliches verspricht, und sieht er Nichts, so beruhigt er sich nicht etwa damit, daß das Alle so machen, sondern er sagt sich verwundert: Wenn diese Leute nicht besser sind, als die Andern auch, wozu die Prätention? Wenn sie der Kirche nicht durch ihr Beispiel zu helfen wissen, was haben sie damit zu thun? Und wenn sie in die Politik von Haus aus nicht gehören und in ihr, nach eigenem Geständniß, Nichts leisten wollen — was wollen sie denn, wenn nicht sich selbst?

Sodann hat man vergessen, daß die Trennung zwischen der ultramontanen Partei und der katholischen Kirchengesellschaft dem Volke nur zu leicht in die Augen springt. Wenn das Volk auf Seite der Ultramontanen nur Tugenden, auf der andern Seite nur Indifferentismus sehen würde, so würde es sich sagen, daß die Einen den lebendigen, die Andern den faulen Theil der Confession bilden. Wenn es aber Gutes und Böses auf beiden Seiten gleich gemischt, — wenn es auf der einen Seite oft menschenfreundliche, aufopfernde Priester, auf der andern oft hochmüthige Pharisäer oder aufgeblasene junge Zeloten sieht,* so stellt sich die Sache anders. Alsdann besteht neben dem

* Die Wahrheit dieser Schilderung kann, was Bayern betrifft, wohl von keinem bayerischen Katholiken geläugnet werden. Die historisch-politischen Blätter selbst haben sich getrieben gefühlt, die Sache anzuerkennen. Insbesondere ist der radikale Uebermuth, womit die junge Schule über kirchliche Autoritäten, die einer andern Richtung angehören,

Körper der katholischen Kirche eine ultramontane Körperschaft, beide mit ihren Kirchenobern, beide mit ihren Laien; alsdann begreift man, daß der ultramontane Körper, wenn irgendwo die oberen Kirchenbehörden in einem andern Geiste regiert werden, als in dem seinigen, trotz allem Gerede von Einheit und Gehorsam noch schneller als der andere Theil bereit ist, den kirchlichen Gehorsam zu verletzen und die katholische Einheit anzutasten, und man fängt an zu fühlen, daß dieser Parteiweg für die Einheit der Kirche so gefährlich ist, als der Indifferentismus selbst.

Von zweien Eins: entweder ist die ultramontane Partei wirklich die allein katholische und es gibt keinen Katholicismus außer ihr, dann habe sie den Muth, die Konsequenzen einer Scheidung zu tragen, die durch ihre Thätigkeit schon so auffallend zu Tag getreten ist, daß man auf die „wahren Katholiken" mit Fingern zeigen kann; dann scheide sie alles, was nicht zu ihr gehört, oder, aufgefordert, nicht zu ihr gehören will, aus dem Schooß der Kirche aus, statt blos in der Presse das Schisma hervorzurufen — gewiß der einzige einer starken Kirche würdige Weg: — oder, wenn sie finden sollte, daß auf diese Art zu wenig Katholicismus übrig bliebe und daß die katholischen Millionen außer ihr leben: dann thue sie Buße, sey es für ihre hochmüthige Prätention, oder sey es (falls sie bei dem Glauben ihrer Auserwählung beharrt), um durch Thaten und Aufopferungen die Welt zu retten, welche in diesem Fall durch einen betäubenden Zeitungslärm gewiß am wenigsten gerettet wird.

Wenn aus diesen einfachen Betrachtungen die Kluft zwischen der ultramontanen Partei und dem Katholicismus zur Genüge hervorgeht, so begreift sich eben so leicht, daß die Solidarität mit dem Papstthum, aus welcher diese Partei einen ihrer vorzüglichsten Rechtstitel macht, eine höchst lückenhafte ist. Abgesehen davon, daß diese Solidarität sich in die heftigste Opposition verwandeln würde, wenn das Papstthum einmal gegen das Interesse des Ultramontanismus handeln würde, und ohne weiter an die Lehre zu erinnern, welche die Geschichte Clemens XIV. in Bezug auf die behauptete Ehrfurcht vor dem päpstlichen Stuhle gegeben hat, ist diese Solidarität nicht einmal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, bei einer Curie, wie die heutige, vorhanden. Es ist, nach dem bisherigen Gang der Ereignisse und bei der Natur des römi-

abspricht, allbekannt. Wenn man aber in der Praxis noch so wenig Uebergewicht über andere Richtungen aufzuweisen hat, wozu anderwärts dieses Pochen? —

schen Kirchenregiments, nicht schwer vorauszusehen, daß, wenn die gegenwärtige ultramontane Presse noch einige Jahre auf dem betretenen Wege weiter geht, dem römischen Stuhle, der bei seiner althergebrachten Politik eines beständigen Kampfes aber auch einer vorsichtigen Fügung gegenüber dem Zeitgeist jetzt schon nicht ohne Bangen sehen kann, wie diese Partei mit Prätentionen der alten Zeit im Munde, die er nicht mehr aussprechen würde, sich zugleich dem modernen Zeitgeist in die Arme wirft, Nichts mehr übrig bleiben wird, als die Hände in den Schooß zu legen mit dem Ausruf: „Herr bewahre mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selbst bewahren."

Es ist uns nun noch übrig, den Ultramontanismus der alten Schule in seinem Verhältniß zum Katholicismus zu betrachten: jene Gattung von Ultramontanen, welche auf klerikalischem Wege, von der kirchlichen Sphäre aus und mit kirchenamtlichen Mitteln, den Ueberzeugungen Gregors des VII. getreu, die Herrschaft der Kirche über den Staat anstrebt.

Um zu glauben, daß der Katholicismus sich der Idee der Herrschaft über den Staat, der theokratischen Idee, nicht entschlagen kann, ohne einen Theil seines Wesens aufzugeben, müßte man eine der wesentlichsten Eigenschaften des Christenthums und des Katholicismus insbesondere verkennen: seine Elasticität. Wenn man das Christenthum mit den andern Religionen der Erde vergleicht, so findet man als specifisches Merkmal die Thatsache, daß, während die letzteren an gewisse gesellschaftliche Zustände oder an gewisse Zonen gebunden sind, das Christenthum allein, gerade so wie es unbeschadet der Ganzheit seines Glaubens alle Religionsphasen, welche die Menschheit durchlaufen hat, von der indischen Ascese bis zur antiken Vielgötterei, in ihrer Wahrheit aufgesogen hat, so auch trotz der unverwüstlichen Gleichheit seines Kerns sich allen Gesellschaften anzupassen vermag. Ohne das wäre es nicht, was es ist, die Religion der Menschheit im prägnanten Sinne des Wortes. Wenn nun das Christenthum vermocht hat, unter der Verfassung, welche die seinem Wesen widersprechendste ist, unter der Cäsaropapie, seine herrlichsten Jahrhunderte zu verleben und bei vollständiger socialer Unterwerfung blos durch das Leiden die damalige Welt zu überwinden, warum soll es in der heutigen Welt nicht leben können, ohne auf dem theokratischen Gedanken zu beharren?

Es ist in den katholischen Dogmen Nichts, vielleicht besser gesagt, nicht entfernt Etwas enthalten, wodurch die Hoheit der Kirche über den Staat

oder die Nothwendigkeit der Kirchenämter, zugleich eine weltliche Stellung einzunehmen, oder auch nur eine Collision der geistlichen Souverainetät mit der weltlichen begründet wäre. In dem berühmten, neuerlich vom Papste wieder angewendeten Satz, „es ist keine Obrigkeit, sie sey denn von Gott gesetzt," ist dieß Alles ein für allemal dadurch abgeschnitten, daß das katholische Dogma das Recht der weltlichen Gewalt als ein von Gott stammendes, außer dem kirchlichen Bereich liegendes anerkennt. Wenn in den Kanonen des Mittelalters Dinge enthalten sind, aus denen theokratische Ansprüche der Kirche dem Staat gegenüber geleitet werden können, so steht es der Kirche jeden Augenblick frei, sie außer Geltung zu setzen.* Der Ultramontanismus, von dem wir jetzt sprechen, liegt deßhalb mit seinen Ansprüchen außer dem unwandelbaren Kern des Katholicismus; und die katholische Kirche würde gegen ihre eigenen Grundsätze handeln, wenn sie sich einzelne Satzun-

* Wir müssen es daher auch für unkatholisch halten, wenn Phillips die Behauptung seines Kirchenrechts (Bd. I. p. 113) „Petrus als der König der Kirche habe von Gott eine wirkliche Souveränetät in seinem Reiche auf Erden und eine Unabhängigkeit von aller andern menschlichen Autorität erhalten" auf die weltliche Gewalt bezieht. Man könnte geneigt seyn, diese Worte nur auf die andern Gewalten innerhalb der Kirche zu beziehen, würde nicht die Vollmacht der Apostel selbst, (eine Vollmacht, welche eben, wie auseinandergesetzt wird, in höchster Instanz nur Petrus allein zukommt,) aus den Worten Christi „mir ist gegeben alle Gewalt im Himmel und auf Erden" abgeleitet, und würde nicht Petrus zwei Seiten zuvor der „nunmehr höchste der Könige auf Erden" genannt. Die Behauptung ist unkatholisch in dogmatischer Beziehung, weil die Vollmacht des Primats, so verstanden, dem Primat unter allen Umständen, wo es nicht wie jetzt von aller menschlichen Autorität unabhängig gestellt wäre, die Pflicht auferlegen würde, gegen die Gewalt der menschlichen Obrigkeit sich aufzulehnen — gar nicht zu gedenken der Bischöfe, welche nach der Theorie dieses Kirchenrechts, da sie als Nachfolger der Apostel in den „alle Gewalt im Himmel und auf Erden" übertragenden Vollmacht und in ihrer „wahrhaft souveränen Gewalt über das Menschengeschlecht" (p. 63) nur durch den Primat selbst beschränkt sind, jedem Unterthanenverband entsagen müßten. Sie wäre ebenso unkatholisch in faktischer Beziehung, weil der Apostel Petrus und eine Reihe römischer Bischöfe als Unterthanen des römischen Staates gelebt haben, ohne darin einen Widerspruch gegen ihre Vollmacht zu finden, und weil es um die katholische Kirche mehr als schlimm bestellt wäre, wenn die Ausübung ihrer Vollmachten an die Unabhängigkeit des Kirchenstaates geknüpft wäre. Wir können übrigens diese Bemerkung nicht machen, ohne unser Bedauern darüber auszudrücken, daß Phillips, bei aller Offenheit der Prämissen, die Schlüsse der Willkühr des Lesers anheimgibt.

gen, auf die er sich möglicher Weise stützen kann, als unvergängliche Bestandtheile ihres Wesens aufdringen ließe.

Es ist nach dem heutigen Stand der Gesellschaft klar, daß die Geltendmachung solcher Ansprüche nur geeignet ist, die katholische Kirche in der Erfüllung ihrer Mission auf alle Weise zu hindern. Diese kann sich nicht verhehlen, daß, wenn das Papstthum zur Zeit des Mittelalters, umringt von jungen und barbarischen Völkern und als Träger der höchsten damaligen Cultur, neben seiner geistlichen Stellung einen politischen Beruf zur Erziehung Europa's haben konnte, dieser Beruf heute von keinem Staat Europa's angenommen werden könnte, ohne sich in seinem Fundament zu untergraben. Wir wissen zwar wohl, daß der Ultramontanismus, im Gefühl des Contrastes seiner Ansprüche mit dem gegenwärtigen Stand der Kirche, sich vor der Absicht der Zurückführung der Gregorischen Zustände in der damaligen Form verwahrt, weil es „Wahnsinn wäre, die Staatstheorie des 13. Jahrhunderts auf die praktischen Verhältnisse des neunzehnten faktisch übertragen zu wollen." * Aber abgesehen davon, daß die Zeit uns noch nahe liegt, wo unter der Restauration die Lehre von der doppelten Suprematie von Mitgliedern des Episkopats geltend gemacht wurde, handelt es sich nicht um die Aufgebung der theokratischen Idee in der Gregorischen Form, sondern um die Aufgebung der Idee selbst; denn im Wesen ist es gleich, ob die Kirche als Oberlehensherr die Staaten beherrscht, oder ob sie sie dadurch beherrscht, daß sie ihre Autonomie bis zu einem Grade ausdehnt, welcher andere neben ihr bestehende Autonomieen unmöglich macht. Es liegt z. B., um einen der neuesten Fälle anzuführen, auf platter Hand, daß, wenn die denkwürdigen Worte, womit der Kanonikus de Rivaz in einem unbeachteten Winkel Europa's, im großen Rathe des Cantons Wallis, das Verbot der öffentlichen Ausübung des protestantischen Cultus motivirt hat: „die Protestanten können andere Culte toleriren, weil sie auch religiös andere anerkennen, die Katholiken können es nicht, weil die römisch-katholische Religion sich ihrem Prinzip gemäß für allein selig machend hält" — daß, wenn diese Worte und das mit ihnen bezeichnete theokratische Prinzip die unwandelbare Meinung der katholischen Kirche ausdrücken würden, der rechtliche Bestand dieser Kirche in den meisten heutigen Staaten mittelbar von ihr selber in Frage gesetzt wäre.

* S. die hist. pol. Blätter „die Preßfreiheit in Deutschland".

Der heutige Bestand des Katholicismus ist deßhalb eben so unvereinbar mit den ultramontanen Prätentionen, als er vereinbar ist mit dem Zustande der Gesellschaft. Mag der Weg, welchen der europäische Staat eingeschlagen hat, indem er sich von der kirchlichen Gesetzgebung emancipirt und auf die Grundlage des menschlichen Rechtes gestellt hat, damit endigen, daß er, wie die Nordamerikaner, von der Religion vollkommen absieht und sie lediglich vom Gesichtspunkte der allgemeinen, individuellen und korporativen Gesetze behandelt, oder (wie wir glauben) damit, daß er, am Ziele der Erkenntniß des menschlichen Rechtes angelangt, nach Vollendung seines Fundamentes den Einklang der verschiedenen Fundamente, auf dem Staat und Kirche beruhen, erkennt und von seinem Boden aus der Kirche auf's Neue die Hand reicht zu einer Verbindung, welche weder Vermischung noch gegenseitige Ignorirung der beiden Sphären ist: — die Kirche kann den Ausgang ruhig erwarten; sie hat im Frieden Mittel genug in der Hand, um radikale Einmischungen in ihr Inneres abzuweisen, und sollte der antichristliche Geist irgendwo in Europa noch einmal zu vollendeter Herrschaft gelangen, so ist sie selbst dann, durch die Kraft der Ueberzeugung, des Sieges gewiß.

Wir können nicht besser schließen, als indem wir dem theokratischen Ultramontanismus überhaupt das in Erinnerung bringen, was Hr. Guizot bei der Erörterung der Unterrichtsfrage seinen besondern Vertretern, den Jesuiten, gesagt hat. Nachdem er anerkannte, daß in den ersten Gährungen der Reformation wirkliche Gründe vorhanden gewesen seyen zu der Besorgniß, es werde aus dem Geist der Freiheit und der Forschung in der ideellen Welt nur Willkür, in der politischen nur Anarchie hervorgehen, und daß es die Ehre und der Ruhm der Jesuiten sey, aus diesen Gründen die Aufgabe der Stützung der Autorität unternommen zu haben, sagte er weiter: „die Jesuiten haben sich getäuscht; es sind daraus große, kräftige, wohlgeordnete Gesellschaften entstanden, welche für die Entwicklung und das Glück der Menschheit mehr oder wenigstens eben so viel gethan haben, als alle vorangegangenen. Und weil sie sich getäuscht hatten, sind sie geschlagen worden, nicht nur in den Ländern, wo die Bewegung, die sie bekämpften, zur Herrschaft gelangt ist, sondern auch da, wo die absolute Gewalt stehen geblieben ist. Spanien und Portugal sind in ihren Händen zu Grunde gegangen und doch haben diese Länder sie verjagt. Und jetzt, wo diese Thatsachen nicht mehr Meinungen, sondern Resultate der

Erfahrung sind, erkennt sie der Orden wohl an? Gibt er zu, daß die freie Forschung neben der Gewalt bestehen kann, eine gemeinsame Controle neben einer kräftigen geregelten Autorität? Wenn er es zugibt, wenn er dem absolutistischen Gedanken seines Stifters entsagt, so mag er unter uns seinen Platz einnehmen. — Wenn aber die Jesuiten immer noch die Resultate der Erfahrung verkennen, so werden sie erfahren, daß sie sich heute täuschen, wie sie sich vor 300 Jahren getäuscht haben. Ich bin der Ueberzeugung, daß weder die Kirche noch der Staat, weder die Religion noch die Gesellschaft von ihrer Mitwirkung abhängen; ich bin überzeugt, daß die katholische Religion sich der neuen Gesellschaft sehr gut anpassen kann, daß sie die moralische Autorität wieder gewinnen und ausüben kann, wie in früheren Jahrhunderten unter andern Formen. Die Menschen sind nicht geändert. Die neue Gesellschaft hat, wie die alten, Glauben und Autorität nöthig; nur gibt sie nicht zu, daß der Glaube und die Autorität in ihr auf dieselbe Weise wie früher ausgeübt werden. Die Jesuiten sind eine veraltete Form, welche einer veralteten Gesellschaft angehört. Mögen sie einwilligen, ihre Form zu ändern, wie alle Welt. Wenn sie dagegen ihren Grundsatz aufrecht halten wollen: sint ut sunt aut non sint, so werden sie sich wieder täuschen und geschlagen werden, wie sie sonst geschlagen worden sind." — *

* Wir fügen, um unsere Meinung über den Jesuitenorden erschöpfend auszudrücken, noch einige Worte hinzu. Die Jesuiten selbst, aufrichtiger als die meisten ihrer Vertheidiger, gestehen zu, daß der Zweck ihrer Stiftung ein insbesondere antiprotestantischer ist. Sie haben den Protestantismus in seinen Anfängen als Radikalismus bekämpft, sie werden ihn nie anders betrachten können: und dies macht sie von vorn herein untauglich für paritätische Staaten. Was ihre Wirksamkeit in rein katholischen Ländern betrifft, so darf nicht vergessen werden, daß die Kirche sie niemals hätte fallen lassen können, wie es geschehen ist, hätten sie nicht das Interesse des Ordens über alle Interessen, auch das der Kirche selbst, hinausgesetzt. Der berühmte Ravignan hat in seiner Schrift über die Existenz und das Institut der Jesuiten, ohne die Reihe von Vorwürfen, die die Geschichte den Jesuiten machen kann, mehr als zu streifen, nur Dinge ans Licht gestellt, um derentwillen allein sie niemals angefochten worden wären: und die Briefe Paskals, wie sie niemals gehörig widerlegt worden, und heute noch weniger damit widerlegt werden, daß man Paskal als Jansenisten für inkompetent erklärt oder die Schuld der jesuitischen Casuistik als gemeinsame Schuld aller Casuisten darstellt, (Antworten, womit keine Thatsache sich verändert,) haften heute noch als Makel auf dem Orden. Da nun überdies der Orden durch die Unterbrechung, die er erlitten, und durch die Stabilität, womit er gerade in Folge der gewaltsamen Aufhebung doppelt auf seinen alten Traditionen beharrt hat, nach den einfachsten Schlüssen durchaus unfähig ist, sich

Wenn wir jetzt noch einige Worte über den Ultramontanismus im kirchenrechtlichen Sinne des Wortes * und besonders über die ultracistisch päpstliche Ansicht sagen, so geschieht es, um unsere Ueberzeugung auszusprechen, daß, so vollkommen wir für den heutigen Katholicismus die Nothwendigkeit anerkennen, sich fest und unverrückt an das Centrum der Einheit anzuschließen, so gefährlich wir es zugleich im Interesse des Katholicismus selbst erachten würden, wenn die bezeichnete Ansicht vom Primas, statt sich als eine der verschiedenen, innerhalb der Kirche der freien Diskussion überlassenen Ansichten zu bescheiden, alle andern Ansichten in der Kirche verdrängen würde. Die Kirche hat in sich ihre verschiedenen Richtungen wie der Staat, sie darf nicht dulden, daß eine dieser Richtungen die Gränze des Gesetzes überschreitet und sie hat nach der Beschaffenheit der menschlichen Natur das höchste Interesse, keine extrematische

wissenschaftlich und pädagogisch in der neuen Zeit so zu orientiren, daß er sein altes Uebergewicht in der Erziehung wieder erringen könnte (eine Berechnung, die durch den Stand des gegenwärtigen Unterrichts in den Jesuitenpensionaten faktisch bestätigt wird); so ist nicht abzusehen, wie der Orden in Europa der Kirche noch Dienste leisten sollte, die durch den Haß der öffentlichen Meinung gegen ihn überdies in jedem Augenblick paralysirt werden, und die er selbst schon dadurch paralysiren wird, daß er (eine natürliche Folge menschlichen Ehrgeizes) nur als der erste aller Orden, wie er es einst war, in Europa fortleben will. So natürlich es in Staatsverhältnissen ist, daß ein Bund, der sich in einer gefährlichen Krise zur Rettung des Staates gebildet hat, nach vollbrachter Mission wieder ins Stillleben zurückgeht, so natürlich und nothwendig ist es, daß die Jesuiten gleich anderen Orden des Mittelalters in eine bescheidene Stellung zurücktreten. Wir theilen daher die Meinung, daß, wenn die Restauration der Jesuiten nach ihrer gezwungenen Aufhebung ein nothwendiger Akt der Gerechtigkeit und Dankbarkeit von Seiten des Papstthums war, es jetzt hinwieder weise wäre, ihre Thätigkeit auf die auswärtigen Missionen zu concentriren, in denen sie einst Großes geleistet haben und durch die sie, wenn man auch an der Eindringlichkeit ihrer Bekehrungen zweifeln mag, der Civilisation der Menschheit jedenfalls unendlich mehr Dienste leisten würden, als jetzt die Spekulanten und Kaufleute, welche diese Länder aussaugen. Was endlich die Stellung des Staats an sich zu den Jesuiten betrifft, so hat ein starker Staat, d. h. ein Staat, von dem die Jesuiten von vorn herein eine Connivenz für Uebergriffe in keiner Art erwarten können, sie im allgemeinen allerdings nicht zu fürchten, weil er sie beherrscht; wie denn Friederich der Große dieses gezeigt hat, welcher dem preußischen Staat das kostbare Vermächtniß einer starken Politik, die, eben weil sie stark, die Confessionen sich in ungestörter Freiheit entwickeln lassen kann, hinterlassen wollte: aber der stärkste Staat würde unserer Ueberzeugung nach sich eines nicht zu verantwortenden Leichtsinns schuldig machen, wenn er heutzutage, den entschiedenen öffentlichen Antipathieen gegenüber, gesetzt sogar diese Antipathieen wären unbegründet, dem Jesuitenorden seine eigene Ruhe opfern wollte.

* Wie derselbe pag. 9 bezeichnet ist.

Tendenz auf Kosten Gemäßigter und Besonnener groß werden zu lassen. Wir wundern uns nicht, wenn gegenüber den radikalen Tendenzen das monarchische Element der Kirchenverfassung mit Stärke geltend gemacht wird; wenn aber aller Episkopalismus, auch der das Primat einschließende, als indifferent, schismatisch oder unkatholisch aufgefaßt, wenn die Geltung der Concilien so rücksichtslos herabgesetzt wird, daß man das Concil von Constanz (nicht etwa als den Richter von Huß, sondern als antipäpstliches) kurzweg mit der Benennung „das berüchtigte" abfertigt, wenn die Gewalt des Papstes auf eine Höhe getrieben wird, welche die organischen Gewalten in der Kirche zu einer Legation des Papstes verkehrt oder auch wohl dem gesunden Menschenverstande geradezu in's Gesicht schlägt: so sehen wir nicht entfernt ein, wozu dieß dem Papstthum selbst, geschweige denn der Kirche frommen soll. Wenn man glaubt, diese modernen Uebertreibungen als Kirchenlehre geltend machen zu können, so vergißt man, daß die größten Akte der Kirche wie ihre größten Krisen in Concilien entschieden worden sind, daß das Mittelalter selbst in seiner Auffassung der päpstlichen Jurisdiktion innerhalb der Kirche von diesen Uebertreibungen Nichts gewußt hat, und daß, als die Jesuiten sie aufstellten, nicht etwa mit radikalen, sondern mit kanonischen Waffen dagegen gekämpft worden ist. Wenn man das Papstthum gemäßigt aufgefaßt hat in einer Zeit, wo Italien der Mittelpunkt der Cultur war, wie sollte es absolutistisch aufgefaßt werden in einer Zeit, wo die Brennpunkte der geistigen Thätigkeit Europa's außer Italien liegen, so daß die Bischöfe um so mehr der Freiheit der Bewegung, der Papst um so mehr des Rathes bedarf? Die Kraft des Papstthums wird nicht gehoben, sondern überstürzt, wenn man den Papst zu einem Dalai Lama hinaufschraubt; der Kirche aber wird durch eine unorganische Concentration die Mannigfaltigkeit des Lebens und, in Krisen, der Reichthum und die Entfaltung ihrer eigenen Hülfsmittel entzogen. Möge man also immerhin der strengen Ansicht seyn, aber lasse man das Maß bei sich und die Duldung gegen andere Berechtigte herrschen; und möge man insbesondere den heutigen Zuständen gegenüber nicht vergessen, was ein französischer Bischof, obwohl selbst ultramontan, indem er seinem Capitel neue, der kanonischen Freiheit entsprechende Statuten gab,* sehr richtig hervorgehoben hat: „daß, so verschieden auch die

* Sicherlich würde die französische Kirche, durch zahlreiche Nachahmung dieses Vorganges in Bezug auf die niedere Geistlichkeit, sich einen begründeteren Anspruch

Grundlagen sind, auf denen der Staat und die Kirche in ihrer Verfassung beruhen, trotzdem der Contrast zwischen beiden nicht von der Art seyn dürfe, daß der Staat überall Freiheiten und Garantieen biete, während die Kirche sie zu scheuen und auszuschließen scheine."

Die politische Taktik des Ultramontanismus in Bayern und das ultramontane Vorspiel in der Schweiz.

Die vorhergehende Betrachtung hat gezeigt, daß der Ultramontanismus im Interesse des Katholicismus selbst bekämpft werden muß.

Der Standpunkt, von dem sie ausgegangen ist, war weder durch die Nothwendigkeit, in die so manche Feinde des Ultramontanismus sich versetzt sehen, vor dem Angriff ihre Katholicität zu constatiren, noch durch die Pflicht bedingt, welche die Mitgliedschaft einer Confession mit sich bringt; es ist einfach der Standpunkt einer conservativen Ueberzeugung, welche, da sie vermöge ihres allgemeinen Prinzips berechtigt ist, an dem Gedeihen jeder positiven Confession Antheil zu nehmen, diese Theilnahme dem Katholicismus gegenüber aussprechen darf, ohne den Vorwurf einer unberufenen Einmischung auf sich zu ziehen.

Haben wir im vorigen Abschnitt von religiös-conservativem Gesichtspunkt aus die Stellung des Ultramontanismus zu der Kirche, die er vertreten will, beleuchtet, so wollen wir jetzt, indem wir unserem politisch-conservativen Zwecke näher treten, die Stellung untersuchen, welche er im politischen System des deutschen Staatslebens einzunehmen bemüht ist. Es handelt sich dabei nicht mehr um die politische Ueberzeugung des Ultramontanismus, welche, wie schon

auf den ihr so freigebig ertheilten Titel „glorreich" erwerben, als durch heftige öffentliche Manifestationen gegen den Staat. So manche preiswürdige Seiten, besonders in Werken christlicher Carität, die katholische Kirche von Frankreich darbietet, so verletzend ist es für das geringste Rechtsgefühl, die Napoleonische Gesetzgebung, so weit sie der bischöflichen Unumschränktheit günstig ist, vom Episkopat adoptirt zu sehen, während sie in allen das Verhältniß zum Staat umfassenden Beziehungen rücksichtslos angefochten wird.

die allgemeine Schilderung gezeigt hat, im Prinzip darin besteht, kein System zu haben, in der Praxis darin, je nach der Lokalität sich aller vorhandenen Systeme zu bedienen, sondern um die politischen Operationen, wodurch der Ultramontanismus in Deutschland politischen Einfluß erlangt hat.

Wenn dabei auch auf schweizerische Vorgänge Rücksicht genommen wird, so geschieht es insoweit, als zum Verständniß des Geistes und Zweckes dieser Operationen nothwendig ist.

Das Feld, auf welchem der Ultramontanismus sein politisches Ziel — die Unterordnung des Staates unter hierarchische Interessen — zu erreichen hoffen kann, sind weit weniger die katholischen als die paritätischen Länder. Dies ist so einfach, als es auffallend scheint. Der Gegensatz zwischen Staat und Kirche liegt so tief und so selbstständig in der menschlichen Natur, daß er sich unter allen Umständen, auch aus der vollständigsten Einheit des Glaubens heraus, erzeugt. Er trat auf's heftigste hervor im Mittelalter, obwohl beide Parteien damals von der gleichen religiösen Gesammtanschauung ausgingen; er macht sich mit gleicher Stärke geltend in allen staatsmännischen Naturen, die politische Stellungen übernehmen, wenn sie auch, wie Ximenes und Richelieu, in eigener Person der Hierarchie angehören; er würde, gesetzt z. B. die ultramontane Partei in Frankreich überwände alle andern Richtungen, in dem nämlichen Moment aus der Mitte der Ultramontanen selbst wieder hervorspringen, wo ganz Frankreich im Ultramontanismus eins schiene.

Wenn dieß im Allgemeinen gilt, so hat der Ultramontanismus von den zwei größten katholischen Ländern Europa's, von Frankreich und Oesterreich, noch aus besonderen Gründen wenig zu hoffen. In Frankreich ist theils das Bewußtseyn der selbstständigen Mission des Staates, theils die Centralisation und Allmacht der Staatsgewalt viel zu tief eingedrungen, Frankreich ist theils zu national, theils zu radikalisirt, als daß der Ultramontanismus (der überdieß dort von jeher nicht nur mit unkirchlichen, sondern auch mit conservativen Waffen bekämpft worden ist) eine weitere Aussicht hätte, als die, unter den verschiedenen Parteien hin und wieder Einfluß zu üben, im entscheidenden Moment aber beständig zu scheitern. In Oesterreich hat der Ultramontanismus, obwohl in gewissen Beziehungen ungleich besser gestellt, doch dem Staat gegenüber nicht einmal diese Aussicht. In Oesterreich, mit Ausnahme von Ungarn und seinen Appertinenzen, hat der Staat den alten Bund mit der

Kirche bewahrt, — Oesterreich ist noch ein römisch-katholischer Staat. Aber es besitzt mit den Pflichten, die es damit übernommen hat, zugleich Rechte auf die Kirche, wie vielleicht kein anderer Staat; es übt die Hoheit und die Aufsicht über die Kirche in einem Grade aus, der nicht höher gewünscht werden kann, es hat in der Theilung mit der Kirche als äußerer Bischof das bessere Theil für sich behalten. Die ultramontanen Prätentionen haben alle Elemente gegen sich, aus denen der österreichische Staat besteht — das kaiserliche Element als Erbe der politisch-ghibellinischen Tradition; das josephinische; das bureaukratische und das staatsmännische. Wenn der Ultramontanismus in Oesterreich Vortheile genießt, die er anderswo nicht hat, wie z. B. die Duldung der ihm wichtigsten Orden, wenn er in religiöser Beziehung in seiner Weise auf den Volksunterricht einwirken und hie und da persönliche Einflüsse ausüben kann, die ihm anderswo verschlossen sind, so hat er sie unter der Bedingung der äußersten Demuth gegen den Staat: und wenn Oesterreich die katholischen Interessen fördert, so fördert es sie auswärts unter der Bedingung, zu Hause vollständiger Meister in der Kirche zu seyn. Statt zu fragen, ob das gegenwärtige Oesterreich den ultramontanen Prätentionen günstig sey, könnte man mit gleichem Rechte fragen, ob das gegenwärtige Oesterreich der Freiheit der Kirche genügenden Spielraum gibt.

Ganz anders ist es in paritätischen Ländern, wie Deutschland und die Schweiz. Hier nährt sich der Ultramontanismus am confessionellen Gegensatz. Wie dieser Gegensatz ihm schon in seinem religiösen Bestreben (der Monopolisirung der katholischen Sache) einen weit größeren Anschein von Wahrheit verleiht, weil er in Streitigkeiten mit den Protestanten sich an die Spitze drängen kann, während er in katholischen Ländern durch den Contrast gegen die katholische Mehrheit immer blosgestellt bleibt, so ist derselbe ihm noch weit ersprießlicher in der Politik. Hier erwirbt er sich eine Macht, indem er, mit Benutzung aller an die Confession geknüpften provinziellen Antipathieen oder Sympathieen, mit Ausbeutung aller wirklichen katholischen Beschwerden und aller wirklich von protestantischer Seite gemachten Fehler, unter *protestantischen* Regierungen *die Opposition gegen die Staatsgewalt unterstützt*, unter *katholischen sich zum Bundesgenossen der Staatsgewalt macht* und *dem Staate, unter scheinbarer Vertheidigung der Staatsrechte, seine eigenen Prinzipien unterschiebt.*

In preußischen und würtembergischen Fragen geht die ultramontane Presse mit der Opposition, indem sie ihren Forderungen nach reichständischer Verfassung, Preßfreiheit u. s. w. sich anschließt und nach allen Seiten, so rücksichtslos als die Opposition selbst, die Regierung angreift; in Bayern und in Luzern geht sie mit der Staatsgewalt, und zwar unbedingt auch in Dingen, die mit ihren Interessen unmittelbar durchaus in keinem Zusammenhange stehen. Nach der einen Seite hin hat der Ultramontanismus die nationalen Antipathieen, welche am Rheine gegen Altpreußen, in Würtemberg gegen Altwürtemberg, in den neu erworbenen Theilen von Genf gegen das alte Genf bestehen, benutzt, um sich dem Staate gegenüber mit ihnen zu amalgamiren, nach der andern Seite hat er in Luzern die Angriffe des Radikalismus auf die Kirche und das nationale Mißtrauen der innern Schweiz gegen die vordere ausgebeutet, um sich an die Spitze der conservativen Innerschweiz zu bringen und den Kampf des Conservatismus mit dem Radikalismus (einen Kampf, der an sich so wenig confessioneller Natur ist, daß die frechsten Angriffe auf radikaler Seite von Katholiken, die gründlichsten Vertheidigungen des Rechts von Protestanten ausgegangen sind) in einen Kampf des Katholicismus mit dem Protestantismus umzuwandeln, und hat er in Bayern seit Jahren daran gearbeitet, zuerst vermittelst der confessionellen Reibungen sich zum ausschließlichen Wortführer des Katholicismus zu machen, sodann sein, so zur katholischen Sache erhobenes, Princip an die Stelle der conservativen Grundsätze zu setzen, zu denen sich Bayern bekennt.

Man sieht leicht, daß bei dem bezeichneten Stand der Dinge in Oesterreich und Frankreich Bayern für den Ultramontanismus von unbedingter Lebenswichtigkeit ist. Die ultramontane Opposition im gesammten übrigen Deutschland ist ihres Nervs beraubt, wenn sie nicht von einem Punkt aus unterstützt wird, wo der Ultramontanismus einen bestimmenden Einfluß ausübt. Die Schweiz ist zwar als Boden für ultramontane Institute unentbehrlich, als Land aber nur von untergeordneter Wichtigkeit. Von Bayern aus könnten die ultramontanen Interessen in Oesterreich, Deutschland und der Schweiz unterstützt und die deutsche Politik influirt werden: ja selbst der Besitz von Oesterreich könnte ihm den von Bayern nicht ersetzen, weil Oesterreich als ein Staat, der sich von der Zeitströmung so viel als möglich abschließt, dem Ultramonta-

nismus unendlich weniger Vorschub leisten kann, als ein constitutionelles, mit der Bildung und den Bewegungen des übrigen Deutschlands so innig verflochtenes Land.

So hat sich in Bayern eine europäische Bewegung zusammengedrängt: der Ultramontanismus hat, zu seiner Ehre kann man es sagen, die Wichtigkeit von Bayern begriffen. Aber das Ziel ist nicht leicht zu erreichen; man mußte, um zu Einfluß zu gelangen, eine Reihe von Umwegen gehen.

Was kann verschiedener seyn, als die ultramontanen Grundsätze und die im Eingange dieser Schrift angedeuteten, aus der natürlichen Lage von Bayern wie aus der Tendenz seines gegenwärtigen Königs hervorgehenden Grundsätze des bayerischen Staates? Was ist verschiedener als die Förderung jedes positiv religiösen Lebens und die Ausschließlichkeit einer einzigen Tendenz, welche innerhalb ihrer eigenen Confession nur eine Fraktion bildet; was verschiedener, als die Aufrechthaltung der Staatshoheit und Staatswürde und die Verwendung des Staats zu hierarchischen Zwecken, als die politische Principlosigkeit, welche mit allen Principien buhlt, und die Verfolgung eines entschieden conservirenden, radikalen und zelotischen Uebergriffen fremden Systems?

Die Mittel, vermöge welcher es trotzdem den Ultramontanen gelungen ist, in Bayern Bedeutung zu gewinnen, sind auf der einen Seite kluge und ausdauernde Benutzung fremder Fehler, auf der andern die Entwicklung eines moralischen und geistigen Schreckmanoeuvers, welches geeignet ist, ängstliche Seelen und unselbstständige Geister in Furcht und Verwirrung zu setzen.

Die Fehler und Albernheiten der radikalen Presse waren es zunächst, welche dem Ultramontanismus den Weg gebahnt haben. Die radikale Presse von Deutschland kennt keinen Unterschied zwischen dem Ultramontanismus im unmittelbaren Sinn des Worts, zwischen der positiv-katholischen Gesinnung, welche an dem Centrum der katholischen Einheit festhält, und zwischen dem falschen Ultramontanismus, mag man darunter nur eine zelotische oder pharisäische Richtung auf dem religiösen Gebiet selbst, oder mit unserem Sprachgebrauch die unbefugte Einmischung einer theokratischen Partei in den Staat verstehen. Da ihr vor allem daran gelegen ist, diesen Unterschied zu verwischen und den positiven Katholicismus mit dem weltlichen Ultramontanismus in Eins zu werfen, so hatte sie, lange noch bevor in Bayern der Ultramontanismus wirklich zu Einfluß gekommen

war, Bayern als beherrscht von demselben dargestellt; jede Klostererrichtung war benutzt worden, um diese Unwahrheit zu unterstützen. Ohne Rücksicht auf die Schulden, welche Bayern nach einer gewaltsamen Klosteraufhebung von so ungeheuerm Umfange der Kirche abzutragen hatte, war sie bemüht, die einfachsten Handlungen der Gerechtigkeit und des Wohlwollens für die katholische Kirche als ultramontane Akte auszuschreien und den Monarchen als Beförderer dieser Tendenzen anzuklagen.

Nichts konnte dem wirklichen Ultramontanismus gelegener kommen als diese Verwechslungen und Verläumdungen. Indem er mit beiden Händen adoptirte, was der Radikalismus ihm anbot, erreichte er den Schein der vollkommenen Identität zwischen seinen und den conservativ-katholischen Bestrebungen. Indem er, statt seinerseits die Anklagen gegen Bayern zurückzuweisen, sich das Ansehen einer engen Verbindung mit der bayerischen Regierung gab, gelang es ihm, den radikalen Behauptungen ein reales Gewicht zu verschaffen.

Noch weit vortheilhafter aber waren ihm die Fehler, welche im Norden von Deutschland in der Behandlung der katholischen Angelegenheiten gemacht worden sind. War es ihm unmöglich, aus der Haltung der Protestanten in Bayern selbst eine Anklage zu ziehen, die nicht durch ihr evident loyales Benehmen widerlegt worden wäre, so kam ihm dagegen Preußen vortrefflich zu Hülfe.

Durch die in der That kaum glaubliche Verblendung, womit ein Theil der preußischen Staatsbeamten von der Kölner Sache an bis zur deutsch-katholischen Bewegung, während sie staatlich die strengsten quasiconservativen Grundsätze vor sich her trugen, in katholischen Kirchenfragen dem flachsten Radikalismus theils Einlaß gaben, theils ihn geradezu zum Bundesgenossen nahmen, gelang es mehr und mehr die Meinung zu verbreiten, als ob dieses System, welches überdem seit dem Tode Altensteins und unter dem jetzigen Könige von Preußen nicht das System von Preußen an sich, sondern das einer Fraktion von Bureaukraten ist, der nothwendige Ausfluß aller protestantischen Politik sey, und als ob jede von persönlich protestantischen Gesinnungen begleitete Politik, so sehr die protestantischen Staatsmänner sich auch bemühen möchten conservativ zu seyn, unfehlbar der Impotenz anheim fallen müßte, welche, wie Preußen gezeigt habe, die innerste Wesenheit des Protestantismus selbst sey.

Obwohl diese Beweisführung gerade in dem besonderen Fall, auf den sie sich stützt, auf einer vollendeten Täuschung beruht, so ließen sich doch Viele durch die Sicherheit verleiten, mit der sie vorgetragen wurde. Daß die Staatsschule, von der jene Fehler in Preußen ausgingen, in ihren politischen Ansichten so wenig als in ihren religiösen conservativ ist, daß sie deßhalb als Typus des protestantischen Conservatismus um Nichts mehr gelten konnte und kann, als wenn man z. B. in der Schweiz aus dem modernen Neuhausischen Conservatismus den Schluß ziehen wollte, daß die protestantischen Regierungen der Schweiz des Conservatismus unfähig seyen (ein Schluß, der unter den schweizerischen Conservativen nur Lächeln erregen könnte), daß ferner conservative Protestanten selbst, ohne katholisch zu werden, dieses System aufs entschiedenste gemißbilligt haben, über Alles das ging man, weil es den Schluß, zu dem man gelangen wollte, vernichtet haben würde, mit Einem Sprung hinweg.

Dieser Schluß heißt einfach: Katholicismus und Conservatismus, Radikalismus und Protestantismus sind Eins. Es gibt keine conservativen Interessen, als die katholischen *, keinen Protestantismus, der nicht entweder zum Radikalismus und zwar zum äußersten Radikalismus, oder, wenn er davor zurückscheut und sich positiv erhalten will, zum Katholicismus führt. Undenkbar ist jede conservative Politik, die nicht auf katholischer Grundlage beruht, undenkbar jede protestantische Gesinnung, die nicht dem Charakter des Protestantismus gemäß, wenn sie sich getreu bleibt, revolutionär werden müßte **.

* „Wäre die katholische Presse frei, — — würde nicht jener unnatürliche Zustand aufhören müssen, kraft dessen die größere Hälfte unserer Völker und mit ihr die Stimme der allein und wahrhaft conservativen, d. h. der katholischen Interessen mundtodt gemacht wird?“ (Hist. pol. Bl. XI. Bd., 2. H. die Preßfreiheit in Deutschland.)

** Obwohl diese Sätze das Thema bilden, welches in den hist. pol. Blättern beständig variirt wird, so mögen doch zwei Stellen als Beleg hier angeführt werden, deren zweite zugleich die Lösung bezeichnet, welche die hist. pol. Blätter für die gegenwärtig in Deutschland obschwebenden Fragen in Aussicht stellen. „Jene Protestanten, welche auf dem politischen Gebiete die Grundsätze verläugnen, die sie auf dem kirchlichen bekennen, werden am Tag der Prüfung, auf die eine oder andere Seite gedrängt ihrer Doktrin oder ihrer Praxis, oder beiden zugleich untreu, d. h. kirchlich katholisch, oder politisch revolutionär werden müssen.“ (XI. Bd., 1. H., deutsche Briefe). „In dieser freien, offenen Entscheidung, welche durch alle Schichten unseres Volkes gehen wird, in

Zwar ist der moderne Parteiname des Conservatismus von einem protestantischen Staat ausgegangen, sind in diesem Augenblick die Führer des Conservatismus in England, Frankreich und der Schweiz Protestanten und entschiedene Protestanten, und hat die Revolution, wenn sie auch die Geister überall gleichmäßig durchlaufen hat, ihre entsetzlichsten Phasen in katholischen Ländern abgespielt; aber das sind Zufälligkeiten, die man bei „tieferer" Kenntniß der Geschichte übersieht. Die Reformation ist mittelbar die Mutter der französischen Revolution — Ursache genug, um jeden Protestanten als gebornen Revolutionär zu betrachten. Der deutsche Protestantismus ist heutzutage in einer sichtbaren geistigen Krisis, in einer heftigen kirchlichen Erschütterung begriffen: Grund genug, um zu constatiren, daß in Mitte dieser „ohnmächtigen Zuckungen einer sterbenden Häresie" den Protestanten keine Wahl mehr bleibt, als der Katholicismus oder ein Heidenthum, wie die Welt noch keines erlebt hat. Man könnte freilich einwenden, daß zwischen dem Zerstören und Erhalten auch noch das Schaffen liegt, daß es neben dem sogenannten, in Wahrheit radikalen Liberalismus auch einen wirklich schöpferischen Liberalismus gibt; daß die Reformation in ihrem Charakter und in ihren Wirkungen auf die moderne Gesellschaft sehr viel von diesem Liberalismus an sich trägt; daß eine aus der Reformation hervorgegangene Literatur es war, die dem französischen Atheismus positiv entgegen getreten ist; daß die Reformation für

dieser klaren Sonderung von Licht und Finsterniß, von Wahrheit und Lüge, wird unsere deutsche Krisis bestehen. Die Grundsätze der Reformation werden und müssen zu ihrer letzten Entfaltung gedeihen. Die deutschen Katholiken werden und müssen lernen, ihnen die volle, göttliche Kraft des eingeborenen Princips ihrer Kirche gegenüberzustellen. Dann muß die große Krankheit unseres Volkes im politischen Tode oder in der Genesung ihr Ziel erreichen. Es wird uns Deutschen dann die klar erkannte Wahl freistehen, zwischen der einen, allgemeinen und einigen Kirche und einem sich selbst zerfleischenden, alle Gräuel des alten wieder durchlebenden und wo möglich überbietenden, modernen Heidenthum; — es wird uns die Wahl offen stehen, zwischen dem katholisch-christlichen Glauben, der da bleiben wird bis ans Ende der Tage, und einer Lossagung von Gott, wie sie wenigstens in der geschichtlichen Zeit noch nicht ihres Gleichen gehabt hat. Daß es aber diese Wahl gelte, und nichts Geringeres, dies muß in seiner ganzen vollen Schärfe erkannt werden. Darauf drängt die Zeit hin, und diese Erkenntniß zur Reife bringen zu helfen, ist allerdings die Mission der Presse, namentlich der katholischen." (S. den angeführten Artikel „die Preßfreiheit in Deutschland.")

den Radikalismus, der in den romanischen Völkern als Reaction gegen den Absolutismus groß gewachsen ist, nicht verantwortlich ist, und daß alle die liberalen Errungenschaften, worauf die Ultramontanen sich aller Orten stützen, wenn sie ihnen zu gut kommen, als da sind: Freiheit der Forschung, der Gewissen und der Culte, Früchte der Reformation sind*. Man könnte eben so sagen, daß die Selbstauflösung, welche dem Protestantismus zugeschrieben wird, nicht größer ist, als die, in welcher der Katholicismus zur Zeit der Reformation oder im achtzehnten Jahrhundert begriffen war; daß die Verweltlichung des Katholicismus und die Entkirchlichung des Protestantismus zwei sehr verschiedene aber gleich große Gefahren sind; daß der Protestantismus in England, in Frankreich, in der Schweiz, in Amerika positiv lebenskräftig blüht, daß, wenn er in Deutschland nach allen Richtungen zersplittert ist, dies die Folge einer großen wissenschaftlichen Mission des deutschen Protestantismus ist, deren Ende noch nicht vorliegt, daß, wenn der Protestantismus überhaupt seiner Natur nach an dogmatischer und kirchlicher Einheit hinter dem Katholicismus zurücksteht, trotzdem der geheimnißvolle „protestantische Wille“, den die historisch-politischen Blätter annehmen, um sich die mehrhundertjährige Dauer des protestantischen Sterbens zu erklären, ein sehr positives Etwas ist, daß übrigens gerade in Bayern der Protestantismus durchaus nicht „aufgelöst“ ist, und daß, wenn man dies der Haltung der bayerischen Regierung zuschreibt, dieser Einfluß eben so wirksam bei der katholischen Kirche von Bayern war: aber man enthält sich, Alles dieß zu sagen, so wie man sich erinnert, daß die ultramontane Presse, um ihren Zweck in Bayern zu erreichen, den unerschütterlichen Beschluß gefaßt hat: der Protestantismus ist radikal**.

* Die Ultramontanen pflegen sich, wenn von diesen positiven Früchten gesprochen wird, während sie sonst die Reformation als radikal bezeichnen, in diesem Fall darauf zu berufen, daß, wie die Behandlung Servets durch Calvin und ähnliche Fälle zeigen, die Gewissensfreiheit nicht im Sinne der Reformatoren gelegen habe. Der Protestantismus könnte ihnen darauf zur Antwort geben, was Görres den Radikalen zugerufen hat: „Die Sünden meiner Jugend sind die Tugenden Eures Alters.“

** Unter dieser Bedingung begreift man sogar mit den historisch-politischen Blättern, daß die münsterischen Wiedertäufer die einzigen consequenten Protestanten, die Einzigen, denen es mit der Sache „tiefer Ernst war“, gewesen sind, während die Anderen „von egoistischen, sinnlichen Triebfedern geleitet wurden“, daß „ihr Prediger Rottmann Luthern an Geist bei weitem überlegen war“; und daß „man in den kirchlichen

Ist dieser Satz einmal als Dogma festgestellt, so hält es nicht schwer, auch den zweiten Satz glauben zu machen: im Katholicismus, praktisch ausgedrückt: in uns, den Vertretern des Katholicismus, allein liegt die politische Hülfe fürs conservative Princip. Zwar ist dieser zweite Satz nichts weniger als eine Folge des ersten — denn gesetzt, die protestantische Confession wäre politisch-radikal, so ist noch keineswegs abzusehen, warum deßhalb die katholische politisch-conservativ ist, und zwar widerspricht der Augenschein dieser Behauptung auf sehr deutliche Weise; denn abgesehen von der chamäleontischen, in Frankreich bis zum Communismus hinstreifenden Farbe des Ultramontanismus selbst, bekennen sich auch die im nationalen Sinn des Worts katholischen Parteien nur in der demokratischen Schweiz zum Conservatismus, während sie (was übrigens natürlich ist) in Irland, am Rhein und in andern Theilen von Deutschland und so weit die polnische Emigration als Partei betrachtet werden kann, keineswegs zur rechten, sondern zur linken Seite gezählt werden wollen: aber was thut das? die katholische Partei muß die allein conservative seyn, weil sie als solche allein für die katholischen Kabinete von Deutschland paßt.

Damit wäre aber noch nichts gethan. Es ist der ultramontanen Partei nicht geholfen, so lange außer dem Conservatismus, den sie in Anspruch nimmt, noch andere Richtungen bestehen; sie wäre dann nicht die allein wahre, die allein berechtigte. Weg also mit allen versöhnenden Tendenzen und mit allen Mittelparteien; weg vor allem nicht nur mit dem Justemilieu, welches der Halbheit oder der Schwäche entspringt, sondern viel mehr noch mit dem Princip einer positiven Mitte. Unter allen politischen Principien ist keines hassenswürdiger, als dieses letztere, weil keines den Anspruch auf Ausschließlichkeit entschiedener zu Nichte macht. Vermag es auch die ultramontane Partei so wenig als die radikale zu widerlegen, so weiß sie es doch durch Vermengung mit Tendenzen zu entstellen, die ihm fremd sind*. Man wirft es in Eins

und politischen Freiheitsmännern seit Luthers und Robespierre's Zeiten gewöhnt ist, die grimmigsten Despoten zu sehen." (Hist. Bl. IX. Bd., 6. H. p. 338 und 340; 4 H. 222.)

* Dies ist in den Hist. pol. Bl. XV. Bd., 11. Heft p. 762 durch Görres geschehen. Die Zusammenstellung dreier in hohem Grade disparater politischer Tendenzen, kann man dem Gelehrten zu gute halten; wie es aber möglich ist, das Bild von der „Kreidelinie," welches recht gut das Justemilieu bezeichnen mag, welches ohne innere Richtschnur nach einer mechanischen Unfehlbarkeit die Menschen abrichten zu können glaubt, mit Be-

mit der haltlosen Mitte und dem nichtigen Indifferentismus, und ruft dann getrost, je kecker desto besser, und so oft wiederholt, bis man es glaubt: Katholicismus oder Heidenthum, katholische Kirche oder Radikalismus; Conversion oder Atheismus. Ja, wer der Vermittlung sich vermessen will, nimmt das Amt der katholischen Kirche selbst in Anspruch, er ist anmaßender als alle Andern, kirchenfeindlicher als die Radikalen selbst — doppelt weg damit!

Eins bleibt indeß trotz allem dem noch übrig. Alle wirklich politischen Parteien, mögen sie heißen, wie sie wollen, kommen darin überein, die innere und äußere Selbstständigkeit des Staates und seine Hoheit über die Kirche — die einen in richtigem, die andern in falschem Maße — geltend zu machen. Das politische Leben soll aber im Ultramontanismus monopolisirt werden, und dies geht nicht, so lange diese gemeinsame Meinung der Parteien von der Würde des Staats sich unbefleckt geltend machen, so lange noch das Princip der Staatshoheit sich ohne Makel aussprechen darf. Die Schwierigkeit ist nicht klein; aber der Ultramontanismus löst sie mit Einem Streich — einem Streich, der noch überdies zwei Dienste zugleich erfüllt, indem er eine Tendenz, bei deren Nennung ihm das eigene Gewissen schlägt und die er deshalb so viel als möglich umgeht, auf die Gegner hinüberschiebt. Wer irgend in kirchlichen Angelegenheiten (so lautet sein Spruch) die Staatsrechte in Anspruch nimmt, ist ein Absolutist*. Wer gegen die

wußtseyn auf ein Princip überzutragen, welches die Verbindung zweier organisch berechtigter Tendenzen gegen die zwei Extreme verlangt, möchte kaum zu erklären seyn.

* Die ultramontane Presse gibt sich den Anschein, den Absolutismus nur in so weit zu kennen, als er die Rechte der Kirche beeinträchtigt, nicht im mindesten aber insoweit, als er sich mit der Kirche alliirt, obwohl diese Seite des Absolutismus durch die Geschichte sich dem Bewußtseyn viel zu tief eingeprägt hat, als daß die absolute Trennung von Staat und Kirche, wie der moderne Ultramontanismus sie jetzt in Frankreich verlangt, die Erinnerung verwischen könnte. Sie weiß zwar wohl, daß die Willkür gegen die Kirche den Absolutismus nicht spezifisch bezeichnen kann, weil er diesen Zug mit dem Radikalismus gemein hat, aber sie hat eine unüberwindliche Scheu davor, auf den Unterschied der Extreme einzugehen. Der Absolutismus im Allgemeinen ist die Aufopferung des organischen Lebens an die Form, und wenn man weiß, daß demgemäß seine Besonderheit darin besteht, unter der Form des Rechtes zu sündigen, während der Radikalismus das Recht auch äußerlich umstürzt, so fallen so viele bequeme Berufungen auf das „Recht" hinweg. In Ermanglung der Ultramontanen hat aber das Evangelium dafür gesorgt, das Bild des Absolutismus in seinen vollendetsten Repräsentanten, den Pharisäern, in die Sinne der Völker einzugraben.

Uebergriffe der Ultramontanen spricht, ist ein Bureaukrat. Wer die Selbstständigkeit der Kirche auf ihrem innern Gebiete will und diesen Willen ausspricht und bethätigt, aber ihre Unterordnung verlangt auf dem äußern, ist gefährlicher noch als die Andern, er untergräbt sie „unter dem Schein hoher Unparteilichkeit", er will „das religiöse Leben im politischen absorbiren", „den Staat an die Stelle der Kirche erheben! ein gesteigerter Absolutismus!"

Man glaubt vielleicht, der Ultramontanismus hätte jetzt genug gethan. Alle Tendenzen nah und fern sind beseitigt; seine Gegner mögen sich verwahren, wie sie wollen, machen, was sie wollen, sie sind entweder Revolutionäre oder Despoten, Indifferentisten oder Bureaukraten, Kirchenfeinde oder Schwächlinge. Die Protestanten insbesondere, mögen sie sich auch bestreben, das alles nicht zu seyn, sind doch ihrem Princip gemäß dazu verdammt; und wollten sie es wagen, irgend einen dieser Vorwürfe ihm zurückzugeben, so sind sie, was noch mehr ist, als alles das: schmachvolle „Denuncianten". * Er allein ist noch auf dem Plan. Aber er ist damit noch nicht befriedigt. Er vernichtet nicht blos alle Parteien außer ihm, er zieht auch ihre sämmtlichen Vorzüge an sich; er erschlägt nicht blos seine Feinde, sondern er versteht auch in seine Tasche zu stecken, was er in ihren findet. Dieser allein conservative Ultramontanismus ist auch zugleich liberal-conservativ; ja er ist der allein wahre berufene Träger des liberal-conservativen Princips: er ist noch mehr, er ist zugleich allein liberal und es gibt keinen Liberalismus, außer ihm. **

* Woher die ultramontane Presse bei ihrer Taktik zum letzteren Vorwurf den Muth nimmt, ist schwer zu begreifen. Man muß übrigens zur gerechten Würdigung des ganzen Verfahrens Eins im Auge behalten. So wie sich jeder entschiedene Glaube mehr oder minder für den allein wahren hält, so sucht auch in der That jede entschiedene politische Partei (und ist dazu selbst berechtigt, so lange ihr innerer Glaube unerschüttert ist,) in ihren Principien, mit Abweisung der gegnerischen, „das politische Heil"; und hätte die ultramontane Partei dergleichen, so würde in der That die obige Operation, abgesehen von der moralischen Art und dem Grad, in dem sie betrieben wird, im Vergleich mit anderen Parteien nicht specifisch seyn. Wenn man aber weder politische Principien hat, noch auch sie nur haben will, so ist in der That das geschilderte Verfahren unerhört und der schärfsten Züchtigung würdig.

** Die temporäre Verwandlung der katholischen Partei in eine rein liberale ist in Bayern für einen sehr speciellen Zweck gewagt worden. Ein bekannter Radikaler, der Abgeordnete Römer in Stuttgart, war mit der katholischen Partei der Regierung gegenüber getreten. Statt einer Opposition zu mißtrauen, von welcher man bei auch ganz geringer Kenntniß der Dinge in Württemberg voraussetzen mußte, daß sie nicht aus Sym-

So strecke man die Waffen und ergebe sich; es gibt keine gute Sache, als die ultramontane, und albern wäre, wer es nicht einsieht. —

pathie für die katholische Sache, sondern aus Antipathie gegen die Regierung entsprungen sey, und ihr Gehalt demnach nur auf dem Vergnügen beruhe, der Regierung Verlegenheiten bereiten zu können — suchte man das monströseste Mittel auf, um Römer nachhaltig für die katholische Opposition in Württemberg zu gewinnen. In Berücksichtigung der häuslichen Schwierigkeiten, welche die Verwandlung der katholischen Partei in eine radikale mit sich gebracht hätte, fand man einen doppelt gewinnreichen Ausweg in dem Umstand, daß Römer sich durch den Titel eines „Liberalen" von Seiten einer bisher so streng „konservativen" Partei nur geschmeichelt fühlen konnte. So ereignet sich das Unglaubliche. Die katholische Partei legt dem radikalen Protestanten Römer ihre Bewunderung vor seinem ächten Liberalismus zu Füßen; indem sie ihm sofort zu beweisen übernimmt, die katholische Partei, der Katholicismus selbst sey ebenfalls liberal. Durch diese weitgehende Bescheidenheit, im Vereine mit dem Ton des Ganzen, welches in die kurzen Worte zusammengedrängt werden kann, Römer dürfe sich nicht schämen, mit den Katholiken auch ferner zu gehen, hat die katholische Partei den Katholicismus nicht weniger blosgestellt, als wenn sie die ganze Rüstkammer ihrer hochfahrenden Rohheiten gegen den konservativen Protestantismus ausgeleert hätte. Die Hoffnungslosigkeit des Unternehmens läßt auf Urheber schließen, die in gutem Glauben handelten. Die Verantwortlichkeit fällt ihren Lehrern in der revolutionären Praxis zu, nach welcher in kirchlichen Interessen keinerlei politische Rücksicht genommen wird; den nämlichen, welche, wenn in politischen Interessen keine kirchliche Rücksicht eintritt, ihre schwersten Flüche bereit haben, und wenn man in kirchlichen Interessen, bei strenger Sorge für die Kirche, doch auch auf die staatliche Selbsterhaltung Rücksicht nimmt, schon dahinter eine straffällige Rücksichtslosigkeit wittern, — Männer, welche den Splitter im Auge des Nachbarn, aber nicht den Balken im eigenen sehen. — Aber schwerlich würden diese die Verantwortlichkeit übernommen haben, welche jedenfalls eingetreten wäre ohne einen lächerlichen Zwischenfall: — Jene Huldigung traf nämlich Herrn Römer bei einem Diner mit Johannes Ronge.

Die hiedurch unumgänglich nothwendig gewordene Zurückziehung von dem ausgesprochensten Radikalen Württembergs ersparte der Partei die wahrscheinliche Schmach, von ihm mit Hohn zurück gewiesen zu werden, im Fall der Alliance aber eine von oben herab geforderte Rechenschaft, die nicht ausbleiben konnte.

Was die vorhergegangene liberal-konservative Metamorphose betrifft, so war der Einfall charakteristisch, ein neues politisches Princip als einen politischen Dogmatismus hinzustellen, der unter allen kirchenfeindlichen Tendenzen den vorzugsweisen Widerwillen der katholischen Partei verdiene, und zugleich in einer langen Betrachtung dieses Princip als ihren Grundcharakter für die katholische Kirche, resp. für die katholische Partei zu vindiciren, zur Verdeckung jedoch dieser naiven Aneignung statt des gewöhnlichen Ausdrucks liberal-konservativ „konservativ-liberal" zu schreiben, nachdem die vorher dem Wortlaut nach erfolgte Arrogirung des Princips bedenklich erschienen seyn mochte.

Man könnte vielleicht glauben, eine Operation, wie die hier geschilderte, biete zu viel Blößen dar, um gefährlich zu seyn. Diese Blößen sind bisher zu wenig aufgedeckt worden, und allerdings reicht es vielleicht hin, die Operation ein einziges Mal zu zeichnen, um sie in sich selbst aufzuheben. So sehr man dieß zu hoffen berechtigt ist, so gewiß ist es, daß diese Taktik in ihrem wichtigsten Punkte, in der Identificirung des Protestantismus mit dem Radikalismus und des Katholicismus mit dem Conservatismus bereits reale Wirkungen geäußert hat — Wirkungen, welche das Wohl und Wehe von ganz Deutschland betreffen. Die trügliche Verwechslung der preußischen Staatsschule mit dem protestantischen Conservatismus, unterstützt durch die falsche Zuversicht, womit jene Schule sich selbst als Conservatismus darstellt, und durch erbitternde Eindrücke des Moments, hat nicht verfehlt, in vielen politischen Kreisen Eindruck zu machen und manche katholische Staatsbeamte in das Dilemma hineinzulocken. Seit einigen Jahren ist in dem Begriffe der conservativen Sache, welcher früher das natürliche Band der Staatsmänner in ganz Deutschland gebildet hat, eine merkliche Umwandlung vorgegangen. War diese Sache früher das gemeinsame Interesse aller zu Recht bestehenden, zunächst christlichen Staatsordnungen gegen den Geist der Empörung, so wurde sie nun mehr und mehr aufgefaßt als die Sache der kirchlichen Bewahrung gegenüber der Negation und der katholisch-kirchlichen insbesondere gegen die protestantische: und an die Stelle des gemeinsamen Interesses, dem die confessionellen Interessen sich unterordneten, traten oder drohen wenigstens zu treten die confessionellen Interessen selbst.

Es ist nun aber klar, daß, wenn dieser Proceß weiter gehen, wenn die Verwechslung zwischen Katholicismus und Conservatismus, wie die ultramontane Presse sie unabläßig seit Jahren predigt, in den katholischen Kabineten von Deutschland durchbringen würde, die Solidarität, welche bisher die deutschen Regierungen gegen den gemeinsamen Feind verbunden hat, fundamental vernichtet, und das durch und durch paritätische und eben deßhalb nur unter der Bedingung eines außer den Confessionen stehenden gemeinsamen Interesses einer Einheit fähige Deutschland wehrlos allen Erschütterungen von Innen, allen Angriffen von Außen preisgegeben wäre.

Obwohl dieses bei den ausgesprochenen Grundsätzen des Königs Ludwig nicht zu befürchten steht, und obwohl wir nicht glauben können, daß der Staatsmann, welcher an der Spitze des österreichischen Kabinets steht, nachdem er in der griechisch-türkischen Frage, mit Fernhaltung aller, auch gerechter religiöser Sympathieen, gezeigt hat, daß er die Sache der Conservation, statt sie auf den Katholicismus zu beschränken, auf jede selbst nicht christliche, wenn nur in einer positiven Landesreligion wurzelnde und berechtigte Staatsordnung ausdehnt, am Abend seines Lebens die Idee dieses Lebens einer so plumpen Unterschiebung anheimfallen lassen sollte: so schließen doch die Fortschritte, welche der Ultramontanismus in dieser Beziehung gemacht hat, eine große wirkliche nicht zu unterschätzende Gefahr in sich.

Es ist nicht schwer, die conservative Sache in die „katholische" zu verwandeln; nicht schwer, die Massen, denen ihr anererbter instinktmäßiger Glaube näher liegt, als ein politisches Verständniß, unter Vorhaltung von Religionsgefahren für die katholische Sache aufzurühren; nicht schwer, an die Stelle eines wohl zu erwägenden und mannigfache Rücksichten erheischenden Princips einen blind religiösen einseitigen Begriff zu setzen: es ist aber sehr schwer, wenn die Verwechslung einmal in den Köpfen der Menge Platz gegriffen hat, die also in ein confessionelles Interesse verwandelte Sache wieder in die conservative Sache zurück zu verwandeln; es ist vielleicht unmöglich, wenn am Tage der Noth die Rettung von dieser Rückwandlung abhängt — denn die confessionellen Leidenschaften sind, wie Jedermann weiß, schnell gereizt, langsam wieder beschwichtigt.

So unrecht es ist, vage Besorgnisse für die Zukunft zu verbreiten und ängstigende Schreckbilder aufzustellen; so sehr ist es Pflicht, die thatsächlichen Lehren der Vergangenheit zu beherzigen und die Schlüsse, wozu bestimmte geschichtliche Vorgänge berechtigen, auszusprechen.

Der Ultramontanismus hat in der Schweiz ein politisches Vorspiel für Deutschland geliefert, welches klar und unabweislich zu dem Schlusse führt: daß er, wenn ihm ein bestimmender Einfluß auf Bayern eingeräumt würde, die Bewahrung Deutschlands vor der Revolution vereiteln würde, wie er die Beruhigung der Schweiz bereits vereitelt hat. —

Nachdem der schweizerische Radikalismus mit Ueberflüglung der liberalen Elemente, welche im Anfang der dreißiger Jahre in der Bewegung noch mit-

gewirkt hatten, in der östlichen Schweiz zur Herrschaft gekommen war, hatte er ungescheut seine antichristliche Tendenz in Maßregeln gegen die kirchlichen Institutionen beider Culte entfaltet. Das schweizerische Volksgefühl empörte sich dagegen. Das radikale Regiment wurde im Jahr 1839 im Kanton Zürich durch die Septemberrevolution, 1841 im Kanton Luzern durch die Erneuerungswahlen gestürzt.

Das Volk hatte sich damit gegen die Verneinung des Christenthums erhoben: aber es konnte weder den Widerspruch lösen, in welchen die moderne Wissenschaft die gebildeten Classen gegenüber der Religion versetzt hatte, noch bei aller Bekämpfung des religiösen Radikalismus durch ein neues Princip den politischen Radikalismus ersetzen, von dessen Flachheit es nur ein instinktmäßiges Gefühl hatte. In Luzern wurde nun das Gefühl, aus dem die Bewegung hervorgegangen war, zur Richtschnur der Politik, die Volksbewegung zur Seele der Verfassung gemacht; Luzern wurde ein ultrademokratisch-kirchlicher Staat, den die siegende Partei ausfüllte, während die besiegte Minorität als fremdartiges Element bei Seite trat. In Zürich wollte man weder die ausschließliche Herrschaft einer Partei noch die Ultrademokratie noch ein blos kirchliches Staatsleben; man wollte in kantonalen wie in eidgenössischen Angelegenheiten vermittelnd über den Parteien stehen. Da man aber zwischen den Extremen stand, ohne auf einer eigenen Basis zu stehen, und die Septemberbewegung preisgab, ohne doch dem Radikalismus gegenüber eine neue Politik zu entwickeln, so erlangte der Radikalismus nicht nur in kurzer Zeit sein altes Uebergewicht im Kanton wieder, sondern man leistete ihm auch, trotz der besten Intentionen, in schweizerischen Fragen Vorschub.

Als daher im Anfang des Jahres 1842 die Septemberpartei, mit klarer Festhaltung der bleibenden Resultate des Septembers, sich in die liberal-conservative umzuwandeln begann, fand die positive Politik, indem sie den Entschluß faßte, auf friedlich-principiellem Wege die Vermittlung der Schweiz anzustreben, einen Fundamentalfehler in derjenigen Frage vor, an welche die rechtliche Lösung der Wirren geknüpft war. Das „Justemilieu" in Zürich und andern Kantonen hatte, wenn auch von persönlich ehrenwerthen Absichten geleitet, in der Aargauischen Klosterfrage, statt entschieden auf die Seite des Bundes und des katholischen Rechts zu treten, eine Transaction zwischen Recht und Unrecht eingegangen und damit eine Verschlingung der Verhältnisse her-

vorgerufen, welche nur allmälig und im Zusammenhang mit der sonstigen Umwandlung des politischen Bewußtseyns zu lösen war.

Trotz der Schwierigkeiten, von denen sonach die Mission der liberal-conservativen Politik umringt war, reifte dieselbe doch bis zum Jahr 1845 so weit heran, daß für die dann beginnende Direktorialleitung von Zürich alle Grundlagen bereit waren. Der Radikalismus war auf dem Wege intensiver Discussion geistig und moralisch gebrochen worden; das christliche Bewußtseyn, das er früher hatte verhöhnen können, stand ihm nun gerechtfertigt und überlegen gegenüber, an die Stelle seiner politischen Theorien war eine neue Staatsansicht getreten. War der bloße Conservatismus, auch wo er entschieden am eidgenössischen Rechte festgehalten hatte, unfähig gewesen, ihm angreifend gegenüber zu treten, weil er das Princip des Fortschritts nicht hatte entwaffnen können, als dessen Träger der Radikalismus sich ausgab, so stand ihm nun ein positiver Liberalismus gegenüber, welcher, in Verbindung mit dem Conservatismus, gegen die Radikalen selbst die Waffe kehrte, mit deren kluger Benützung sie gesiegt hatten. Bis zum Herbst des Jahrs 1844 war in Zürich die radikale Partei, trotz des numerischen Gleichgewichts, in allen Fragen im großen Rathe unterlegen. Genf wurde von einer festen Regierung in liberal-conservativem Geiste geleitet, in Bern, in Waadtland und in den Zürich nahe liegenden protestantischen Kantonen der Schweiz hatte die liberal-conservative Tendenz, unterstützt von der principiellen Presse in den verschiedenen Kantonen, theils dem schwankenden Justemilieu theils den radikalen Regierungen gegenüber, immer mehr Boden gewonnen; Basel und Neuenburg hielten an ihrem bundesrechtlichen Standpunkt fest. Indem so die Katholiken sahen, wie das protestantische Bewußtseyn, welches der Radikalismus in der Klosterfrage mit sich zu amalgamiren versucht hatte, sich immer klarer von den radikalen Sympathieen ausschied, wie statt der „Transaktionspolitik", deren Nachgiebigkeit sie so schmerzlich empfunden hatten, ein System geltend gemacht wurde, welches ohne confessionelle Vorurtheile die verletzten katholischen Rechte kräftig und entschieden verfocht, konnte Nichts sie abhalten, eine aufrichtige Verbindung mit den protestantischen Conservativen einzugehen, und dadurch eine Entwickelung zu fördern, welcher der Radikalismus nichts mehr entgegen zu setzen hatte, als die rohe Gewalt und die Leidenschaften der Masse; — ein

Mittel, zu dem er nicht greifen konnte, wenn man ihm nicht selbst den Köder hinwarf, dessen er sich bemächtigen konnte.

Die Katholiken von Aargau, Solothurn und theilweise von St. Gallen begriffen diese Lage der Dinge; die Urkantone, obwohl ihrer Natur nach der Theilnahme an ideellen Bewegungen fremd, würdigten doch die eidgenössische Politik der liberal-conservativen Führer in Zürich. Der katholische Vorort allein, dem während der Jahre 1843 und 1844 die vorörtliche Leitung zufiel, begriff sie nicht — im Gegentheil, er trug alles dazu bei, die organische Fortentwicklung zu stören.

Indem Luzern die vorörtliche Leitung übernahm, hatte es die natürliche Pflicht, die Rechte der katholischen Confession in der Schweiz zu vertreten und an der Spitze der Urkantone eine feste conservative Bahn einzuschlagen.

Die Urkantone, früher in ihren Rechten auf empörende Weise vom Radikalismus verletzt, bildeten diesem gegenüber, in entschiedener Festhaltung ihrer Religion, Verfassung und Bundesrechte, ohne eine aggressive Tendenz gegen die politische Entwicklung der übrigen Kantone, ohne irgend eine Feindseligkeit gegen die protestantische Schweiz, mit strenger Beschränkung auf ihre Vertheidigung, einen unerschütterlichen conservativen Wall. Diesen conservativen Stock der Schweiz suchte Luzern zur Bildung einer Separatpolitik zu benützen. Nicht eine Vereinigung katholischer und protestantischer Conservativer sollte die Wirren der Schweiz schlichten, sondern eine, statt im nationalreligiösen —, im modernen Sinne des Wortes „katholische" Partei *, als deren Stützen die Jesuiten berufen wurden.

* Die Verwandlung conservativer auf die Nationalreligion gestützter Volkselemente in „katholische Tendenz" -Parteien ist nur dadurch möglich, daß der conservative Instinkt des Volkes die Aussprache der Principien, als ein ihm unangemessenes Feld sorglos den Führern überläßt, während unter den Gebildeten der Ultramontanismus als ein bestimmtes Princip über diejenigen Richtungen Herr wird, deren antiradikale Gesinnung von keinem klaren politischen Princip getragen ist. Dies ist die Ursache, warum in Luzern die gebildeten Jesuitengegner den gebildeten und ungebildeten Jesuitenfreunde unterlegen sind, und warum die ganze antiradikale Partei von Luzern, obwohl verhältnißmäßig immer wenige wirklich Ultramontane in sich schließend, doch vom europäischen Ultramontanismus in Frankreich und Deutschland als ihm angehörig in Anspruch genommen werden kann. Dieser Prozeß findet sich aller Orten wieder. Auch in Belgien war die katholische Partei ursprünglich, während der holländischen Herrschaft, eine national-religiöse, und der Ultramontanismus suchte sich als Prinzip an die Spitze der Volksgefühle zu stellen; in Belgien, wie in Luzern, ist die katholische Partei aus conservativen

Der Gedanke der Jesuiten-Berufung war von Leu, dem Führer der Agitation vor dem Jahre 1841, ausgegangen. Leu war ein in seinem kantonalen Kreise ausgezeichneter, aber auch in diesen Kreis beschränkter Mann. Wie er den radikalen Associationen einen „Gebetverein" entgegengestellt hatte, nicht als Privatsache, sondern als politischen Verein, so glaubte er die Besiegung des Radikalismus an die Jesuiten geknüpft. Trotz seines Einflusses aber hätte er bei der Opposition, worauf die Berufung überall bei den bedeutendsten Conservativen stieß, auf den Gedanken verzichten müssen, hätte nicht der gewandteste Geschäftsmann des Kantons, Siegwart-Müller, sich mit ihm vereinigt, und in geschickten allmäligen Wendungen die Opposition der conservativen Minorität entwaffnet.

Die Jesuiten waren in Schwyz, in Wallis und in Freiburg. Diejenigen schweizerischen Katholiken, welche den Orden für den schätzbarsten der katholischen Kirche halten, hatten Gelegenheit genug, aus seiner Schule Vortheil zu ziehen. Die schweizerischen Conservativen mochten denken, daß, wie es immer zum Ruhm der Schweiz gehört hat, den verschiedensten Bestrebungen auf ihrem Boden Spielraum zu gewähren, so lange sie nicht die Ruhe der Schweiz selbst bedrohten, so auch der Jesuitenorden an der schweizerischen Freiheit Antheil haben möge.

In dem Augenblick, wo der Vorort den Orden berief, mußte sich der Gesichtspunkt ändern.

Wäre Luzern ein Repräsentativstaat mit politischen Tendenzen gewesen, wie die übrigen großen Kantone der Schweiz, so hätte man die Berufung als eine Schulfrage des Kantons betrachten können, die weder den Kanton in seiner politischen Stellung noch den Vorort berührte. Die Regierung von Luzern war aber hervorgegangen aus einer kirchlich-katholischen Bewe-

und ultramontan-absolutistischen Elementen gemischt; an diesen Punkten und in Baden nimmt der Ultramontanismus für sich in Anspruch, was ihm nur zum Theil, in Baden nur zum kleinsten Theil gehört. — Was die Urkantone betrifft, so wird die Verwandlung scheitern an ihrer eigensten Natur. Die Eigenthümlichkeit der Urkantone ist ein Stillleben für sich, welches, die Zeiten eines drohenden Angriffs ausgenommen, jede Agitation, sey sie radikal oder ultramontan, zurückweist. Die Möglichkeit eines beständig bewegten politischen Lebens in der übrigen, allen europäischen Einflüssen geistig offenen Schweiz, beruht nur darauf, daß die Fluth sich an der Ruhe dieses unverwüstlichen Centrums bricht. Schon von diesem Gesichtspunkte aus ist die Uebertragung einer Tendenzagitation auf die Urschweiz ein politischer Fehler gegen die Natur der Schweiz.

gung; die Männer, welche die Berufung in Vorschlag brachten, proklamirten offen das kirchlich-katholische Moment als die Seele ihrer **Politik**, indem sie nun entgegen den Einsichtigsten ihrer eignen Partei auf die Berufung des Ordens drangen, und die Konsolidation von Luzern von dieser Berufung abhängig machten, erklärten sie den Jesuitismus für die Seele der Politik der katholischen Schweiz, setzten sie das jesuitisch-absolutistische Prinzip an die Stelle des conservativen in der Staatsordnung des katholischen Vororts.

Wäre dieses unter allen Umständen bei dem Ursprung und der Natur des Luzerner Regiments der Sinn der Berufung gewesen und hätte dieselbe so schon den gesunden conservativen Sinn verletzt, weil die Schweiz, wenn sie auch innerhalb ihrer allen Kantonen aufgeprägten Freiheit in untergeordneten Theilen eine monarchische oder theokratische Modifikation dieser Freiheit (wie in Neuenburg und Wallis) ohne Beunruhigung sehen kann, einen theokratischen **Vorort** so wenig erträgt, als sie einen Vorort mit Neuenburgischem Fürstenthum ertragen würde; so bekam die Berufung noch einen ganz andern Sinn **bei der obschwebenden Lage, bei den obschwebenden Fragen der Schweiz.**

In der ganzen Schweiz herrschte die heftigste radikale Gährung. Der radikale Zeitgeist, von ungeheurer Wirkung auf die Massen in Demokratien, wo jeder zum Antheile am Staatsleben berufen ist, erforderte, um überwunden zu werden, nicht nur die entschiedenste Festigkeit und Beharrlichkeit, sondern auch eine Vorsicht, welche **jede** Reizung, eine Weisheit, welche selbst **jede** Maßregel vermied, bei der das allfällig entspringende Gute durch die Uebel der radikalen Reaction aufgehoben werden konnte. Von diesem Standpunkte aus würde sogar eine Regierung, welche im Stande gewesen wäre, die Jesuitenberufung an sich zu rechtfertigen und durch den Geist, in dem sie sie motivirte, der Eidgenossenschaft vollständige Garantieen zu geben, die Maßregeln **unterlassen** haben. Die Schweiz war unnatürlich erregt, sie war, wie es nur immer ein Staat seyn kann, **fieberkrank**. **Gesetzt**, die Antipathie gegen die Jesuiten in Luzern wäre nichts gewesen, als eine Idiosynkrasie, als das ängstigende Wahnbild eines Fieberkranken (eine Annahme, die übrigens durch den langjährigen ungestörten Bestand der Jesuiten in den andern Kantonen auf's schlagendste widerlegt ist) — zu was durch Vorhaltung des Bildes das Fieber zum Ausbruch reizen? Was man auch über die Sache an sich denken

mochte, in diesem Gedanken waren alle nicht extremen Katholiken mit den Protestanten einig. Die radikale Reaction, die Unterbrechung der positiven Reform in den protestantischen Kantonen war vorauszusehen, sie wurde vorausgesehen und voraus gesagt: Luzern wurde nicht nur von protestantischen, sondern auch von katholischen Conservativen gewarnt.

Noch mehr aber: Luzern setzte als katholischer Vorort eine große Rechtsfrage der katholischen Schweiz und des schweizerischen Bundesrechts auf's Spiel. Die rechtliche Erledigung der Aargauischen Klosterfrage war ein großes Interesse der gesammten Schweiz. Mit ihr wäre nicht nur der Urquell der radikalen Unruhen, die Regierung des Kantons Aargau, ein für allemal gedemüthigt, nicht nur die Achtung vor dem Bunde kräftig wieder hergestellt gewesen, sondern die Schweiz hätte auch dem monarchischen Europa, welches in massenhaften und gewaltsamen Klosteraufhebungen die fiskalische Willkür an die Stelle des Rechts hatte treten lassen, das schöne Beispiel eines Freistaates gegeben, der alle Rechte zu achten weiß, in dem die wahre Freiheit niemals der Staats-Raison zum Opfer gebracht wird. Von diesem Standpunkte aus wurde die Klosterfrage von protestantischer Seite geltend gemacht. Konnten die Katholiken dem Justemilieu gegenüber auf den immerhin dem Charakter des Rechts wenig entsprechenden Gedanken gerathen, als eine Art von Entschädigung für die Klöster die Jesuiten in Luzern zu nehmen, so war dieß nicht mehr möglich, seit die liberal-conservative Politik in Zürich die Klosterfrage neu erfaßt, seit Bluntschli, der Führer dieser Partei, sie in ihrer vollen Bedeutung entwickelt hatte, und seit sie sichtbar den Fortschritt beobachten konnten, den die liberal-conservative Auffassung dieser Frage unter den Züricherischen Protestanten im Gegensatz zur transaktionären Ansicht machte, der Bluntschli zuerst isolirt gegenüber gestanden war.

Das Schicksal der Klosterfrage, vielleicht nicht in Form einer alle seitherigen Vorgänge vernichtenden Restitution, aber in ihrer wesentlichen Bedeutung als entscheidende Sühne des verletzten katholischen Rechts, war gesichert, wenn Luzern den naturgemäßen Gang nicht durch unnöthige Reizung unterbrach. Dieser Stand der Dinge wurde in protestantischen und katholischen Blättern den Luzernern klar vor Augen gelegt: man sagte voraus, daß die Jesuiten-Berufung die Beendigung der Klosterfrage unmöglich machen werde, man forderte vom katholischen Standpunkte selbst aus, daß das kleinere Inter-

esse dem größeren, wenn auch allmälig aber sicher zu erreichenden, Interesse zum Opfer gebracht werde. Was hat darauf die ultramontane Coterie in Luzern gethan? Sie hat mit dem Bewußtseyn des Gegentheils die liberal-conservative Politik mit dem Justemilieu identificirt* und, nachdem ihre Trennungs-Projecte an dem gesunden Sinn der innern Schweiz selbst gescheitert waren, in egoistischer Verblendung die Lösung derjenigen Frage, an die Sieg oder Niederlage des gesammten schweizerischen Radikalismus geknüpft war, nach ihrem eigenen Ausdruck dem Bau einer „Festung des Ultramontanismus" geopfert.

Man muß, um den Gang der Dinge zu würdigen, noch wissen, wie sehr der Fehler durch die Art der Berufung gesteigert wurde. Die ultramontane Presse (die katholische Staatszeitung von Luzern und der Waldstätter Bote) forderten die Jesuiten als Prinzip — alle Jesuitenfeinde wurden als Radikale verdächtigt und zugleich durch eine pöbelhafte und gemeine Sprache die Leidenschaften beständig gesteigert. Durch die zweideutige Taktik Siegwarts, der auf der einen Seite im Bewußtseyn der Gefahr, um die Verantwortlichkeit von sich zu laden, den Schein der Unfreiwilligkeit bewahren wollte, auf der andern Seite nicht wagte, Leu, auf dessen Patronat seine Existenz begründet war, in der Jesuiten-Frage seine Unterstützung zu verweigern, wurde eine Angelegenheit, die in einem halben Jahre hätte beendigt seyn können, drei Jahre lang in der Schwebe erhalten** — ein Gang, der die Reizung beständig wirk-

* Diese Unwahrheit wird bis auf den heutigen Tag mit einer so blinden Ruhe fortgesetzt, daß die „Staatszeitung von Luzern" kürzlich den Klosterbeschluß des Jahres 1841 auf Rechnung der im Jahre 1842 erst entstandenen liberal-conservativen Politik gesetzt hat. Abgesehen davon, liegt darin auch eine Verunglimpfung gegen die Politik des Justemilieu im Jahre 1841. Wenn die Fehler, welche diese Politik durch ihre Transaktionen gemacht hat, offen bezeichnet werden müssen, so ist es nichts destoweniger gewiß, daß dieselben in Zürich keineswegs dem Egoismus, sondern einer warmen eidgenössischen Gesinnung entsprungen sind, welche, indem sie durch eine (dem Mangel bestimmter politischen Principien entstammende) Nachgiebigkeit gegen den Radikalismus ihrem Gesammtvaterland zu nützen glaubte, jedenfalls moralisch unendlich ehrenwerther handelte als eine Coterie, die unter dem Schild eines unbestreitbaren äußern Rechts jede moralische Pflicht gegen die Eidgenossenschaft außer Acht gesetzt hat. Der Züricherische Magistrat, an den seiner Zeit als Standeshaupt die Politik des Justemilieu vorzüglich geknüpft war, ist deßhalb heute noch von der Hochachtung aller Parteien umringt, während die ultramontane Fraktion in Luzern mit der allgemeinen Mißachtung beladen ist.

** Im December 1841 hatte Leu den Antrag auf Berufung der Jesuiten gestellt, im December 1844 erst wurde die Berufung durch die Gemeinden definitiv bestätigt.

sam erhielt und durch die Dauer der Spannung die Wuth des Ausbruchs erhöhte.

Im Sommer 1844 wurde der Antrag Aargaus auf Ausweisung der Jesuiten von der Tagsatzung mit bedeutender Stimmenmehrheit abgewiesen. Die Tagsatzung hatte damit dem Kanton Luzern sein Recht zuerkannt; Luzern hätte, ohne sich zu vergeben, die Unterhandlungen abbrechen können. Im Dezember 1844 zeigte sich in dem ersten Freischaarenangriff auf Luzern die erste Wirkung der unheilvollen Maßregel; Luzern schlug den Angriff glücklich zurück, es konnte selbst dann noch, obwohl der Vertrag schon geschlossen war, im Angesicht der gefahrvollen Lage der Schweiz, den Vorschlägen der Tagsatzung Gehör geben und im Interesse des gesammten Landes den Vertrag mit der Gesellschaft Jesu auflösen. Luzern that es nicht. * — Die Revolution in der Waadt, der zweite Freischaarenzug, der Sturz der vorörtlichen Regierung von Zürich, die Erniedrigung der Schweiz vor dem Auslande, die Vereitlung einer von den Schweizern selbst zu erringenden Vermittlung der Schweiz waren die Folgen davon.

Nicht nur die Meinung aller Gemäßigten innerhalb der Schweiz selbst, sondern die Meinung des gesammten Auslandes war in dieser Frage gegen Luzern. Die Ansicht von Frankreich und Preußen ist bekannt; die österreichischen Staatsmänner kamen, wenn auch Oesterreich keinen Schritt gethan hat, um auf Luzern einzuwirken, darin überein, die Jesuitenberufung als einen Fehler zu betrachten. England hatte zwei Monate vor dem zweiten Freischaarenzug die Kantone zur „gegenseitigen" Nachgiebigkeit gegen die damalige vorörtliche Regierung ermahnt und Luzern mit voller Anerkennung „der Achtung, welche den freien Entschließungen eines souverainen Staates in Angele-

* Es ist nicht ohne Interesse, zu bemerken, daß die Jesuiten in der schweizerischen Jesuitenfrage Nichts gethan haben, um die ungünstige Meinung über sie irgend thatsächlich zu widerlegen. Ihre anfängliche entschiedene Weigerung, sich nach Vorschrift der Luzerner Verfassung der Leitung des Erziehungsrathes zu unterwerfen, und ihre, trotz vorheriger gegentheiliger Versicherungen, später doch eingegangene Unterwerfung rief einen zweideutigen Eindruck hervor. Wir haben Grund zu glauben, daß Rom, wenn es von der schweizerischen Sachlage besser unterrichtet gewesen wäre, die Jesuiten abgehalten haben würde: es hatte diese Folgen nicht erwartet. Die Jesuiten kannten sie, und wollten sie. Europa wird und kann nicht vergessen, daß (wie sehr man sich auch über dieses Wort beschweren mag) „die Jesuiten über Leichen in Luzern eingezogen sind".

genheiten, die ausschließlich auf seine eigene Wohlfahrt und innere Politik sich beziehen, gebührt," darauf hingewiesen, daß, „was immer für Vortheile von solchen Maßnahmen erwartet werden mögen, sie doch schwerlich die voraussichtlichen Nachtheile eines beinahe unausweichlichen Bürgerkrieges und einer dadurch veranlaßten fremden Intervention aufwiegen."

Unter solchen Umständen hat die ultramontane Fraktion von Luzern einem untergeordneten Kantonalzweck die wichtigste eidgenössische Frage, hat sie in der Voraussicht der Gefahr, das Blut ihrer schweizerischen (und wäre es auch nur ihrer inner-schweizerischen) Mitbürger den Jesuiten, hat sie die Beruhigung der gesammten Schweiz einem ultramontanen Coterie-Interesse geopfert. —

Welche Stellung hat zu dieser Reihe von Ereignissen die ultramontane Presse von Deutschland, die bayerische namentlich eingenommen?

Die Wirksamkeit, welche ihr dabei offen stand, war keine geringe. Durch freundschaftlichen Rath an Luzern, durch verständige Entwicklung der drohenden Schwierigkeiten, durch eine, in der Entfernung vom Schauplatz so leichte, mäßigende Correktur der Leidenschaften, hätte die katholische Presse von Bayern einen äußerst wohlthätigen Einfluß auf Luzern ausüben können; mit einiger Anstrengung lag es in ihrer Hand, auf moralischem Wege die Einwirkung zu ersetzen, welche von Seite einer katholischen Macht, wie z. B. Oesterreichs, das Nationalgefühl verletzt haben würde. Wenn wir hier mit Anerkennung die Thatsache hervorheben, daß die Redaktion der Augsburger Postzeitung conservativen Erörterungen von protestantischer Seite ihre Spalten geöffnet hat, so war dagegen das Verhalten der historisch-politischen Blätter von einer Art, welche nicht nur die vollste Uebereinstimmung mit Luzern, sondern auch das Vorhandenseyn einer noch weit maßloseren Gesinnung beweist. „Will man" — um uns ihrer eigenen Worte zu bedienen — „prüfen, wie es um den wirklichen Conservatismus eines Journals, um seine Loyalität in Rechtsfragen bestellt sey, so ist kein Land als Probirstein hiezu geeigneter, als die Schweiz." * Wir wollen in unserer Prüfung bescheiden seyn: statt einer conservativen oder irgend welchen religiös mäßigenden Einwirkung auf Luzern und seine Presse, statt einer unterstützenden Theilnahme an der darüber eröffneten Discussion, wollen wir nur so viel Conservatismus voraussetzen, um nicht dem gesammten

* Hist. pol. Bl. XV. Bd., 8. Heft pag. 534.

protestantischen Conservatismus in's Angesicht zu schlagen, nur so viel Loyalität, um nicht die Wahrheit geradezu umzukehren:

Nach dem zweiten Sieg der Luzerner über die Freischaaren ließen die historisch-politischen Blätter, das wichtigste Organ des Ultramontanismus in Deutschland und der Ausdruck der geistig hochstehendsten Mitglieder der ultramontanen Partei in Bayern, sich folgendermaßen vernehmen.

„Während die Cabinete zögerten und die Gränzen der Schweiz mit müssi„gen Zuschauern sich erfüllten, ist 314 Jahre nach dem Siege von Kappel von „den nicht minder schwer Bedrängten ein nicht minder rühmlicher Kampf siegreich „bestanden worden. Unter Vorwänden, deren Nichtigkeit die am Besten er„kannten, die sich ihrer bedienten, ist damals wie jetzt der Kampf gegen „die Urkantone eröffnet worden, die vergeblich Erde und Himmel zum Zeugniß „für ihr gutes Recht aufgerufen haben, in gleicher Vermessenheit rühmten sich „damals wie heut die Häupter der niederträchtigsten Bewegung, „den Sieg in den Händen zu tragen. — — Alle die Verblendeten, weß Na„mens und weß Standes, die ihr sehnsüchtig der schwarzen Fahne des Radika„lismus die Blicke nachschicktet und das Blut wenigstens in Gedanken vergosset „— Sehet hin auf das Mordfeld, belauscht, um eure Freude voll zu machen, „den Wehruf der Sterbenden, die Vorwürfe der Gefangenen, die Verzweiflungs„töne der Verwundeten, und wisset, das ist Euer Werk, dafür habt „Ihr Rechenschaft abzulegen. — — Nicht um Legitimität handelt es „sich mehr oder um die Herrschaft des Liberalismus. Alle Kämpfe, alle Fragen „der Zeit haben sich durch die Mittelglieder hindurch gegen die äußersten „Spitzen gekehrt, und wer auf halbem Wege verweilt, mit halben Mit„teln kämpft, ist bereits überflügelt und hat sich selbst gerichtet. Schon haben „die Conservativen, welche die Basis der Kirche verschmähten, vor „den Radikalen die Segel streichen müssen. — — Nur zwischen dem Ra„dikalismus und der Kirche ist jetzt die Frage, in diese beiden Ka„tegorien gehen jetzt alle Parteien auf; — eine Mitte zwischen beiden „ist so undenkbar als eine Vermittlung. Die Männer che vissér senza vitu„per'e senza lode, hat in richtiger Consequenz Dante's Himmel einerseits und „die Hölle andererseits verschmäht; sie verfallen dem circulus vitiosus der er„sten französischen Revolution und über ihre Kurzsichtigkeit hin schwingt sich das

„Rad unaufhaltsamer Ereignisse. Hammer oder Ambos mußt du seyn," das ist „das Losungswort des Jahrhunderts." *

So viel für den „Conservatismus"; die „Loyalität" wurde in einem weitern Aufsatze bethätigt.

„Also, heißt es dort,** trat der Bundesort ein, und die Parteien in sei„nem Rathe bestiegen den verhängnißvollen Stuhl. — — Sollen die Schafe „Hirten werden in den Schweizerbergen, soll der Bär die Eidgenossenschaft zer„reißen, das Eine, wie das Andere darf nimmer seyn. Also beschloß die hohe „Intelligenz vom Stuhle in Zürich: werfen wir dem Bären mit seinen gedun„genen Landsknechten die Heerde der Schafe vor, damit er sie zerreiße und wenn „der plumpe Petz nun im Blutwerke sich verirrt, dann treten wir im Namen der „Tagsatzung auf und weisen ihn in die Schranken." Diese Insinuation gegen die damals noch von der liberal-conservativen Partei geleitete vorörtliche Regierung, zuerst noch gemildert durch die Andeutung anderer Absichten, welche „vielleicht" die conservativen Mitglieder der Regierung gehegt, wurde bald darauf, trotz einer nachdrücklichen Berichtigung in der Münchner Pol. Zeitung, noch bestimmter in den Worten wiederholt: „der (Freischaaren-) Zug, wenn „er glücklich ausgefallen, sollte der rechten Mitte in der Schweiz die Herrschaft „verschaffen; also hatte diese sich geschmeichelt, aber unversehens „war sie in Zürich am Tage zuvor abgesetzt (!) worden." ***

Es genügte also nicht, die Reformation mit der Freischaarenbewegung zu identificiren, dem Protestantismus das Prädikat der Niederträchtigkeit hinzuwerfen, den protestantischen Conservativen insgesammt die Alternative zwischen dem Uebertritt zum Katholicismus oder dem Radikalismus zu stellen, und ihnen mit bewundernswürdiger Stirn als ihr Werk den Anblick des Schlachtfeldes vorzuführen, in dessen Voraussicht, während von denen, deren Beruf die Warnung gewesen wäre, geschürt worden war, sie Luzern gewarnt hatten: man mußte auch noch diejenige Partei in Zürich, von der ein richtigeres Verständniß der katholischen Fragen unter den Prote-

* Hist. pol. Bl. XV. Bd., 8. H. „die Schlacht an der Emme".

** Hist. pol. Bl. XV. Bd., 11. H. „Die Moral aus den Vorgängen in der Schweiz," p. 757 und 758.

*** Hist. pol. Bl. XVI. Bd. 4. H. p. 295. Dieses Heft erschien am 16. Aug., die Berichtigung war am 15. Juli gegeben worden.

stanten ausgegangen war, und zwar gerade die Staatsmänner, welche um des Rechtes der Katholiken willen freiwillig aus der Regierung zurücktraten und welchen kein schweizerischer Katholik, Siegwart Müller nicht ausgenommen, das Zeugniß entschiedener Bundestreue verweigern kann, der niedrigsten Theilnahme am Freischaarenzug beschuldigen.

Das war es, was man zu sagen wußte, nachdem die Tragödie, in deren Voraussicht man sich von so vielen Seiten bemüht hatte, Luzern zurückzuhalten, sich erfüllt hatte; nachdem die friedlich moralische Ueberwindung des Radikalismus, wofür die besten Kräfte der Schweiz Jahre lang gearbeitet hatten, am ultramontanen Egoismus gescheitert war. Das war das historisch-politische Resultat, das man im Namen des katholischen Deutschlands dem gesammten positiven Protestantismus hinwarf, das die „Moral", die man „aus den Vorgängen in der Schweiz" gezogen hatte.

Gewiß: warum soll uns das nicht „auf unsere eigenen Zustände zurückbringen," für die, wie es sich anläßt, „man auch solche Calküle im Stillen macht"? In der That, „diese Zustände, wie sie in der Schweiz sich kund gegeben, sind nur eine Daguerrotype der unsern. Confessionalität und Unabhängigkeit der Bundesglieder, beides in vollkommener Parität anerkannt, sind auch das Sittengesetz der neuen Reichshistorie." * Und eben weil dem so ist, bedarf es nicht mehr als des gewöhnlichsten Menschenverstandes, um einzusehen, daß wenn der deutsche Katholicismus nach dem Vorgang der historisch-politischen Blätter die protestantische Confessionalität mißhandeln, wenn irgend ein deutscher Staat, namentlich Bayern, in diesem Geiste auf die deutsche Politik einwirken würde, wenn diese „äußersten Spitzen" der noch gebundenen Revolution entgegengehalten würden, der Bürgerkrieg, von dem wir bisher verschont geblieben sind, in kürzester Frist Deutschland zerreißen würde.

Offener konnten die deutschen „Calküle" der ultramontanen Partei nicht dargelegt werden, als durch diesen Vergleich mit Kappel und durch diesen ungehaltenen, zur äußersten Illoyalität gesteigerten Haß gegen die liberal-conservative Partei in der Schweiz. Der Krieg von Kappel war ein Krieg der reformirten Confession mit der katholischen; im Freischaarenkriege ist die Revolution von Radikalen beider Confessionen ausgegangen, haben Katholiken und Protestanten gleichmäßig die Revolution bekämpft, haben Katholiken und Pro-

* Die Moral aus den Vorgängen in der Schweiz p. 762.

testanten den Fehler bedauert, dessen sich die Revolution als ihres Stützpunktes bedient hat. Die so wiederholt geschmähten Liberal-Conservativen von Zürich haben das Recht der Katholiken nicht nur in der Klosterfrage, sondern auch, bei aller Einsicht in das moralische Vergehen Luzerns an der Eidgenossenschaft, das Recht der confessionellen Unabhängigkeit Luzerns in der Jesuitenfrage selbst mit einer Energie vertheidigt, welche die Radikalen kräftiger empfunden haben, als die Vertheidigungen katholischer Blätter; sie haben den Muth gehabt, unbekümmert um die einstimmigen Verläumdungen der Radikalen, unbeirrt durch das Mißtrauen auch Wohlgesinnter unter ihren Mitbürgern, Jahre lang sich als Jesuiten und Jesuitenfreunde verdächtigen zu lassen. Hat man bedacht, was man dem Protestantismus gegenüber erklärt, indem man sie mit einer Frivolität ohne gleichen, „weil sie die Basis der Kirche verschmähten," als „Kurzsichtige dem Rad unaufhaltsamer Ereignisse verfallen" erklärt, aus keiner andern thatsächlichen Ursache, als weil sie die Jesuitenberufung gemißbilliget, und sich ihnen gegenüber sofort zu jeder Verunglimpfung berechtigt glaubt?

So bedeutungsvoll für Deutschland dieses Verfahren in praktischer Beziehung ist, so bedeutungsvoll ist auch die prinzipielle Feindschaft der ultramontanen Partei gegen die liberal-conservative Politik an sich.

Diese Politik, weit entfernt in ihren Grundforderungen — der specifischen Scheidung des Radikalismus vom Liberalismus und des Conservatismus vom Absolutismus, und der Vereinigung der beiden mittlern Tendenzen gegen die beiden Extreme — den deutschen Verhältnissen heterogen zu seyn, ist vielmehr diejenige, welche dem ständischen Deutschland durch die Natur seiner staatlichen und confessionellen Verfassung selbst vorgezeichnet ist. Wie sie sich in der Schweiz, als einer Demokratie mit organisirten Parteien, vollzieht als Vereinigung der Mittelparteien gegen die Faktionen, so vollzieht sie sich im constitutionellen Deutschland im Verkehr zwischen den Kronen und den Ständen. Es gibt keine andere Basis für das Vertrauen, welches man aller Orten in Deutschland gegenseitig in Anspruch nimmt, um Halt zu finden in dieser schweren Zeit, als die, daß die Kronen conservativ ihre Rechte wahren, ohne absolutistische Uebergriffe, und die Stände den Weg liberaler Reform gehen ohne radikale Hintergedanken: — die einzige Basis, auf der jene ihre Majestät wahren können, ohne die Volksfreiheit zu beeinträchtigen, diese die Mängel der Verwaltung kontro-

liren, ohne die Kronen zum Scheinkönigthum herabzuwürdigen, die einzige, auf der beide sich aufrichtig verbinden können in Zeiten der Gefahr. In der Schweiz haben liberale Protestanten für die Befreiung der katholischen Kirche vom radikalen Terrorismus, conservative Katholiken gegen die Unterjochung der protestantischen Kirche gekämpft; beide haben sich die Hand gereicht und werden es noch mehr, um gegen die Negation auf der einen Seite, gegen Zelotismus auf der andern zu kämpfen; Deutschland kann, um seiner confessionellen Wirren ledig zu werden, keinen andern Weg als diesen gehen. Wenn man uns für unsere Verhältnisse andere haltbare Basen anzugeben, wenn man in Bayern namentlich einen Minister aufzufinden weiß, der den Liberalismus im positiven Sinne des Worts zu bekämpfen und den Absolutismus zu vertheidigen, oder einen Abgeordneten, der das conservative Prinzip offen anzugreifen und sich zum Radikalismus zu bekennen wagt, so werden wir davon abstehen, die liberal-conservative Politik für die natürliche, organisch geforderte Politik des constitutionellen Deutschland zu halten.* Da man dieß nicht vermag, was hat man

* Als das liberal-conservative Princip in Zürich aufgestellt wurde, gehörte Muth dazu, sich zu ihm zu bekennen. In der Schweiz wie allenthalben standen zwei Heerlager, das eine aus Radikalen und Liberalen, das andere aus Absolutisten und Conservativen bestehend, sich gegenüber: das Justemilieu suchte vergebens auf einer Linie zwischen diesen beiden Lagern hindurch zu gehen, denn diese Linie schwebt in der Luft. Das Princip, demzufolge die richtige Mitte nichts ist, als die Verbindung der Liberalen aus dem einen — und der Conservativen aus dem andern Lager gegen die von ihnen specifisch geschiedenen Extreme auf beiden Seiten schien anfangs zu einfach, um glaublich zu seyn. Der Canton Zürich hat den herrschenden Begriffen gegenüber den Muth gehabt, es ins Leben zu führen, indem er, zuerst in Europa, die Scheidung des Radikalismus vom Liberalismus und die organisch bewußte Coalition der Mitteltendenzen vollzogen hat; der zürcherische Absolutismus, so sehr er unter der Maske des Conservatismus zu widerstreben versucht hat und noch heute, mit Benützung der Ignorirung des Sachverhalts von Seite der mit dem Radikalismus sympathisirenden deutschen Presse, außerhalb Zürichs zuweilen zu widerstreben versucht, ist den natürlichen Folgen der Scheidung unterlegen. — Heutzutage, nach vier Jahren, nachdem, abgesehen von der vollendeten Thatsache in der Schweiz, die Scheidung der konservativen Tories von den Hochtories und die Vereinigung der Whigs mit den ersteren gegen die Extreme sich in England als Mittel der Lösung großer Fragen instinktmäßig ergeben hat, und nachdem in Frankreich die conservative Partei sich den Radikalen gegenüber zugleich als Vertreterin des Liberalismus geltend macht, besitzt Jedermann den Muth, sich die liberal-conservative Tendenz anzueignen; und es gilt in Deutschland nicht mehr, es zur Anerkennung zu bringen, sondern dem Mißbrauch zu steuern, welcher mit falschen Arrogationen (denn das erwähnte Beispiel eines ultramontanen Blatts hat noch andere Nachfolger in der deutschen Presse

Deutschland gegenüber erklärt, indem man diese Politik, obwohl man ihr energisches Auftreten für die Freiheit der katholischen Kirche gekannt, als kirchenfeindlich verdächtigt — und obwohl man um ihren Kampf gegen die irrige Transaktion gewußt, sie als schwächliche Mitte zwischen Recht und Unrecht ausgegeben hat? Welche Gründe der Feindschaft gegen sie sind noch denkbar, als die, daß sie dem Bestreben entgegentritt, nach einseitig confessionellen Interessen den Staat zu leiten, daß sie, ohne irgendwie den Katholicismus zu verletzen, (durch Abweisung der radikalen und Hebung der conservativen Elemente) den Protestantismus kräftigt, nach dessen Auflösung man ein so unverhohlenes Verlangen trägt; daß sie jene unheilvollen Alternativen zu nichte macht, unter deren Schild extrematische Naturen jeder Rücksicht entbunden sind und welche, einmal angenommen, den Staat so bequem in ultramontane Hände liefern würden?

Indem man auf dem religiösen und politischen Gebiete die geschilderten Resultate aus der Schweizer Geschichte gezogen hat: welches Verfahren gegen den Protestantismus, welche Politik hat man für Deutsch-

gehabt) getrieben wird, und dem Mißverständniß, welches dadurch entstehen kann, daß die indifferente Mitte sich der Worte bemächtigt, ohne den Geist zu besitzen. Guizot selbst hat seither, indem er den Inhalt des Justemilieu und den Grundsatz seiner Verwaltung als Politik der „liberalen Conservation" bezeichnet hat, zur Vermischung der Begriffe beigetragen. Es gibt eine Conservation, welche, selbst conservativ, den liberalen Standpunkt anerkennt und liberale Institutionen schirmt, aber keine Conservation, welche selbst liberal ist. Eine liberal-conservative Partei ist eine Vereinigung von Liberalen und Conservativen; ein „liberaler Conservatismus" ist ein Widerspruch in sich, oder, sofern man mit dem Worte „liberal" den Conservatismus lediglich als tolerant und gemäßigt bezeichnen will, eine Tautologie; denn der Conservatismus ist das, im Gegensatz zum Absolutismus, an und für sich. Die Eidgenössische Zeitung, das bedeutendste Organ der liberal-conservativen Partei in der Schweiz, hat daher einem deutschen Publicisten, der die liberal-conservative Tendenz mit einem „hölzernen Eisen" verglichen hatte, mit Recht geantwortet, so unsinnig ein hölzernes Eisen sey, so natürlich und erfolgreich sey die Zusammenfügung des Holzes und des Eisens. Für diejenigen unserer Leser, welche das Prinzip nicht aus den historischen Quellen, sondern nur aus den Arrogationen der Blätter oder aus dem Gebrauch des Namens von Seite solcher, denen die Sache fehlt, kennen, haben wir diese Erläuterung beifügen müssen, obwohl wir überzeugt sind, daß, im Gegensatz zur Schweiz, die entscheidende Lebensfrage von Deutschland nicht in den Parteien, sondern in dem Verhältniß von Staat und Kirche liegt.

land in Aussicht gestellt, wenn die ultramontane Partei irgendwo sich der Regierung bemächtigen würde?

Man kann sich keinen Augenblick verhehlen, daß bei aller Aehnlichkeit der Verhältnisse das Unglück, welches die Schweiz betroffen hat, ein vorübergehender Stoß ist, im Vergleich zu dem, welches Deutschland treffen würde, wenn es dieser Politik gelänge, die noch abzuhaltende Revolution durch ihre Reizungen heraufzubeschwören. In der Schweiz stellt sich, wenn die Kraft der Regierungen gebrochen ist, durch die Selbstthätigkeit conservativer Parteien die Ruhe wieder her. In Deutschland, welches diese Parteien nicht hat und, wie die Dinge stehen, auch wenn es sie haben wollte zu ihrer Entwicklung einer zu langen Zeit bedürfte, würde allgemeine Anarchie eintreten. In der Schweiz ist nach der Natur der Republik das antiradikale Bewußtseyn in das Volk selbst übergegangen, die liberal-conservative Politik kann eine Zeitlang durch die Massen überfluthet, nicht gestürzt werden: in Zürich, wo eine radikale Regierung genöthigt ist, die Ideen ihrer Vorgängerin zu vollstrecken, in der Waadt, wo die Revolution sich in sich selbst überstürzt hat, gehört die Zukunft den Minoritäten: die katholische Schweiz wird von der Luzerner Jesuitenberufung die große Frucht der Ausscheidung der jetzt noch verschwommenen ultramontanen und conservativen Elemente in der regierenden Partei von Luzern erndten, und wenn Bern seine Krisis durchgemacht hat, wird vielleicht diese scheinbar so anarchische Schweiz beruhigt und stark im Innern seyn, während andere Länder von dem Fieber ergriffen sind, welches sie das Verdienst gehabt hat, auf dem Wege innerer Arbeit des Geistes und Gemüthes zu überwinden. In Deutschland ist kein Volk, welches sich selbst zu helfen vermöchte, wenn die Kraft der Regierungen gebrochen wäre: wir haben die Bewahrung vor dem Unglück einzig und allein von der Weisheit unserer Regierungen, von ihrer durch das Vertrauen der Stände gestützten Kraft zu erwarten. Ein ultramontaner Erfolg, welcher dieses Vertrauen in Bayern unmöglich machen, eine Politik von „Hammer oder Amboß“, welche die Revolution großziehen würde, wäre bei den bestehenden politischen Conjunkturen für ganz Deutschland ein unermeßliches Unglück.

Der Verfasser endigt hier, ohne jetzt die einzelnen Fragen berühren zu wollen, deren Behandlung die Aufgabe des gegenwärtigen Landtags ist und deren Abschluß das Land von der Krone erwartet. So wenig er jemals den tiefliegenden Grund der katholischen Bewegung in Europa mit den Benutzungen verwechselt hat, deren Opfer sie zu werden droht, so offen hatte er, während er mit den ihm befreundeten protestantischen Staatsmännern der Unterdrückung des Katholicismus durch den Radikalismus entgegentrat, seine Ueberzeugung von der Gefahr, welche in der wachsenden Umgehung des Conservatismus von Seiten des Katholicismus liegt, gegen diejenigen deutschen Staatsmänner ausgesprochen, deren Beruf die Wahrung der katholischen Interessen ist.

Wenn er im Uebrigen im Kampfe gegen die Ultramontanen zugleich conservative Katholiken verletzen sollte, so wäre es nur in Folge der Unmöglichkeit, zwischen denjenigen, welche bei strenger Wahrung ihrer Rechte von aufrichtiger Achtung gegen die Rechte der Protestanten beseelt sind, und denjenigen, welche durch Uebertragung des Prinzips des alleinseligmachenden Glaubens von der Kirche auf die Politik terroristische Gelüste zu befriedigen suchen, eine Scheidung zu ziehen, so lange nicht die conservativen Elemente sich selbst von den extrematischen ausgeschieden haben.

Friedrich Rohmer.

II.

Denkschrift

über

den politischen Einfluß der ultramontanen Partei in Bayern vom Jahr 1838 bis zum Ende des Landtags 1846.

II.

Denkschrift

über

den politischen Einfluß der ultramontanen Partei in Bayern vom Jahr 1838 bis zum Ende des Jahres 1846.

Erster Theil.

Die Verhältnisse vor dem Landtag von 1846.

Das Kölner Ereigniß und der Wechsel des Ministeriums, die allgemeine Erhebung der katholischen Kirche gegen das bureaukratische System in Deutschland und der Rücktritt des Ministeriums Wallerstein, trafen in Bayern zusammen. Bei der verdoppelten Wichtigkeit, welche Bayerns Stellung in Deutschland durch die Conflikte der preußischen Regierung mit dem Katholicismus erhielt, hatte das neue Ministerium eine große Aufgabe. Es konnte seinen Einfluß in die katholische Wagschale werfen, ohne von seiner Seite die protestantische sinken zu machen; die Freiheit der Kirche befördern, ohne den Rechten des Staats etwas zu vergeben; die traditionelle bureaukratische Willkür auf kirchlichem und politischem Gebiet beschränken, ohne die Kraft der Staatsgewalt zu schwächen; es konnte, falls die katholische Bewegung sich dahin entwickelte, daß die Protestanten ihre katholischen Mitbürger für Rechte und Freiheiten kämpfen sahen, deren Erringung, weit entfernt, sie zu beeinträchtigen, für sie selbst nachahmungswerth war, in Deutschland die vortreffliche Stellung eines Vertreters der zwei heiligsten Prinzipien, Parität und Freiheit, erringen.

Diese Stellung konnte das neue Ministerium erwerben, auch unter der Voraussetzung, daß es einen besondern Beruf in die Förderung des Katholicismus gesetzt hätte, und selbst wenn dieses Bestreben zunächst den Protestanten mißliebig, dem Zeitgeist verhaßt gewesen wäre.

Wir lassen dahin gestellt seyn, ob das Ministerium von Anfang an von diesen Intentionen ausgegangen ist; sie werden ihm wenigstens von Seiten der „katholischen Partei“ zugeschrieben; es wird von ihm behauptet, daß es von vorn herein in kirchlichen Dingen auf feste principienhafte Weise und mit der

aus offenen Ueberzeugungen entspringenden Absicht zu Werk gegangen sey, die Kirche von den hergebrachten bureaukratischen Fesseln zu befreien. Wenn diese Behauptung wahr ist, so kann sie an sich nur als Lob betrachtet werden. Eine solche Achtung vor der Freiheit der Kirche ist die beste Gewähr dafür, daß das religiöse Leben keiner Confession durch beschränkende Einmischungen verkümmert wird, und das Bestreben, die anererbte Willkür der bureaukratischen Formen zu durchbrechen, ist, weit entfernt, die Rechte des Staats zu beeinträchtigen, zugleich eine sichere Garantie für die politische Freiheit überhaupt. Wenn man in seinen religiösen Ueberzeugungen auf festem principienhaftem Grunde steht, so wird man dadurch nicht verhindert werden, im Staate mit Consequenz und nach klaren politischen Principien zu verfahren; und kirchliche Religiosität kann als Bürgschaft der politischen Religiosität betrachtet werden, welche zur Erfüllung der schweren Pflicht, alle Rechte gleichmäßig zu ehren und die Wahrheit nach unten und nach oben zu vertreten, erforderlich ist.

Wir sagen also: das Vorurtheil, mit welchem das neue Ministerium, sowohl was die allgemeinen Conjunkturen, als was persönliche Ueberzeugungen betrifft, zur Welt kam, konnte eben so günstig als ungünstig gedeutet werden. Der Endausgang konnte eben sowohl der seyn, daß die öffentliche Meinung es als Vertreter der werthesten politischen und moralischen Principien schätzte, als der, daß sie es confessioneller Einseitigkeit und Beeinträchtigung der staatlichen Interessen durch die kirchlichen beschuldigte.

Von diesen beiden Möglichkeiten ist die letztere erfolgt. Ob durch seine eigene Schuld oder durch die seiner Freunde steht dahin: Jedermann weiß, daß die moralische Kluft, welche in allmäliger Entwicklung seit dem Jahr 1838 zwischen einem großen Theil der öffentlichen Meinung und dem Ministerium entstanden ist, nicht in dem Ministerium an sich, sondern in der Partei lag, deren Tendenz man als die Seele der mißliebigen Maßregeln betrachtete und welcher sich deßhalb die öffentliche Meinung unmittelbar gegenüberstellte. Ob aber mit Recht oder mit Unrecht, zeigt ein kurzer Rückblick auf die angefochtenen Maßregeln, der, so weit wir auch entfernt sind, alte Streitfragen wieder erneuern zu wollen, doch um so weniger umgangen werden kann, als eine unbefangene Würdigung derselben allein den Maßstab zur Beurtheilung der Ereignisse des Landtags zu geben vermag.

In Staatsmaßregeln ist das Entscheidende der Geist, in dem sie gehandhabt werden; die kleinste Sache kann durch die Handhabung zur höchsten Wichtigkeit, die bedeutendste Schwierigkeit durch sie zur Kleinigkeit werden. Eine militärische Verordnung zur Erhöhung des Glanzes eines öffentlichen Cultus, ein administrativer Abschlag wegen Bildung einer neuen Gemeinde oder Lokal- und Zeitbestimmungen in Betreff eines Gottesdienstes, das Verbot eines Vereines aus politischen Gründen, dessen Ersprießlichkeit in kirchlicher Beziehung selbst zweifelhaft ist, die Verweigerung der Bestrafung eines katholischen Geistlichen aus Gründen der Gewissensfreiheit, ja selbst eine Meinungsdifferenz über die Kompetenz der Synoden und über die Auslegung eines Paragraphen der Verfassung — Alles das ist an sich noch nicht geeignet, eine Regierung in ein tiefes Mißverhältniß mit einer der herrschenden Confessionen des Landes und mit einem großen Theile des letztern überhaupt zu versetzen. Dergleichen Vorfälle haben, wenn ihnen keine Tendenz beiwohnt, die ihnen einen verletzenden Charakter gibt, einen höchst einfachen Verlauf. Entweder ist die Regierung mißverstanden worden und es gelingt ihr, das Publikum aufzuklären, oder sie hat sich vergriffen und legt den Mißgriff durch einfache Beseitigung bei. Hat sie Recht, so muß sie ihr Recht behaupten: hat sie Unrecht, das Unrecht so bald als möglich fallen lassen: das gefährlichste von allem und was jederzeit das Verderben der Regierungen war, ist: eine Sache lange Zeit hindurch zu behaupten und spät endlich auf eine Weise fallen zu lassen, für die ihr Niemand mehr dankt.

Legt man diesen einfachen, den ersten Elementen der Politik entnommenen Maßstab an die Zerwürfnisse der öffentlichen Meinung mit dem Ministerium, so ergibt sich die Antwort aus den Thatsachen, ganz abgesehen von dem Einblick in die streitigen Punkte selbst. Die Kniebeugungsordre, nachdem sie der Anlaß der bittersten Polemik im Inland, der heftigsten literarischen Diskussionen im Ausland, der Gegenstand einer Menge von Petitionen und weitläufigen Erörterungen in den Kammern, der Stein des Anstoßes für die protestantische Confession in und außerhalb Bayerns geworden war, ist endlich nach sieben Jahren, unmittelbar vor Eröffnung eines neuen Landtags, beigelegt worden. War das Ministerium im Recht, so hat es dieses Recht geopfert, ohne aus den unzähligen Reibungen, die es dafür gewagt, auch nur irgend einen Gewinn zu ziehen. War es im Unrecht, so hat es sieben Jahre einem

in der That an sich kleinen und auf die leichteste Weise zu bessernden Irrthum die wichtigsten Sympathieen und Interessen preisgegeben. Gleichermaßen sind die Beschwerden über Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der General-Synoden, über erschwerte Bildung neuer Gemeinden, über Beschränkung des Gottesdienstes zerstreut lebender Protestanten, nachdem sie Jahre lang die protestantische Bevölkerung in Athem erhalten, die protestantische Geistlichkeit in das entschiedenste Mißverhältniß zur Regierung, ja selbst zu ihrer eigenen Oberbehörde versetzt, mehrere Synoden beschäftigt, den Landtag im voraus verbittert, und gegen Bayern in der protestantischen Welt ein schwer zu tilgendes Mißtrauen hervorgerufen haben, erst im Laufe des Landtags selbst, im Angesicht einer Klage wegen Verfassungsverletzung, an der das Ministerium scheitern konnte, beseitigt worden. Hatte die Regierung Recht, warum hat sie nachgegeben und das zu einer Zeit nachgegeben, wo sie, wenn sie im Recht war, es am wenigsten thun konnte: hatte sie Unrecht, warum hat sie die Mißverständnisse zur höchsten Spitze steigen lassen, um sie dann erst zu entfernen, als kein anderer Ausweg mehr möglich war? Endlich, mit der Abweisung der Beschwerden bezüglich des Uebertritts und der Unterrichtsertheilung an Minderjährige hat das Ministerium sein höchstes Interesse aufs Spiel gesetzt; es hat das Ministerium sich in die Gefahr begeben, der Preisgebung der Rechte des Staats an die katholische Geistlichkeit, der Beugung der Verfassung unter das Concordat, der willkürlichen Auslegung der Verfassung beschuldigt zu werden. Es hat lange Zeit hindurch und zu wiederholten Malen dieser Gefahr getrotzt, es hat seine Abweisung durch das Interesse der Gewissensfreiheit, durch die Aufrechthaltung des Geistes der Verfassung selbst, seine Auslegung als die einzig mögliche und unbestreitbar richtige hingestellt: und hat zuletzt damit geendigt, daß es den Zweifel an seiner Auslegung eingeräumt, indem es für den kommenden Landtag einen Gesetzentwurf bezüglich des bestrittenen Artikels in Aussicht gestellt hat: es hat seine Existenz aufs Spiel gesetzt, um, nach Kämpfen ohne Gewinn und von den schädlichsten Folgen am Ende das zu versprechen, was es von Anfang an hätte thun können.

Wenn es hiernach von vorn herein klar ist, daß eine Reihe von Fehlern begangen worden ist, wenn insbesondere die Art und Weise, womit die Concessionen stückweise in langen Zwischenräumen und unter einem künstlichen Scheine der Aufrechterhaltung des Rechts gemacht worden sind, die Gemüther

einer langsamen und tiefen Reizung unterworfen und das Ansehen der Regierung Stück für Stück schwächen mußte, so geht aus dem Inhalte der streitigen Maßregeln selbst eben so klar hervor, daß das Publikum sie aus keiner andern Ursache erklären konnte, als aus der, welche sie ihnen beigelegt hat.

Wenn die Kniebeugungsordre in ihrem Ursprung eine durchaus absichtslose Maßregel war, so war Nichts leichter, als die dadurch entstandenen Irrungen beizulegen. Von militärischen Ordren ist Niemand gewohnt, zarte Rücksichten auf religiöse Gefühle oder dogmatische Kenntniß zu erwarten: das Kriegsministerium konnte ganz einfach das Gewicht der religiösen Beziehungen, die sich an die gebotene Salutation knüpfen, übersehen haben. In dem Augenblick, wo die protestantische Geistlichkeit diese Beziehungen hervorhob, war der Irrthum berichtigt. Weder der Einwand, daß unter den Soldaten selbst sich nur die Wenigsten daran gestoßen, noch der, daß die Maßregel lediglich äußerlich gemeint sey, konnte die Sache verbessern, nachdem von kompetenter Seite dargethan wurde, daß das religiöse Gefühl der protestantischen Confession sich dagegen sträube und nach protestantischen Dogmen-Begriffen sträuben müsse. Da die militärische Disciplin nicht verletzt worden, somit ein Princip nicht entfernt aufrecht zu erhalten war, da der Zweck der Maßregel selbst ohne Zuziehung der protestantischen Soldaten ebenso gut erreicht wurde, da die Kniebeugung von Seiten der Protestanten dem Katholiken selbst nicht den mindesten Werth, im Gegentheil, sofern damit eine Achtungsbezeugung mit innerer Mißachtung vollzogen wurde, selbst verletzend seyn konnte, da endlich die Sache bei der besten Intention immer den Anschein eines Versuches, den katholischen Cultus mit den Zeichen einer Staatsreligion zu umgeben, haben konnte, so konnte die öffentliche Meinung, was sie auch von der ersten Absicht denken mochte, das Beharren auf einer so vollständig werthlosen Sache aus keinem andern Grunde herleiten, als aus einem beschränkt katholischen, mit der Stellung des Ministeriums eines paritätischen Staats unverträglichen Interesse. Das Gleiche gilt von der Erschwerung der Bildung neuer Gemeinden und der Beschränkung des Gottesdienstes zerstreut lebender Protestanten — und in noch höherem Maße. Im ersten Fall blieb wenigstens die Annahme übrig, daß eine einmal erlassene Ordre aufrecht erhalten werden wollte, nur weil sie einmal erlassen war. In diesem Fall aber: welches Interesse konnte die Regierung bewegen, durch kränkende Beschränkungen

und Abweisungen, durch kleinliche Verfügungen in Beziehung auf das Lokal und die Anzahl der zu haltenden Gottesdienste, eine Mißliebigkeit gegen den protestantischen Cultus an den Tag zu legen, zu dessen Beschränkung sie in den vorliegenden Fällen nicht das mindeste administrative Interesse hat. Wenn irgend etwas geeignet ist, Bitterkeit in die Gemüther zu säen, so sind es administrative Quälereien, absichtliche Querzüge und planmäßige Hinhaltungen in kleinen Dingen, woran gerade theure Interessen geknüpft sind. In der That — und sollte die Regierung es noch nicht erfahren haben, so halten wir es für Pflicht dieß eigens auszusprechen — Nichts hat ihr in den Augen der protestantischen Bevölkerung mehr geschadet, Nichts unter der protestantischen Geistlichkeit auch in ihren gemäßigtsten Mitgliedern eine so tiefe Bitterkeit hervorgerufen, als diese einzelnen Vorfallenheiten, wie sie in Landshut und an andern Orten geschehen sind. Während der religiöse Protestant diese Dinge wie Stiche gegen das innerste Leben seiner Religion empfand, forschte die Menge der Gebildeten vergebens nach irgend einem politischen oder Verwaltungsprincip, welches die Regierung in diesen Beschränkungen leiten konnte, nach irgend einem Interesse, welches sie damit vertreten wollte, und die Antwort konnte sonach nur die seyn: ihre Handlungsweise aus den ultramontanen Bestrebungen herzuleiten.

Im Zusammenhalt mit diesem Verfahren konnte von den Protestanten die bisher ungewohnte Connivenz gegen die katholischen Geistlichen in der Uebertrittsfrage, selbst wenn sie lediglich aus dem Interesse an der Gewissensfreiheit hervorgegangen wäre, (abgesehen von den politischen Beziehungen dieser Frage) als Parteilichkeit zu Gunsten der katholischen Kirche, mußte das Verbot des Gustav-Adolph-Vereins als Beinträchtigung der protestantischen Kirche aufgefaßt und empfunden worden. Wenn das Ministerium eine neue Praxis in Betreff der Minderjährigen einschlug und zwar zuerst in Fällen, die der katholischen Confession zu gut kamen, so mußte es, um nicht mißverstanden zu werden, der protestantischen Confession Beweise einer gleichen Aufmerksamkeit gegeben haben; wenn es den Gustav-Adolphs-Verein ohne Verletzung verbieten sollte, so mußte es einerseits den bayerischen Protestanten einen Ersatz für die praktischen Zwecke religiöser Unterstützung bieten, aus denen der Verein in seinen positiven Interessen hervorgegangen war, andrerseits ihnen zeigen, daß es, indem es einen Verein abwies, der in seiner Benennung

schon eine grobe Verletzung der Rücksichten auf das katholische Deutschland, in seiner Zusammensetzung nur schwache Bürgschaften einer wahrhaft religiösen Thätigkeit gewährte, damit nicht gemeint sey, die bayerischen Protestanten dem protestantischen Gesammtleben zu entfremden und Bayern überhaupt als katholischen Staat außerhalb der Theilnahme an den Interessen des deutschen Protestantismus zu halten. In Ermanglung dieser Bedingungen mußten die Mißverständnisse sich ums doppelte vermehren, und als die protestantischen Synoden, getrieben von der Mißstimmung des protestantischen Gefühls, ihre Verhandlungen mit diesen Beschwerden füllten und das Ministerium nun den Ausweg ergriff, durch verschärfte Instruktionen an die Commissäre und durch Beschränkung ihres Competenzkreises diesen Ausbrüchen vorzubeugen, so wurde die Meinung, wenn sie noch zweifelhaft geblieben, eben dadurch entscheidend bestätigt. Das nämliche Ministerium, welches nach katholischer Seite hin sein Verdienst in die Gewähr der freien Entfaltung der religiösen Ueberzeugung und der priesterlichen Pflichten zu setzen schien, stand nun den protestantischen Synoden mit strengen bureaukratischen Repressivmaßregeln gegenüber: die „Freiheit der Kirche", die man ihm so oft als Symbol untergelegt, war nun in der öffentlichen Meinung zur Bevorzugung der katholischen und zur Niederdrückung der protestantischen Kirche geworden.

Mußte die öffentliche Meinung zu dieser Ansicht über die kirchliche Politik des Ministeriums gelangen, so war es unvermeidlich, daß die neue Auslegung des §. 6 der Constitution die Blicke aller derjenigen, die, welcher religiösen Meinung sie auch angehören mögen, an der Frage zwischen dem Verhältniß des Staates zur Kirche an sich theilnehmen, auf das bayerische Ministerium richten mußte. Das Ministerium hatte durch die obigen Maßregeln in ganz Deutschland den Ruf eines einseitig katholischen sich erworben: es fragte sich nur noch darum, ob es im Fall einer eigenen Collision mit der katholischen Geistlichkeit wenigstens die Rechte des Staates wahren oder, ganz abgesehen von seinen kirchlichen Sympathieen, den Forderungen der Kirche auch die staatlichen Interessen selbst unterordnen würde. Das Interesse, welches sich in ganz Deutschland an diese Frage knüpfte, war um so tiefer, als auf die Kölnischen Wirren damit ein neues Licht zurückgeworfen wurde. Preußen war von den Einen der Vergewaltigung der Kirche geziehen, von den Andern mit allen Sympathien unterstützt worden. Bayern war offen auf Seiten der Kirche getreten

und hatte dann den Vergleich vermittelt. Wenn Bayern gegen seine eigene Geistlichkeit in Collisionsfällen die Staatsverfassung zu wahren und die Gesetze streng zu handhaben schien, so war damit seine Unparteilichkeit im Kölner Handel, bezüglich das Unrecht der preußischen Regierung auf's neue erwiesen; wenn dagegen das bayerische Ministerium einer Preisgebung der Rechte des Staates geziehen werden konnte, so gewann seine ganze Stellung zum Kölner Ereigniß das Ansehen einer einfachen Hingabe an die „katholische Partei". Als unter diesen Umständen das Ministerium zwei Entschließungen in der Uebertrittsfrage erließ, als es in der ersten aussprach, daß das Benehmen des betreffenden katholischen Pfarramtes auf dem Standpunkte der Verfassungsbeilage nur gemißbilligt werden könne und zugleich von weiteren Einschreitungen im Hinblick auf das den Vollzug des Concordats betreffende Tegernseeer Publikandum Umgang zu nehmen befahl, als es in der andern erklärte, daß eine Zwangseinschreitung wegen Nichtbeachtung der Vorschrift eines Paragraphen der Verfassung in Rücksicht auf den zwischen diesem Paragraphen und dem Concordat bestehenden Widerstreit und die zur Lösung dieses Widerstreites auf conventionellem Wege erfolgte Tegernseeer Deklaration (eine Erklärung, welche nach den Worten einer spätern Allerhöchsten Entschließung selbst allerdings bestehende Verfassungsgesetze nicht aufheben kann) unstatthaft erscheine, als es auf diese Weise in dem offen zugestandenen Conflikt zwischen Verfassung und Concordat ein klares Verfassungsgesetz dem Concordate zu opfern und bei weitern Fällen ähnlicher Art ohne Bedenken jene diesem unterordnen zu wollen schien; da war seine schiefe Stellung in den Augen der öffentlichen Meinung vollendet: es war nun nicht mehr blos ein katholisches, es war ein guelfisches Ministerium: und von dem Augenblick an, wo das Versprechen, welches die Tegernseeer Erklärung den katholischen Unterthanen gegeben, „daß sie durch den Constitutionseid zu Nichts verbindlich gemacht werden, was den göttlichen Gesetzen oder den katholischen Kirchensatzungen entgegen wäre" als Motiv nicht für die Freiheit der katholischen Kirche innerhalb ihrer eigenen Grenzen, sondern für den Uebergriff in eine andere Kirche durch Aufnahme von Minderjährigen geltend gemacht wurde, schien im Vergleich mit der Gesammtheit seiner Maßregeln keine Garantie mehr gegen die Gefahr vorhanden zu seyn, alle Verfassungsbestimmungen, welche als den göttlichen Gesetzen oder den katholischen

Kirchensatzungen entgegen" von der katholischen Geistlichkeit perhorrescirt werden würden, außer Wirksamkeit gesetzt zu sehen.

Wir wollen an diesem Ort unsere Ansicht über den bestrittenen §. 6 so wie über das Verhältniß von Concordat und Constitution nicht bezeichnen; hier werfen wir lediglich die Frage auf: ob das Ministerium ein anderes Urtheil der öffentlichen Meinung erwarten, — ob die öffentliche Meinung auf andere Schlüsse kommen konnte, ob dieselbe, auch wenn sie in diesem Falle dem Ministerium Unrecht gethan, zu diesem Unrecht nicht mit allen Mitteln verleitet worden ist? Ein Staatsmann, der durch die That bewiesen hat, daß er Rechte des Staates gegenüber der Kirche niemals antasten lassen wird, oder dessen Gesinnungen darüber wenigstens sattsam bekannt sind, um Bürgschaft zu geben, wird in der That in einem Widerstreit zwischen Concordat und Constitutionsbestimmungen in einzelnen Fällen (insbesondere wenn die Aufrechthaltung der Verfassung zu odiosen büreaukratischen Eingriffen in kirchliche Funktionen führen würde) zu Gunsten des Concordats entscheiden können, ohne daß die öffentliche Meinung sich dadurch beunruhigt fühlt. Wenn dagegen faktisch nur Handlungen vorliegen, welche bereits allgemeine Beunruhigung erzeugt haben, wenn das, was das Publikum von seinen Gesinnungen kennt, oder von der „katholischen Partei" als seine Gesinnung preisen hört, das Gegentheil einer Bürgschaft gibt, so muß jeder Schritt, den er nun in diesem entscheidenden Punkte vornimmt, als ein Schlag auf die öffentliche Meinung wirken.

Aber noch mehr: die öffentliche Meinung mußte nicht nur durch den Zusammenhalt mit früheren Maßregeln auf dieses Urtheil geführt werden: sie mußte zugleich, ganz abgesehen von der Befürchtung einer Nachgiebigkeit in weiteren Fällen, zu der Annahme gelangen, daß die Unterordnung der Constitution unter das Concordat vom Ministerium überhaupt und im Princip beabsichtigt werde, weil die Vertheidiger, und zwar nahe stehende Vertheidiger des Ministeriums einer principiellen Partei angehören, welche diese Unterordnung ihren Grundsätzen gemäß annimmt und (in einzelnen Mitgliedern) öffentlich ausspricht und öffentlich lehrt.

Die Lehrstühle des bayerischen Staatsrechts und des Kirchenrechts (der zwei Disciplinen, welche gerade auf dem Feld, in dem sich der Zwist der öffentlichen Meinung mit dem Ministerium bewegt, entscheidend sind) sind von Männern besetzt, welche sich zur „katholischen Partei" bekennen. Das Staatsrecht von

Moy behandelt die „unveräußerlichen Majestätsrechte" (deren Bedeutung in dem Streit über Concordat und Constitution man kennt) als Produkte einer pseudophilosophischen Staatslehre aus der josephinischen Zeit und strebt ihnen gegenüber ein Staatsrecht zu constituiren, in dem es keine unveräußerlichen Rechte und Pflichten gibt, als die „welche aus der Religion entspringen, deren Organ die Kirche ist"; das „Kirchenrecht" von Phillips kennt nur Eine Kirche, die katholische, und kann sich daher, obwohl nur die Disciplin des katholischen Kirchenrechts behandelnd, auf den kurzen Titel der Kirche schlechtweg beschränken. Das Publikum weiß dies. Wenn die letztere Thatsache in keinen weitern Zusammenhang mit dem Ministerium gebracht werden kann, als etwa vermöge der Besorgniß, welche solche Principien, von Seiten juridischer Lehrkanzeln des Staates ausgesprochen, erwecken können, so ist dagegen die öffentliche Empfehlung des Moy'schen Staatsrechts von Seiten des Ministeriums sprechend, und die öffentliche Stimme hat mehr als einmal die staatsrechtlichen Motivirungen in wichtigen Ministerialentschließungen diesem Staatsrechtslehrer zugeschrieben. Mit gleicher Einstimmigkeit ist sie gewohnt, halbofficielle Aeußerungen des Ministeriums in wichtigen politischen Fragen der Verfasserschaft eines Mitgliedes der „katholischen Partei" zuzuschreiben. Nicht auf leeren Gerüchten also, nicht auf Antipathieen blos, auch nicht auf persönlichen Verbindungen, die nicht in den Bereich des Staatslebens gehören, wurzelte die Ueberzeugung von der innigen Verbindung des Ministeriums mit jener Partei: sie beruhte entweder auf bestimmten Thatsachen oder auf einer Einstimmigkeit der allgemeinen Stimme, welche, da ihr von keiner Seite widersprochen wurde, zur Notorietät ward.

Die Stellung der historisch-politischen Blätter in München kam hinzu, um diese Ueberzeugung, wie sie in Bayern aus lokalen Erfahrungen entsprungen war, zur Ueberzeugung von ganz Deutschland, sie zu der aller politisch Gebildeten und aller Staatsmänner zu machen.

Das Ministerium eines Staates wie Bayern kann in einer Zeit wie die unsrige nicht bestehen, ohne inmitten der Zeitbewegungen irgend einer der politischen und kirchlichen Tendenzen, von denen die Zeit durchkreuzt wird, sich anzunähern; wollte es den Versuch machen, in der politischen Welt eine tendenzlose, lediglich geschäftsmäßige Stellung einzunehmen, so würde es durch die Kraft der Natur derjenigen Tendenz zugetrieben, der es durch die Umstände

zunächst steht und welche zugleich die ausgesprochenste im Lande ist. Bayern hat ein einziges ausgesprochenes Tendenzblatt, zugleich des Centralorgan der „katholischen Partei“ in Deutschland: die historisch-politischen Blätter. Das bayerische Ministerium konnte sein Verhältniß zu diesem Blatte auf doppelte Weise abgränzen: entweder durch eine Handhabung der Censur, welche seine Unabhängigkeit von der in dem Blatte vertretenen Tendenz auf deutliche Weise beurkundete, oder, wenn es diesen Weg im Interesse der allgemeinen Freiheit der Presse verschmähte, durch gelegenheitliche öffentliche Aeußerungen. Weder das eine noch das andere ist geschehen: Die historisch-politischen Blätter haben tief eingreifende Fehden mit den protestantischen Regierungen anderer deutschen Staaten geführt, ihre Sprache ist weit ungemessener als die, welche ein protestantisches Blatt von Gewicht in katholischen Angelegenheiten sich erlauben dürfte; sie stehen unter einer Censur, welche faktisch der Befreiung von der Censur gleichkommt; sie erscheinen, wie sie selbst sagen, „unter dem Schutze der bayerischen Regierung“. Da diese Regierung in der politischen Welt keinem System angehört, als dessen Vertreter sie betrachtet werden könnte, da sie von ihren Vorgängerinnen durch keinen hervortretenden Kennzeichen geschieden wird, als durch ihre Förderung des Katholicismus und da sie diese ihre Tendenz durch keinen Akt irgend einer Art von der der historisch-politischen Blätter abgegränzt hat, so blieb der öffentlichen Meinung in Deutschland nichts übrig, als das System der bayerischen Regierung mit dem der historisch-politischen Blätter zu identificiren, und die letzteren, wenn nicht als ihr officielles, doch faktisch als das ihre Gesinnungen ausdrückende Organ zu betrachten.*

* Es tritt hier der obige Fall, daß eine Einstimmigkeit der öffentlichen Meinung, wenn ihr kein Widerspruch entgegentritt, die Notorietät einer faktischen Thatsache erlangt, in noch viel höherem Grade ein. Die Ueberzeugung von der Identität der Tendenz der hist. pol. Blätter mit der der Regierung ist in Bayern selbst und namentlich unter den bayerischen Staatsbeamten so allgemein, daß der bayerische Beamte eine öffentliche Polemik gegen die Tendenz jener Blätter unmittelbar als Polemik gegen die Grundsätze des gegenwärtigen Ministeriums auffaßt. Wenn das Ministerium diese Ueberzeugung als eine der vielen, von der radikalen oder ununterrichteten Presse Deutschlands über Bayern verbreiteten Unwahrheiten betrachten würde, deren Widerlegung nicht nöthig oder nicht geziemend ist, so müßte es vergessen haben, daß es Irrthümer gibt (und die Meinung über die Tendenz gehört dazu), welche eine Regierung in unserer Zeit nicht dulden darf, ohne ihre Wirksamkeit in der Wurzel zu gefährden; am wenigsten eine Regierung von dem

So geschah es, daß die öffentliche Meinung dahin gelangte, das Ministerium als faktischen und prinzipiellen Träger des Ultramontanismus zu betrachten. Das ganze Land, mit Ausnahme der „katholischen Partei" selbst, war in dieser Beziehung einig; und während bei einem Theile der öffentlichen Meinung, wie später bei dem größten Theile der Opposition, alle Gesichtspunkte diesem Einen untergeordnet wurden, fand sich derjenige Theil des Publikums, welcher Mäßigung und Besonnenheit genug besaß, um die Verwaltung des Ministeriums, abgesehen von kirchlichen Dingen, in politischer Beziehung zu beurtheilen, oder welcher Gelegenheit gehabt hatte, die administrativen Vorzüge, welche das Ministerium vor seinen Vorgängern voraus hat, zu würdigen, außer Stand gesetzt, mit diesen Tugenden die Fehler eines Staatsmannes zu decken, dessen ganzes unbestrittenes Talent auf die Erreichung eines Zieles gerichtet schien, welches der Natur und Aufgabe des bayerischen Staates widerspricht.

Trotzdem hatte das Ministerium nicht die Genugthuung, von seinen Gegnern als ein Feind betrachtet zu werden, der in fester und netter Stellung der Opposition gegenüber steht. Es ist irrig, was die historisch-politischen Blätter

Gewicht, wie das ist, welches sie vermöge der Stellung Bayerns in Deutschland einnimmt. Die hist. pol. Blätter selbst kennen vollkommen die Bedeutung des Zusammenhangs, welchen das Publikum zwischen Regierungen und Zeitungen statuirt, wenn die letzteren auch weit davon entfernt sind, im formellen Sinn des Wortes irgendwie Regierungsorgane zu seyn. Die Berliner literarische Zeitung wird von ihnen als Ausdruck der Gesinnungen der preußischen Regierung betrachtet, und sie legen auf die allgemeine Meinung des deutschen lesenden Publikums in Betreff des ministeriellen Schutzes, dessen sich diese Zeitung erfreut, ein solches Gewicht, daß sie bei Gelegenheit eines übrigens untergeordneten Buches eine Zurückweisung der darin ausgesprochenen Ansichten, als welche „auch „den Geduldigsten erbittern und insbesondere jedes katholische Gefühl empören mußten, „in jenem gleichviel ob wirklich oder vermeintlich semiofficiellen Organe" verlangten und aus einer lobenden Beurtheilung des Buches in dem nämlichen Blatt Schlußfolgerungen auf den Willen und die Absichten eines gesammten Kreises von Staatsmännern und Gelehrten bei allen denen, die nicht von den besseren Tendenzen in Berlin näher unterrichtet seyn können, für natürlich erklärten. (Hist. pol. Blätter XIII. Bd., 5. H. p. 295 „zweites Sendschreiben an einen deutschen Staatsmann.") Wenn auf diese Weise Recensionen der literarischen Zeitung (deren Stellung als Organ der protestantischen Interessen mit der der hist. pol. Blätter in der katholischen Welt überdies kaum zu vergleichen ist) abgewogen werden, wie kann sich die bayerische Regierung einen Augenblick darüber täuschen, welche Bedeutung der Polemik der hist. pol. Blätter gegen protestantische Regierungen und Stellen, wie die in der „Meinungsäußerung" mitgetheilten, in protestantischen Kreisen und unter protestantischen Staatsmännern, ganz abgesehen von der öffentlichen Meinung überhaupt, beigelegt wird.

behaupten (XVII. Bd. 5. Hft. p. 339 u. 337), „daß seine ärgsten Feinde ihm zugestehen, unerschrocken auf seinem Wege vorgeschritten, — entschieden, rund und festen Schrittes zum Ziele gegangen zu seyn.“ Es kann hier nicht von persönlichen Ueberzeugungen die Rede seyn, die den Staat nicht berühren: das Staatsverfahren des Ministeriums aber konnte der öffentlichen Meinung nicht als ein „rundes“, es mußte ihr, wie der obige Ueberblick zeigt und wie der Verlauf des Landtages selbst bestätigt hat, als ein Weg erscheinen, der durch eine Reihe von Versuchen, denen eine Reihe von zu späten Concessionen entspricht, unsichern und gewundenen Schrittes nach dem Ziele strebt; ja bei den unklaren, praktisch vor allem an den Begriff des Jesuitismus wie er sich im gewöhnlichen Leben festgesetzt hat geknüpften Begriffen über den Ultramontanismus mußte die öffentliche Meinung gerade in diesem seltsamen Wechsel zwischen einer offenen Schroffheit, welche ihre Maßregeln der allgemeinen Opposition gegenüber als gutes Recht festzuhalten scheint und zwischen der thatsächlichen Nachgiebigkeit, die am Ende der Nothwendigkeit der Umstände gehorcht, ohne doch offen einen Irrthum einzugestehen oder ein gegentheiliges Recht anzuerkennen, das Wesen des Ultramontanismus ausgeprägt finden. Ob das Ministerium von der ultramontanen Partei oder ob diese von jenem geleitet werde, war dabei der öffentlichen Meinung gleichgültig: sie sah nur mehr den Träger einer Richtung, in welchem sie, gleichviel ob Führer oder geführt und absehend von seinen persönlichen Eigenschaften, die Richtung selbst bekämpfte.

Zu diesem Gang der Dinge gesellt sich noch ein anderes Moment. Gesetzt, das Ministerium selbst hätte die Schwierigkeiten seiner ursprünglichen Aufgabe überwunden, es hätte den Katholicismus fördern wollen, ohne den Protestantismus zu reizen, und die Kirche erleichtern, ohne politische Antipathieen zu erwecken: seine öffentlichen Freunde und Vertheidiger hätten ihm dieß unmöglich gemacht. Die Vertreter der katholischen Interessen, die, deren nächste Pflicht es gewesen wäre, es auf richtige Art zu unterstützen, haben durch die Art ihrer Vertheidigung die Anstöße zwischen dem Ministerium und der öffentlichen Meinung zu tiefen und bittern Zerwürfnissen gesteigert. Maßregeln wie die Kniebeugungsordre, an deren ursprüngliche Absichtslosigkeit das Publikum geglaubt haben würde, wenn sie von Seiten der „katholischen Partei“ richtig motivirt worden wäre, haben durch die zelotische Auffassung der ultra-

montanen Broschürenliteratur und durch die hämische und giftige Polemik angesehener Führer der Partei selbst, erst jenen verletzenden moralischen Charakter erhalten, der die Erbitterung unmittelbar in die Gemüther verpflanzt hat. Concessionen, welche das Publikum nicht blos als Ausfluß der Krone, sondern auch von Seiten des Ministeriums selbst dankbar begrüßt haben würde, haben ihre Rückwirkung verloren, nachdem das Ministerium von seinen Freunden zum Beharren auf dem betretenen Wege aufgemuntert, nachdem sie im voraus als Schwäche von denen bezeichnet waren, welche, wie sie im Allgemeinen nicht müde wurden, den Protestantismus als Radikalismus hinzustellen, so auch jede Beunruhigung von Seite der Protestanten als leeres Oppositionsgelüste, jede Aufregung als widerspenstiges Geberden gegen die Staatsgewalt geschildert haben.

Das Ministerium hat Gelegenheit gehabt, sich in den verschiedenen Conflikten, in die es gerathen, auf die Heiligkeit der Verfassung, auf die garantirte Selbstständigkeit der Kirche, auf die Freiheit der Gewissen, auf die Majestätsrechte des Regenten zu berufen. Warum sind alle diese Berufungen an der öffentlichen Meinung gescheitert? Warum hat sie, obwohl das Ministerium in seiner Auslegung der Verfassung der kirchlichen Freiheit keine Concession gemacht hat, ohne sie zugleich auf die Protestanten auszudehnen, dem constitutionellen Geiste des Ministeriums gemißtraut? Sind jene Berufungen den bayerischen Protestanten nicht heilig oder ist irgend eine darunter, die ihnen an sich mißliebig *ist*? Nein! aber wenn die Partei, auf welche dieses Ministerium sich stützt, diese Verfassung offen dem Concordat unterordnet, wenn sie in ihrer Broschürenliteratur die ganze Verfassung in den Artikel I. des Concordates aufgehen läßt, wenn diese Partei, bei ihrem unablässigen Dringen auf Freiheit der katholischen Kirche, für die Selbstständigkeit der protestantischen Kirche nur Worte der Schadenfreude hat, wenn sie, während sie für sich die ungehemmteste Entfaltung der Consequenzen der Gewissensfreiheit in Anspruch nimmt, in ihren Blättern zugleich erklärt, daß es vom katholischen Standpunkt aus keine Gewissensfreiheit gibt, als die, welche von den Katholiken in Anspruch genommen werden muß, sobald Andersdenkende ihnen das Recht unbeschränkter Religionsübung verkümmern wollen, wenn sie den Begriff der unveräußerlichen Majestätsrechte nur als Rest aus der josephinisch-bureaukratischen Zeit gleichsam in den Winkel wirft, wenn sie alle diejenigen Akte, welche die Verfassung an die Zustimmung der Staatsgewalt bindet, wie die Einführung neuer Orden, die Einrichtung

geistlicher Bildungsanstalten und Anderes als unmittelbare und einseitige Befugniß für die Kirche in Anspruch nimmt, wenn sie den gesammten Geist der Verfassung als Ausfluß der Bureaukratie behandelt und die Consequenzen des Concordats, wie sie der Katholik dem Staate gegenüber in Anspruch nehmen kann, als zur Zeit noch aus Rücksicht zurückgehalten erscheinen läßt, wenn sie den Geist der Epoche, in der die bayerische Verfassung entsprungen, und der Staatsmänner, die bei ihrer Abfassung mitgewirkt, und den Geist der katholischen Erhebung, die nun, auf das Concordat gestützt, ihre Rechte geltend macht, als sich im Innersten widersprechend darstellt; wenn sie endlich in ihren eifrigsten Mitgliedern das Ministerium selbst als ein schwankendes und halbes, mit den vorhandenen Schwierigkeiten stets paktirendes bezeichnet: — und alles das ist in der ultramontanen Broschürenliteratur geschehen: — dann in der That fallen die Berufungen des Ministeriums *in sich* zusammen, und das Ministerium muß der Opposition gegenüberstehen, wie im Zweikampf ein Mann seinem Gegner gegenüberstehen würde, *dessen Waffen von seinem eigenen Sekundanten zerbrochen werden*.

Die Discussionen des Landtags haben diese Folge der Allianz zu Tage gebracht. Nicht nur, daß alle Bitterkeit, welche die Fehler seiner Vertheidiger erregt, auf das Ministerium selbst zurückgefallen ist, sondern, was unter allen Stellungen die schwerste und peinlichste ist: keiner seiner Gegner hat den Versicherungen des Ministeriums *mehr geglaubt*. Die *moralische* Verständigung war zur Unmöglichkeit geworden; und das Vertrauen, das die Krone in schwierigen Conflicten von den Vertretern des Volkes in Anspruch nehmen darf, konnte, so bereitwillig es *ihr* gegeben wurde, niemals dem *Ministerium* zum Schilde dienen.

So hatte, von Anbeginn der neuen Verwaltung bis zur Eröffnung des letzten Landtags, die Spaltung zwischen dem Ministerium und dem größeren Theile des Landes sich allmälig gebildet. Welches auch die ursprünglichen Intentionen des Ministeriums gewesen seyn mögen, es kann die Frage nicht abweisen: ob nach den geschilderten Vorgängen und nachdem es Nichts gethan, um durch faktische Maßregeln den Bildungsprozeß der Meinung zu unterbrechen oder auch nur den Fehlern seiner Freunde entgegenzuwirken, das Resultat der öffentlichen Meinung ein anderes seyn konnte, ob nicht vielmehr der

Sturm des Landtags von allen Unbefangenen erwartet und vorausgesagt worden ist? —

Daß das Ministerium vom bewußten Radikalismus in der Presse vielfach verläumdet und vom unbewußten oft auf die lächerlichste Weise mißverstanden worden ist, daß die öffentliche Meinung des Inlands in demselben Maße, als ihr aus realen Erfahrungen entsprungener Mißmuth sich steigerte, auch mit dem Geschrei der ausländischen Presse sympathisirte, kann, so wenig es verkannt werden darf, den Sachverhalt nicht ändern. Das außerbayerische Deutschland ist im Allgemeinen in Bezug auf Altbayern in den nämlichen Mißverständnissen befangen, wie die modern gebildete Schweiz bezüglich der Urkantone. Dazu gesellt sich von nordischer Seite eine instinktmäßige Abneigung des Naturells; denn der altbayerische und der märkische Geist sind die zwei äußersten Widerspiele im deutschen Charakter, und dieses Mißverständniß von Altbayern trägt sich naturgemäß auf die bayerischen Verhältnisse überhaupt über. Tritt hiezu theils die radikale Neigung, theils die protestantische Engherzigkeit eines Theils der preußischen, württembergischen und sächsischen Presse, so erklärt sich von selbst, welche Anschauungen daraus entstehen; und die Schilderung von Görres, wie, seit der Ministerialwechsel eingetreten, Bayern als wieder zum alten Böotien herabgesunken dargestellt, wie dazu alle Hülfsmittel in Bewegung gesetzt, alle Register aufgezogen wurden und alle Winde in allen Wasserorgeln ihr pereat Bavaria zu blasen begannen, ist richtig, ohne daß man nöthig hat, diese Haltung der Presse inländischer Einwirkung zuzuschreiben. Eben so unzweifelhaft ist es, daß die öffentliche Meinung der Inländer selbst viele theils falsche und egoistische, theils schiefe und unklare Elemente in sich trug. Die Rückwirkung der Freunde des vorigen Systems gegen das jetzige; die gekränkte Empfindlichkeit verdienter Männer, welche, wie früher ihre Stimme in allen Fragen der öffentlichen Bildung und im Bereiche der geistigen Tendenzfragen überhaupt willkommen und einflußreich gewesen war und wie sie früher gewohnt gewesen, den protestantischen Standpunkt in Wissenschaft und Schule als den einzig passenden anerkannt zu sehen, nun plötzlich mit eben so vieler Schonungslosigkeit sich zurückgesetzt und zur Seite geschoben sahen; die Verhältnisse der Akademie, in welcher die protestantischen Gelehrten, nach lange behauptetem einseitigem Uebergewicht, nun einer, wie wir glauben, verdienten, aber darum nicht minder erbitternden Reaktion unterlagen, einzelne Antipa-

thieen des Adels gegen den Bürgerlichen und der gebildeten Kreise gegen die Bezeugungen persönlicher Frömmigkeit, confessionelle Beschränktheit und, bei steigender Reizung, steigende Leidenschaftlichkeit von protestantischer Seite, endlich und hauptsächlich Indifferentismus und Aerger über die Betonung des kirchlichen Lebens auf katholischer Seite — alle diese unlautern Bestandtheile sind in Anschlag zu bringen und ihr Vorhandenseyn ist um so weniger zu läugnen, als die Fehler, welche die Opposition im Verlaufe des Landtags begangen hat, nur der Abdruck —, als das Scheitern der Opposition, so weit sie gescheitert ist, nur Folge von jenen sind. Es ist jedoch zu bemerken, daß auch diejenigen Stimmungen, welche wir als Folge von Empfindlichkeit bezeichnen, im diesseitigen Bayern, und gerade in Altbayern selbst, nicht den Charakter der Neuerung gegenüber dem Bestehenden, sondern vielmehr umgekehrt, den Charakter der Antipathie, welche Inhaber von alten wohlbegründeten Rechten oder Gewohnheiten gegen Neuerungen hegen, getragen haben. Die hist.-pol. Blätter haben dieß Verhältniß bezeichnet, indem sie sagen, der Fürst Wallerstein sey der letzte Minister der alten Ordnung gewesen (der Ordnung, deren Staatsmänner den neuen bayerischen Staat gegründet und eingerichtet und die Verfassung gegeben haben), mit dem jetzigen Ministerium habe eine neue, mit der Veränderung des katholischen Bewußtseyns und der Weltlage verknüpfte Ordnung begonnen, gegen welche von Seiten der alten nun rückgewirkt werden sollte. Wenn auch das Ministerium und namentlich der Chef desselben diese Auffassung seinen Gegnern gegenüber nach allen Kräften zurückweisen wird, sowohl weil er in allen Kämpfen unermüdlich seine strenge Unterordnung unter die Verfassung und zwar unter den Geist wie unter den Buchstaben derselben behauptet hat, als weil die verschiedenen „Ordnungen", in diesem Fall die verschiedenen Ministerien, so verschieden ihre politischen Tendenzen sind, doch faktisch ihren, wenn auch bis zu einem gewissen Grade sehr freien Spielraum nur innerhalb des Kreises der gleichbleibenden Grundsätze der Krone selbst haben können: so ist doch jener Ausdruck erschöpfend und charakteristisch zugleich. Wie innerhalb der katholischen Geistlichkeit selbst die ältere Generation sich über das Hochfahrende der jungen Schule beklagt, so wurde in allgemeiner Beziehung die ganze katholische Erhebung, jenes Wehen eines neuen Geistes, in dem die hist.-pol. Blätter nur die Gegenwart Gottes sehen, von erfahrenen, in ihre vaterländischen Zustände eingelebten Männern praktisch

nicht anders empfunden, denn als Andrang radikalen Uebermuths gegen wohlbegründete Zustände, und der Mißmuth, der sich bildete, war der des ältern Geschlechts gegen ein neues, das mit Leichtsinn und Uebermuth den ganzen Bau, der in Bayern im Lauf des neunzehnten Jahrhunderts gegründet worden, und der abgesehen von seiner innern Berechtigung bereits zum historischen Rechte geworden ist, in Zweifel stellt und anzutasten sucht.

So war die öffentliche Meinung aus den verschiedensten Bestandtheilen zusammengesetzt, diese selbst wieder aus conservativen Instinkten und Concessionen an den Zeitgeist, aus richtigem Haß gegen Zelotismus und Heuchelei und aus falschem Indifferentismus mannigfach gemischt, stark durch die Basis, welche sie im gesunden Verstand und gesunden Sinn hatte, schwach darin, daß sie wußte, was sie nicht wollte, ohne zu wissen, was sie statt dessen wollen könne. Der Verlauf des Landtags hat diese ihre Schwäche wie ihre Stärke gezeigt.

Zweiter Theil.

Der Landtag von 1846.

Das Verfahren des Ministeriums in kirchlichen Angelegenheiten mußte, wenn ein klares Resultat erzielt werden sollte, nach der Natur der Sache, von drei wesentlich verschiedenen Punkten aus beurtheilt werden. Es handelte sich erstens um die Beschwerden der protestantischen Confession: zweitens um seine Wirksamkeit auf dem Gebiete des katholischen Kirchenlebens: drittens um sein Verfahren als Träger der Rechte der Staatsgewalt gegenüber der Kirche überhaupt.

Von der Auseinanderhaltung dieser verschiedenen Gebiete, von dem Takt, womit jede Frage auf das richtige Gebiet geführt und auf ihrem Gebiet in der richtigen Weise behandelt wurde, von der Klarheit endlich, womit in Punkten, in denen alle drei Gesichtspunkte sich zusammendrängen, nach bestimmten Principien zu Werk gegangen wurde, war der Erfolg der Opposition bedingt.

Die verschiedene Stellung auf jenen drei Gebieten geht aus folgender einfachen Betrachtung hervor. Der Katholik als solcher hat kein Recht, darnach zu fragen, in welchem Sinne der Staat innerhalb der protestantischen Kirche seine Episkopalrechte ausübt. Welche der verschiedenen Richtungen innerhalb des Protestantismus er befördert und welchen Gebrauch er von seinen Rechten macht, liegt vollständig außerhalb seiner Sphäre, so lange nicht die katholische Confession sich über Eingriffe in ihre Rechte beschwert. Gleichermaßen hat der Protestant als solcher nicht das mindeste Recht der Einmischung, wenn es sich um die Frage handelt, welchen Gebrauch der Staat von den ihm zustehenden Rechten bezüglich der katholischen Kirche macht, welcher Richtung er durch Nomination der Bischöfe u. s. w. Vorschub leistet, was er den Katholiken

in Beziehung auf Klöster, auf Seminarien, auf Orden u. s. w. bewilligt, so lange nicht in Folge davon irgend eines seiner eigenen Rechte gekränkt wird. Es ist eine, auch unter den bayerischen Protestanten vielfach verbreitete, der gesetzlichen Gleichheit und garantirten Selbstständigkeit und der wahren Toleranz durch und durch widersprechende Meinung, die protestantische Confession als solche könne gegen Einführung gewisser Orden, z. B. der Redemptoristen oder auch der Jesuiten, rechtliche Beschwerde führen. Der Grund, der dabei gewöhnlich geltend gemacht wird, daß die Jesuiten ein vorzugsweise antiprotestantischer Orden sind und der bei Abwägung der politischen Gründe entscheidend seyn kann, ist auf kirchlichem Gebiete um so weniger zuläßig, als mehr oder weniger die gesammte katholische Kirche seit dem Tridentinum eine antiprotestantische und der gesammte Protestantismus ein antikatholisches Institut ist. Die protestantische Confession hat das volle unweigerliche und bei den heutigen Verhältnissen, welche Gegenversuche auch gemacht werden wollten, zuletzt immer siegreiche Recht, gegen Eingriffe in ihre garantirten Rechte vom Staat Hülfe zu fordern, aber auch nur dieses Recht. Ob ihre Rechte von Redemptoristen oder von Jesuiten oder von welcher Seite immer angetastet werden, ist für sie, wenn nur der garantirte Schutz geleistet wird, vollkommen gleich und, da das Recht auf diesen Schutz durch keine Einführung irgend eines Ordens geschmälert wird, so ist diese Einführung für *sie* selbst eben so indifferent, als sie für den *Staatsmann*, dessen Pflicht es ist, im voraus die Vervielfältigung der Reibungen und damit die Vervielfältigung der vom Staate zu leistenden Pflichten zu ermessen, in hohem Grade wichtig ist. Nicht minder klar ist es, daß die Ueberzeugung der Protestanten von der Verderblichkeit einer innerhalb der katholischen Confession herrschenden Richtung eine Einmischung in die Rechte dieser Confession nicht im geringsten rechtfertigen kann, denn auch die Wahrheit dieser Ueberzeugung vorausgesetzt, hat die andere Confession das unantastbare Recht, sich in sich selbst zu entwickeln, wie sie will, und wäre es auch zum Untergang.

Eine ganz andere Stellung nimmt hinwiederum der *Staatsbürger als solcher* ein. Die Erhaltung der Rechte des Staates gegenüber von kirchlichen Anmaßungen, von welcher Kirche sie auch ausgehen mögen, berührt jeden Staatsbürger, dessen politisches Gefühl und Bewußtseyn lebendig ist; und eine Verletzung der Bestimmungen, welche die Verfassung über die Majestätsrechte

enthält, kann gegründeter Gegenstand der Klage von Seiten der Stände seyn. Sodann aber ist vermöge der Freiheit des politischen Lebens jeder Staatsbürger veranlaßt, sich ein Urtheil über das System zu bilden, welches der Staat in der ihm rechtlich zustehenden Einwirkung auf das kirchliche Leben befolgt, insofern dieses System von allgemein nationaler und politischer Bedeutung ist, und es geht sonach aus dem natürlichen Beruf der Stände hervor, wenn sie, sofern dieses System ihnen vom allgemeinen patriotischen Standpunkt aus gefahrbringend erscheint, dahin bezügliche Anträge oder Bitten an die Regierung richten. Gesetzt z. B. ein paritätischer Staat würde seinen Einfluß auf die protestantische Kirche dahin benützen, den alten Lehrgehalt der protestantischen Kirche zu untergraben, die Lehrstellen mit Pantheisten oder Atheisten zu besetzen und die gesammte Confession zu einer freien Kirche nach norddeutschen Vorgängen umzuwandeln, so würde ein katholischer Abgeordneter selbst in dem Falle, wenn die Majorität der protestantischen Confession mit dem System der Regierung einig wäre, vollkommen berechtigt seyn, aus politischen, nationalen und sittlichen Gründen gegen eine solche Entchristlichung zu protestiren; ohne in die freie Entwicklung als Katholik einzugreifen, würde er damit lediglich seine Pflicht als Vertreter der Interessen des gesammten Volkes gegenüber einer Regierung erfüllen, welche durch diese verkehrte Politik gegen Eine Confession das Wohl des ganzen Landes beeinträchtigen würde. Umgekehrt wird keinem protestantischen Abgeordneten, weil er Protestant ist, das Recht bestritten werden, mit allen gesetzlichen Mitteln zu einer Veränderung des Systemes der Regierung in katholischen Kirchensachen beizutragen, wenn er vom staatsbürgerlichen Standpunkt aus dasselbe verderblich findet. Gesetzt z. B. es würden Klösterstiftungen von der Regierung in einer Ausdehnung gestattet, welche eine Menge von Menschen der nützlichen Thätigkeit entziehen oder eine Menge von Grundeigenthum in die Hände einzelner Corporationen bringen würde, oder es würden Vermächtnisse in solcher Anzahl und von solchem Umfang gemacht, daß dadurch eine Beeinträchtigung des öffentlichen Wohlstandes oder der Industrie entstünde, oder es würde ein Orden berufen werden, dessen Wirksamkeit voraussichtlich zu schädlichen Reibungen und Krisen führen würde, oder endlich es würde die religiöse Erziehung nach einem Plane geleitet, der augenscheinlich entweder Unwissenheit und Arbeitsschen oder Unsittlichkeit der katholischen Mitbürger nach sich ziehen würde, so wäre sicherlich der protestantische Abgeordnete

in allen diesen Fällen, ganz abgesehen von seiner Eigenschaft als Protestant, sowohl berechtigt als aufgefordert, auf Aenderung dieses Systemes hinzuwirken.

Es ist hiernach klar, daß, wenn der Staatsbürger berechtigt ist, nicht nur über die Wahrung der Rechte des Staates, sondern auch über das System des Staates in den Sachen einer andern Confession als der seinigen sein Urtheil zu bilden und auszusprechen, dieses Urtheil für den Staat sowohl als für die andere Confession nur in so weit auf Beachtung Anspruch machen kann, als es vom allgemein patriotischen (sey es nun politischen oder sittlichen oder allgemein christlichen oder nationalökonomischen) Standpunkt ausgeht, während es dieses Anspruchs vollkommen verlustig geht, wenn es aus confessionellen Gründen, z. B. aus der Antipathie gegen Klöster oder gegen die Jesuiten oder gegen Bereicherung der katholischen Geistlichkeit oder aus der confessionellen Ueberzeugung von der Unwahrheit des katholisch-orthodoxen Systemes oder der Verderblichkeit von Missionen und Wallfahrten hervorgeht. Und auch im erstern Falle wird die Beachtung von Seiten der gegentheiligen Confession nur in dem Maße eintreten, als er bei aller Gewichtigkeit seiner Gründe ihren Rechten Rechnung trägt, d. h. als er den Verzicht auf irgend ein confessionelles Recht nicht als rechtliche Schuld, sondern lediglich als Opfer an das gemeine Wohl in Anspruch nimmt.

Kein Protestant wird umhin können, uns zuzugestehen: daß er nur *unter* diesen Bedingungen dem Urtheil seiner katholischen Mitbürger Gewicht beilegen, daß er einer bloßen Antipathie gegen dies oder jenes Lehrsystem oder gegen diese oder jene religiöse Praxis innerhalb des Protestantismus niemals Folgen einräumen könne und daß er, im Fall eines Principienkampfes unter den Mitgliedern seiner Kirche über Dogmen, Cultus oder Kirchenverfassung, jede parteiische Einmischung von Seiten nicht protestantischer Mitbürger in diesen Kampf als unbefugt zurückweisen würde; und Keiner wird umhin können, in Folge davon seinen katholischen Mitbürgern das gleiche Recht einzuräumen. —

Betrachtet man nach diesem Maßstab, was der Landtag auf den bezeichneten drei Gebieten gewirkt hat, so ergiebt sich vor allem: daß die drei verschiedenen Gebiete von Seiten der Opposition sowohl als von Seiten der ministeriellen Partei auf eine Weise vermischt worden sind, welche ein klares Endresultat unmöglich machen mußte.

Die katholischen Mitglieder der ministeriellen Partei waren bereit, in den protestantischen Beschwerdefragen, statt vom rechtlichen Gesichtspunkt aus, von vorn herein nach ihrer Sympathie für das katholische Ministerium zu stimmen. Die protestantischen Mitglieder der Opposition trugen ihre confessionelle Mißstimmung und confessionelle Anschauung auf alle Anträge in katholischen Kirchensachen über, statt dieselben unbefangen vom staatsbürgerlichen Gesichtspunkt aus zu prüfen. Gleichermaßen wurde die confessionelle Anschauung in die Frage zwischen Kirche und Staat hineingetragen. Die Einen schienen anzunehmen, daß der Staat, wenn er die Anwendung einer Verfassungsbestimmung nach dem Concordat modificire, dabei den Rechten der Protestanten keine Rechnung zu tragen habe; die Andern, daß der Staat, indem er die Constitution gegeben, sich der Pflicht der Einhaltung eines feierlichen Vertrags habe entbinden können: jene schienen die Priorität des Concordats vor allen Verfassungsbestimmungen, diese die Zuständigkeit, die der Staat in protestantischen Kirchensachen als Inhaber der Episkopatsrechte ausübt, auf die katholischen übertragen zu wollen. Während die Protestanten klagbar für ihre Rechte auftraten, griffen sie zugleich durch unbedingten Anschluß an die katholische Opposition in Kirchensachen, auf's katholische Gebiet über; und indem die Gegenpartei, eben selbst unter dem Gewicht der Anklage stehend, gegen diese Uebergriffe sich verwahrte, verletzte sie zugleich in der Adressebewegung auf's Neue das protestantische Gefühl.

Aber damit war die Verwirrung noch nicht vollendet. Nicht nur wurde ordnungslos auf allen Feldern der kirchlichen Fragen zugleich gekämpft und innerhalb des Katholicismus gestritten, ehe nur die protestantischen Beschwerden erledigt waren: sondern bei einem großen Theile der einen wie der andern Partei gingen auch in dem Einen Gesichtspunkt sämmtliche politische Fragen auf. Während die Einen durchweg dem Ministerium ihre Stimme verweigerten, weil dasselbe in religiöser Beziehung ihr Vertrauen verloren, stimmten Andere aus der nämlichen Rücksicht ihm mit gleicher Unbedingtheit zu. Die sonst *conservativen Protestanten* verbanden sich solidarisch auf der einen Seite mit einer *Parteiopposition* in der zweiten Kammer, mit der sie durch kein weiteres Band als das des augenblicklichen Bedürfnisses zusammenhing, auf der andern Seite mit einer *katholischen Opposition* im Reichsrath, deren Grundsätze sie niemals würde entsprechend auf das protestantische Gebiet über-

tragen wollen: und die ministerielle Partei, wie das Ministerium selbst wurde vermittelst der Adressen und der sie kommentirenden Flugschriften mit der ultramontanen Partei so weit identificirt, daß alle conservativen Elemente der Regierung — Achtung vor den constitutionellen Instituten, Achtung vor der Aristokratie, Achtung vor der Staatsgewalt und Achtung vor der Kluft, welche das verantwortliche Ministerium von der Krone trennt, — auf eine Zeitlang in der ultramontanen Agitation unterzugehen schienen.

Zur Erläuterung des bisher Gesagten, so weit dieselbe nicht in der nachfolgenden Erörterung liegt, bedarf es einiger Worte über die Anträge der katholischen Opposition und über die Adressebewegung, welche sie hervorgerufen hat.

Nachdem die Anträge des Fürsten v. Wrede in der bekannten Weise gescheitert waren, befand sich der Fürst L. v. Wallerstein in der Lage, auf eine in jeder Beziehung verfehlte Opposition die richtige folgen zu lassen. Als gewesener Minister war er in vollem Besitz der Kenntnisse und Erfahrungen, welche zur Lösung der strittigen Fragen nothwendig sind; als Katholik besaß er eine Competenz des Urtheils in katholischen Dingen, wie sie der Protestant nicht in Anspruch nehmen kann, und von der er um so umsichtigeren Gebrauch machen mußte, als voraussichtlich die protestantische Opposition seiner Autorität folgen mußte; jetzt schien er mit allen Vortheilen der conservativen Gewähr, welche seine frühere Stellung ihm gab, eine liberale Vermittlung der Parteien anzustreben. Die öffentliche Meinung ist ihm darin entgegengekommen; aber wie sie trotz der unwürdigen Angriffe der ultramontanen Flugliteratur einstimmig den gesunden und treffenden Verstand, die parlamentarische Gewandtheit und die gefaßte Entschiedenheit des Fürsten anerkannt hat, so mußte sie hinwiederum die Frage: ob sein Liberalismus in politischen Dingen sich consequent, in den kirchlichen Fragen positiv und zur Lösung der entscheidenden Punkte stichhaltig bewährt habe, verneinen. Zwar hat der Fürst einzelne Schwächen der ultramontanen Partei, z. B. das Gehässige, was jeder religiösen Partei, die ihre Kraft in der Allianz mit der Staatsgewalt sucht, vortrefflich gezeichnet und namentlich die Adressebewegung auf eine Weise charakterisirt, deren man sich, wie wir glauben, in Zukunft erinnern wird. Er hat die politische Versatilität dieser Partei hervorgehoben und in seinen Erläuterungen zur religiösen Charakteristik der Redemptoristen positive Beiträge geliefert, (die freilich, wenn nicht das italienische Naturell in Anschlag gebracht wird, zum ungerechtesten

Urtheil führen müssen.) Wenn er aber zugleich über das Verhalten der bayerischen Geistlichkeit in Betreff des Constitutionseides so wie über die historischen Thatsachen, welche zum Verständniß gerade der wichtigsten Frage des Landtags gehören, eine Reihe unhaltbarer Behauptungen vorgebracht, und trotz des Charakters des Ultramontansten der Ultramontanen, den er sich bezüglich der Anerkennung der Autorität Roms beigelegt, eine Verkennung wesentlicher Prinzipien des römischen Stuhles an den Tag gelegt hat, wenn er somit weder bestimmte Aufschlüsse über das Wesen der Richtung, gegen die der ganze parlamentarische Kampf gerichtet war, noch positive Anhaltspunkte in den staatsrechtlichen Fragen gegeben, noch seinen Standpunkt als conservativ katholischen von dem seiner Gegner oder als liberalen von dem des Indifferentismus richtig abzugränzen verstanden hat; so mußte die Mitte, die er eingenommen, so treffende Wahrheiten er nach dem Zeugniß seiner Gegner selbst im Einzelnen gesprochen, im Ganzen sich als unhaltbar erweisen, und ihm von eben dieser Seite den gegründeten Vorwurf zuziehen, daß sie „sich auf die Vermeidung schroffer Worte und die Adoption einer Art von Doppelzunge beschränkt“, im Wesentlichen aber mit dem ersten Antragsteller gemeinsame Sache gemacht habe. Man hat gesagt, der Fürst Wallerstein sey vom conservativ-liberalen Gesichtspunkt ausgegangen; die historisch-politischen Blätter glaubten damit eine schwankende Mitte zwischen dem „conservativ-katholischen Element“, das der Fürst durch seine Amtsführung erhalten, und dem „legal-liberalen“, d. h. wie sie im Grund sagen wollten, radikalen zu bezeichnen. In der That aber sind die Gesichtspunkte, von denen unter den damaligen Umständen ein wahrhaft liberal-conservatives Verfahren, das heißt eine richtige Verbindung conservativer und liberaler Motive hätte ausgehen müssen, sehr einfach zu bezeichnen, und es bedurfte dazu keinerlei persönlicher Glaubensbekenntnisse. Vom conservativen Gesichtspunkt aus kam es darauf an: auf religiösem Felde den Unterschied zwischen den Conservativen, die auf dem positiven Boden ihrer Kirche der religiösen Pflicht nachstreben, und zwischen den Absolutisten zu zeichnen, welche mit der Festhaltung eines orthodoxen Dogmensystems zugleich die katholische Religiosität, mit der Anerkennung der alleinseligmachenden Kirche die praktischen Tugenden der Katholicität und mit der Ausschließlichkeit der dogmatischen Wahrheit immer die Ausschließlichkeit ihrer Rechte gegen fremde Rechte in Anspruch nehmen; auf politischem Felde, das politische Wesen des

Ultramontanismus und seinen Widerspruch mit den conservativen Principien darzuthun. Der liberale Gesichtspunkt erforderte auf religiösem Felde volle Anerkennung und Unterstützung der kirchlichen Freiheit, nach beiden Confessionen hin, auf politischem Felde offene und entschiedene Darlegung alles dessen, was im System des Ministeriums, in einzelnen Maßregeln, wie in seinem Gesammtcharakter, das moralische Gefühl eines Theils des Landes verletzt und das öffentliche Vertrauen erschüttert hatte. Vergleichen wir damit die Wirksamkeit des Fürsten, so war der conservativen Aufgabe nicht genügt, wenn er das religiöse Wesen des Ultramontanismus in Umwandlung der deutschen Geistlichkeit in italienischen Geist und das politische in den Anschluß an den Westen gesetzt hat; es war eben so wenig der liberalen genügt, wenn er auf politischem Felde, statt die Opposition seines Vorgängers gegen das Ministerium in richtiger Weise weiter zu führen, das Ministerium nur unter der mittelbaren Form einer Anklage gegen die Geistlichkeit bekämpfte, die gleichwohl das Bedürfniß des Landes: das Ministerium selbst in eine klare Stellung gebracht zu sehen, nicht im mindesten fördern konnte; oder wenn er auf religiösem Felde, während er mit dankenswerther Entschiedenheit für die Freiheit der protestantischen Kirche und die Hebung ihrer Beschwerden sprach, gleichzeitig in seinen Anträgen, trotz der entschiedensten Erklärung seines Hasses gegen alle administrative Curatel oder Quasicuratel der Kirche, eine Anzahl von bureaukratischen Beschränkungen der katholischen Kirche in Vorschlag brachte.

Eine kurze Betrachtung dieser Anträge wird zeigen, wie weit wir sie für unverträglich mit einem wahrhaft liberalen Standpunkt halten. Der zweite Antrag will alle Vermächtnisse zu Gunsten geistlicher Korporationen, der unmittelbaren Genehmigung der Krone vorbehalten; in jedem einzelnen Falle soll untersucht werden, ob das Vermächtniß sich als Ausfluß freien, uninfluenzirten Entschlusses des Testators erweise und ob durch dasselbe den Hinterlassenen oder dürftigen Verwandten des Testirenden kein allzu großer Nachtheil zugehe. Es gereicht der zweiten Kammer zur Ehre, daß sie die unglaubliche Mißachtung der einfachsten Principien der Privatfreiheit, welche in diesem Antrage liegt, erkannt hat. Wenn man das schmähliche Licht erwägt, welches damit auf die Testatoren wie auf die geistigen Corporationen selbst geworfen wird, wenn man sich vergegenwärtigt, welches Urtheil wohl über die obige Bestimmung von Allen Denen, die ihr zugetreten sind, gefällt werden

würde, wenn der Staat sie für alle Vermächtnisse zu Gunsten aller Personen, die etwa ein Einkommen von mehr als 4000 fl. haben, festsetzen wollte, und welche Waffen von Seiten einer Ständeversammlung durch förmliche Aufforderung zu derlei Eingriffen in die innersten Privatrechte dem Despotismus der Bureaukratie, zunächst gegen die Kirche, im Grund aber gegen die Freiheit Aller in die Hand gegeben wird, so muß man gestehen, daß nur die einseitige Befangenheit in Einem Bedürfniß die erste Kammer zur Annahme bewegen konnte, ganz abgesehen davon, daß die Maßregel das katholische Gefühl erbittern und die Geistlichkeit verletzen müßte. Gleich verletzend ist es, wenn von den beiden letztern schon in der ersten Kammer verworfenen Anträgen der sechste Antrag die Gelübde und die Schenkungen unter Lebenden der Curatel unterstellt und der siebente den Mendikantenorden, welche der Fürst selbst befördert hat, und welche nun einmal gar nicht oder auf die Weise bestehen müssen, wie ihr Name es ausdrückt, vom Bettel auf einen unsichern Unterhalt verweist. Mit Recht fragt man, wozu überhaupt diese Beschränkungen dienen, welchem Uebel sie vorbauen sollen? Der bayerische Staat hat seiner Zeit die Säkularisation in einem Maße und mit einer Willkür vorgenommen, wie vielleicht kein anderer Staat Europa's; diese Zeit ist vorbei; der Kirche hat es zum Heil gereicht, daß sie durch Druck und Armuth auf ihren wahren Beruf zurückgeworfen worden, und der Staat hat, nachdem das Unrecht sich, wie alle Welt weiß, dadurch an ihm gerächt hat, daß das ungeheure Vermögen unter seinen Händen zu Nichts zerronnen ist, seinen Frieden mit der Kirche geschlossen; jetzt aber, nach dem Vorangegangenen, der Kirche die Möglichkeit zu beschränken, durch Privatstiftungen (die in allen kirchlichen Instituten unendlich viel wirksamer sind, als künstliche Schöpfungen von Seiten des Staats, wie sie das Wallerstein'sche Ministerium selbst gemacht hat) neue Institute erstehen zu sehen, — dazu ist der Staat nicht nur nicht moralisch berechtigt, sondern er würde damit auch die schmähliche Erklärung abgeben, daß, weil er seiner Zeit das Gut der Kirche an sich genommen, sofort kein Staatsbürger die Beraubte beschenken dürfe. Wenn die Klöster sich im Uebermaß bereichern würden, wenn es den Anschein haben würde, als ob die Kirche Aussicht hätte, das alte Uebergewicht an Vermögen und Grundbesitz auf eine der Nationalökonomie hinderliche Weise wieder zu erlangen, oder wenn vielfache Fälle von Erbschleicherei constatirt wären, so möchten solche Beschrän-

kungen erklärlich seyn; es gehört aber Verblendung dazu, um eine solche Gefahr jetzt und in diesem industriellen Jahrhundert zu befürchten. Es ist wahrlich kein geringes Zeichen dieser Zeit, daß der Zeitgeist, während er sich mit einer Unterwürfigkeit ohne gleichen dem Capital einzelner Geldmänner beugt und die Politik der großen Staaten von den Manipulationen jüdischer Wechsler hat abhängig werden lassen, — wenn doch einmal die Privatfreiheit zum Besten des Ganzen beeinträchtigt werden soll, statt gegen die Geldherrschaft, mit lächerlichem Muthe unablässig gegen Orden und Klöster zu Felde zieht, welche, wo es sich um neue Stiftungen handelt, nichts weniger als reich zu nennen sind. Es ist überdieß zu zweifeln, ob jene Beschränkungen auch nur ihren Zweck erreichen würden. Soll der Staat Erbschleichereien oder Benachtheiligung dürftiger Verwandten verhüten, so ist dieß nicht nur bei Vermächtnissen zu Gunsten der Kirche, sondern überhaupt seine Pflicht; aber, Pfaffenbetrug einmal vorausgesetzt, so wird dieser Betrug wohl vorsichtig genug seyn, um die Curatel des Staates unwirksam zu machen. Noch viel weniger aber wird der allgemeine Zweck erreicht: durch Verhinderung solcher Stiftungen dem Geist innerhalb der katholischen Kirche entgegenzuwirken, aus dem sie hervorgehen. Je mehr sich ihnen der Staat mißliebig erweist, desto mehr wird vielmehr die Geistlichkeit Anlaß erhalten, ihre Verdienstlichkeit hervorzuheben, und desto mehr wird frommer Glaube oder frommer Aberglaube sich getrieben fühlen, sie ins Werk zu setzen. Wenn im Reichsrath hervorgehoben worden ist, daß die Anträge nur bezwecken, Erbschleichereien zu verhindern, ohne freiwillige Gaben zu stören, so ist, da die Erbschleichereien in diesen Fällen eben nicht durch Betrug, sondern durch moralische Einwirkung auf den freien Willen geschehen, der eigentliche Zweck gleichwohl verfehlt; eine Einmischung des Staats aber, die sich inquisitorisch den Handlungen des Einzelnen in den Weg stellt, kann niemals durch den Grund gerechtfertigt werden, daß sie nur eventuell schlimme Handlungen verhindert, gute aber gewähren läßt.

Was den dritten Antrag betrifft —: „es sey die Ueberzeugung auszu„sprechen, daß die dem bayerischen Staat concordatmäßig obliegende Verpflich„tung, für Herstellung einiger Klöster männlichen und weiblichen Geschlechts zu „Zwecken des Unterrichts und der Seelsorge wie Krankenpflege mit genügender „Dotation im Benehmen mit dem päpstlichen Stuhle zu sorgen, erfüllt sey", — so vermögen wir nicht einzusehen, welche praktische Bedeutung der Antrag

haben sollte. Wenn die Ständeversammlung glaubte, was der Landtagsabschied in Abrede stellt, — daß Klöster aus Staatsmitteln errichtet werden, so mußte sie ihre Ueberzeugung, um dem Antrag Halt zu geben, artikuliren; glaubte sie dies nicht, so kann der Antrag nur als eine Engherzigkeit in Erfüllung versprochener Leistungen gegen die katholische Kirche erscheinen. Der fünfte Antrag, — die Gleichstellung der Lehrer und Lehrerinnen geistlicher Unterrichtsanstalten in den Qualifikationsvorschriften mit denen weltlicher Anstalten — hätte, um nützlich zu seyn, einer näheren Artikulirung bedurft, da mit dem Unterschied der Anstalt eine Modifikation der Qualifikation von selbst bedingt ist. An dem nämlichen Fehler leidet in noch höherem Grade der vierte Antrag: die Stände des Reichs möchten das zuversichtliche Vertrauen zur Krone aussprechen, daß dieselbe keine geistliche Genossenschaft anerkennen, oder ihr stillschweigenden Bestand gestatten werde, welche geeignet erscheinen, den religiösen Frieden irgend wie zu gefährden. Wenn dieser Antrag auf die Redemptoristen bezogen werden soll, so mußte er, da dieselben in Bayern bereits anerkannten Bestand haben, unter genauer Darlegung der Gründe die Aufhebung dieses Bestandes beantragen. Da die Redemptoristen als geeignet zur Friedensstörung in der Kammer geschildert worden waren, so mußte der Sinn des Antrages in der That auf sie bezogen werden, und die Form eines Vertrauensvotums war in diesem Falle lächerlich. Waren aber die Jesuiten gemeint, so konnte er deutlich gestellt und mit Umgehung einer schwankenden, die katholischen Orden überhaupt anklagenden Fassung, unter Beifügung bestimmter politischer Gründe, deutlich gestellt werden.

Die Redemptoristen sind — die wechselseitigen Grundverschiedenheiten vorausgesetzt — innerhalb der katholischen Kirche ungefähr das, was die Herrnhuter und der Pietismus innerhalb des deutschen, der Methodismus innerhalb des englischen und französischen Protestantismus sind; wie diese im Verhältniß zu den großen Erscheinungen der Reformation, bilden jene den Nachsommer zur katholischen Erhebung in den Jesuiten; mit den Pietisten haben sie in ihrer Weise der Einwirkung auf die Gemüther die Methode des „Durchbruchs" gemein; den Spielereien und Verirrungen der Herrnhuter entspricht das Mönchsroccoco und die Uebertreibungen des Marienkultus im Redemptoristenorden. Wem das katholische Kirchenleben am Herzen liegt, der mag die Gefahren, die hieraus erwachsen können, erörtern; die historisch-politischen

Blätter, indem sie den Orden ermahnt „nicht der starren Regel ihrer Stifter, „sondern der in ihr disciplinirten Einsicht über Monotonie und Mechanism die „Herrschaft anzuvertrauen," sich in der Wissenschaft auf der Höhe der Zeit zu erhalten, alles „Gewaltthätige, Forçirte und Ueberreizte" zu meiden, und die „Möncherείen, die eine spätere abgestorbene Zeit wie Pilse und Schwämme aus der Rinde der kränkelnden Bäume treibt", zu vermeiden, haben diese Gefahr anerkannt, und dem Bedenken des Fürsten v. W. über den südlichen Charakter des Ordens geantwortet, daß der Orden sich bestreben wird, sich allenthalben dem Volksgeiste anzuschließen. Soll aber nun hieraus geschlossen werden, daß der Orden mit der öffentlichen Ruhe unverträglich sey, und glauben Protestanten und zwar ihrer Kirche treu ergebene Protestanten, deshalb eine Abweisung des Ordens verlangen zu können, so mögen sie bedenken, daß mit gleichem, ja mit viel größerem Rechte von katholischer Seite ein Staatsverfahren gegen alle pietistischen Sekten und Conventikel begehrt werden könnte, da diese theilweise nicht einmal dem Körper einer garantirten Kirche angehören; sie mögen an der Verfolgung der Methodisten im Waadtland, ja aller kirchlich gesinnten Glieder der Nationalkirche, selbst ermessen: welche Früchte religiöse Unduldsamkeit gegen katholische Kircheninstitute für die Protestanten selbst trägt, wenn der Protestantismus sich der Intoleranz derer, denen ein kirchliches Interesse überhaupt fern liegt, anschließt, statt die religiöse Freiheit seiner Mitbürger heilig zu halten. Von jenem geistig-politischen Zuge übrigens, der den Jesuitenorden charakterisirt, von jenem hierarchischen Streben hat der Redemptoristenorden keine Spur; seine Verirrung ist zelotisch-schwärmerischer Natur, und da sittlicher Wandel und Berufstreue ihnen allgemein zugestanden werden, so kann der Staat keinen Grund haben, sie zurückzuweisen.

Was die Jesuiten betrifft, so war bei der Stellung, welche die ultramontane Partei zur Jesuitenberufung von Luzern eingenommen und bei der principiellen Wichtigkeit, welche diese Partei diesem Orden als Probirstein guter Gesinnung beilegt, allerdings ein Vertrauensvotum vollständig begründet. Die Rücksicht auf die Freiheit der katholischen Kirche mußte hier vor den unabsehlichen Zerwürfnissen, welche die Einführung dieses Ordens in ganz Deutschland hervorbringen, vor der europäischen und deutschen Lage der Dinge verschwinden, oder vielmehr das Interesse der katholischen Kirche Bayerns selbst würde durch die Einführung dieses, durch die historischen Anstöße, die er

in alter und neuer Zeit gegeben, nun einmal specifischen Ordens bei der vorhandenen Weltlage wesentlich beeinträchtigt werden. Ein bemessenes Votum in dieser Beziehung wäre daher unserer Ansicht nach, wenn es auf eine Weise abgefaßt worden wäre, die ein nicht blos formelles Vertrauen zur Krone beurkundet hätte, sogar wünschenswerth gewesen. Denn von Seiten der katholischen Partei war den Ständen keinerlei Garantie gegeben, daß nicht, wie es in Luzern geschehen, die Freunde der Jesuiten ihre Gegner überstimmen möchten; von Seiten des Ministeriums an sich keine volle Garantie, daß nicht einer eventuellen Forderung entsprochen werden könnte, nachdem ein Minister der Krone im Reichsrath selbst hervorgehoben, wie er (und vielleicht aus Gründen, die heut noch wie damals bestehen) vor einigen Jahren eine Petition für Berufung der Jesuiten unterzeichnet habe, ja eine ultramontane Flugschrift, deutete während des Landtags selbst auf die Forderung der Jesuiteneinführung als concordatmäßiges Recht hin. Wir glauben daher, daß ein wirkliches Vertrauensvotum hierüber in einer Weise hätte artikulirt werden können, welche der Krone den Unterschied zwischen den conservativen Katholiken und denen, welche um eines zelotischen Zweckes oder um der Befriedigung eines Triumphes über den Zeitgeist willen bereit sind, die wichtigsten Interessen des Staats und der Kirche selbst aufs Spiel zu setzen (und diesen Charakter haben einzelne die Adressen commentirende Flugschriften geathmet), gezeigt haben würde, ohne den Rückblick auf die während einer einundzwanzigjährigen Regierung bethätigten Grundsätze vergessen zu lassen.

Absichtlich haben wir bei diesen Anträgen länger verweilt. Die Klöster und die Orden sind den Protestanten verhaßt; und die Klöster und die Orden sind wesentlich katholische Institute. So lange die Protestanten nicht lernen werden, sie als solche ein für allemal anzuerkennen und in bezüglichen Rechtsfragen die confessionelle Antipathie dem Rechte unterzuordnen, so lange — und dies ist die Hauptbedingung des confessionellen Friedens von protestantischer Seite — ist der confessionelle Friede in Bayern, in Deutschland nicht verbürgt. Wir wiederholen es: je mehr diese Institute von protestantischer Seite angegriffen werden, desto nachdrücklicher werden sie von der katholischen Kirche festgehalten; je ungestörter sie sich selbst überlassen werden, desto weniger werden sie das nationale Zusammenleben stören. Die Geschichte der Schweiz ist darin von der Vorsehung selbst als Vorbild aufge-

stellt. Die Klosteraufhebung im Aargau war es, welche die Jesuiten nach Luzern geführt und mittelbar den Bürgerkrieg hervorgerufen hat. Wenn die Protestanten verblendet genug seyn sollten, über diese große Lehre der Geschichte hinwegzugehen, wenn sie fortfahren würden, ohne Rücksicht darauf, ob denn wirklich religiöse Motive irgend einer Art der Opposition zu Grunde liegen, sich jeder katholischen Opposition anzuschließen, so mögen sie voraus wissen, was eben diese Geschichte der Schweiz in den klarsten Zügen enthält: sie mögen an den Methodisten des Waadtlands, welche in der Aargauischen Klosterfrage mit dem Radikalismus Hand in Hand gegangen sind und welche nun von eben diesem Radikalismus verfolgt und geächtet sind, ermessen, welche Früchte der Protestantismus selbst ärndtet, wenn er in Angriffen gegen die katholische Kirche mit Parteien, die durch keinen positiven Zusammenhang mit ihm verbunden sind, Hand in Hand geht, statt die religiöse Freiheit seiner Mitbürger heilig zu halten.

Es ist nicht sowohl der Anschluß an die Wallersteinischen Anträge, welche, mit Mäßigung motivirt und von zwei Bischöfen angenommen, auch den unbefangensten Protestanten als unverfänglich für die katholische Kirche erscheinen konnten, als die Thatsache, daß die protestantische Opposition auch heftigeren Anträgen wohl würde beigestimmt haben, und die gezeigte Tendenz dieser Opposition in katholischen Kirchensachen, welche uns veranlaßt, mit der nämlichen Offenheit, womit wir das volle und ganze Recht der protestantischen Beschwerden anerkennen, diesen Mangel zu charakterisiren.

Wenn sonach die katholische Opposition im Ganzen ihre Aufgabe verfehlt hat, so kann trotzdem nicht gesagt werden, daß im Reichsrathe keine positive Richtung vorhanden gewesen sey, welche außerhalb der katholischen Partei den positiven Katholicismus vertreten hätte. Die Stellung, welche zwei Würdenträger der katholischen Kirche im Reichsrath eingenommen, hat den faktischen Gegenbeweis gegen die oft wiederholte Behauptung geliefert, daß die „katholische Partei" mit den positiven Katholiken identisch sey. Der Bischof von Augsburg hat die katholischen Interessen mit einer Entschiedenheit vertheidigt, welche ihm den Beifall der ganzen ultramontanen Presse erworben hat; wenn er so wie der Erzbischof von Bamberg nichtsdestoweniger dem größern Theile der Wallersteinischen Anträge beigestimmt hat, so dürfte der Grund nicht, wie die historisch-politischen Blätter glauben, in einer Ueberlistung durch die ge-

schmeidige Form der Wallersteinischen Opposition, sondern eher darin zu suchen seyn, daß diese Anträge, welches auch die Tendenz seyn mochte, mit welcher sie vorgeschlagen wurden, ihnen faktisch, d. h. unter einer Regierung, von welcher ein für die Kirche nachtheiliger Gebrauch der bezüglichen Befugnisse nicht im mindesten zu befürchten ist, gefahrlos erschienen, während der Beitritt zu denselben ihnen ein Mittel gewährte, ihre Stellung von der der Zeloten, welche in die Ordens- und Klöster-Bestrebungen ausschließlich den Nerv des Katholicismus legen, auf erkennbare Weise abzugränzen. Wenn diese Richtung schon vermöge der Natur der geistlichen Stellung eine eingreifende parlamentarische Wirksamkeit nicht haben konnte, so war sie doch faktisch vertreten und, daß sie gerade von Mitgliedern des Episkopates vertreten wurde, mußte den Friedliebenden innerhalb beider Confessionen zu großer Beruhigung gereichen. —

Ehe noch die gemäßigte Opposition, wie sie der Fürst von Wallerstein mit der Majorität der Reichsräthe vertrat, formelle Schritte gethan, hatte die „katholische Partei" bereits der isolirten Opposition des Fürsten von Wrede die Adressebewegung entgegengesetzt. Der Fürst von Wrede hatte die gegenwärtige Verwaltung als eine schwer auf dem Land lastende, im Inland und Ausland gleichmäßig mißachtete dargestellt. Das Land hatte in seinen gesetzlichen Vertretern selbst die beste Gelegenheit zu zeigen, ob es die Meinung des Fürsten theile oder nicht. Eine faktische Gefahr war nicht entfernt vorhanden; das Scheitern der Wrede'schen Anträge wurde von allen Seiten, selbst von denen, die mit ihnen sympathisirten, vorausgesetzt; es war somit kein Grund vorhanden, dem Proceß innerhalb der Kammern selbst durch Demonstrationen von außen vorzugreifen. Trotzdem glaubte man, wahrscheinlich von dem Eindruck der Sympathie geleitet, welche das Aufreten des Fürsten von Wrede bei einem großen Theil der öffentlichen Meinung fand, welcher ohne dieselben weder in Form noch Inhalt zu billigen, sich lediglich der Eröffnung einer entschiedenen Opposition erfreute, dem Ministerium von außen her mit solchen Demonstrationen zu Hülfe kommen zu müssen. Allerdings konnte, welches Mißtrauen damit auch gegen die Kammern ausgesprochen wurde, die Opposition, falls sie das Ministerium sich im Lande als isolirt gedacht, auf nützliche Weise gewarnt werden, wenn man sich darauf beschränkt hätte, dem Könige den Dank der Katholiken für die Förderung ihrer Kirche und dem Ministerium die Zufrieden-

heit mit seinem System in Kirchensachen zu bezeugen; diese Bezeugung konnte naturgemäß erscheinen, sofern die Erinnerung an das, was die katholische Kirche dem Könige verdankt und was jetzt von der Opposition als Verderben des Landes hingestellt wurde, sie hervorrief. Es lag jedoch auf der Hand, daß in einem Augenblick, wo die protestantische Confession in der zweiten Kammer klagbar gegen die Beeinträchtigung ihrer Rechte auftrat, einseitig von Katholiken unterzeichnete Adressen, auch bei argloser Abfassung, ein schiefes Licht auf das Ministerium und mittelbar selbst auf die Krone werfen konnten, weil Aeußerungen von Seiten der einen Confession das Schweigen der Andern um so beredter erscheinen lassen mußten: ein Mißstand, welcher in der That nur durch den Takt, mit dem der Königliche Erlaß weiteren Bezeugungen unter Versicherung der gleichen Fürsorge des Königs für katholische und protestantische Unterthanen verbat, ausgeglichen worden ist. Aber die Adressen beschränkten sich nicht auf jenen einfachen Zweck. Unter der Versicherung des Dankes gegen den König wurden die Gegner des Ministeriums als illoyale Unterthanen hingestellt und jede Unzufriedenheit mit diesem als gemachte oder unberechtigte Opposition angedeutet; eine der Adressen, die von der ultramontanen Presse das Prädikat einer besondern Lieblichkeit erhielt, dehnte diese Andeutung sogar auf alle Gegner der Redemptoristen aus. Das Königreich Bayern wurde mit dem alten rein katholischen Bayern auf unpassende Weise vermengt; das Ministerium mit der „kirchlich-katholischen Partei" —, und der König mit einer in dem Augenblick, wo man zugleich einen gewesenen mehrjährigen Minister des Königs mit Angriffen überhäufte, unglaublichen Taktlosigkeit mit dem Ministerium identificirt.

Was die Adressen theils mit Worten, theils in Ton und Fassung andeuteten, ergänzten die Commentare in der ultramontanen Flugliteratur. Der König ward ermahnt auf dem betretenen Wege zu beharren, da viel schon geschehen, mehr aber noch zu thun sey, das Maß der Anhänglichkeit wurde deutlich genug als abhängig von dem Maße gezeigt, in dem noch weiter gegangen werden würde. In komischem Contraste mit den Dankadressen wurden die Zustände geschildert, als stehe den Katholiken, wenn sie nicht alle Kraft aufbieten würden, das Schicksal des Aargau's bevor. Der Verfasser einer der Hauptadressen berechnete (in einer Schrift, welche die Provinzialbehörde Takt genug besaß mit Beschlag zu belegen), indem er den Katholiken die Pflicht vor-

hielt, jeder der Kirche holden Regierung ihren Beistand zu leihen und ihre Kraft zu verstärken, bereits die Streitkräfte, über welche die Kirche verfügen könnte: nach Abzug der Schwachen, Unentschlossenen und Lauen, immerhin die Hälfte von dreimalhunderttausend Mann und darunter die körperlich stärkste Bevölkerung; eine Schaar, deren Stimme nicht verfehlen könne, mächtig zu wiederhallen.* Nachdem die Bewegung so ihren Kern enthüllt hatte, drückten die historisch-politischen Blätter durch eine unglaubliche Vergleichung ihr das Siegel auf. Nicht zufrieden, die Adressebewegung in Bayern, welches sie selbst

* Die Stelle lautet wörtlich: „Wir können und sollen auf diese Weise jeder der Kirche holden Regierung gleichsam unsern Beistand leihen, ihre Kraft gleichsam verstärken, jede andere über die Stimmung des katholischen Volkes in's Klare zu setzen suchen, damit sie desto leichter die Vorspiegelungen der Uebelwollenden in ihrer ganzen Bedeutungslosigkeit zu würdigen vermag. Ja, das sollen, das wollen wir, unsere Stimme wollen wir erheben, so oft es Noth thut, einfach, treu, wahr, männlich, — und glaubt mir, sie wird Eindruck machen, tiefen Eindruck. Denn auch angenommen, daß viele, sehr viele falsche Brüder unter uns Katholiken seyen, so sind wir doch, gering gerechnet, dreimalhunderttausend katholische Männer in unserm Bayerland. Zieht die Hälfte davon ab als Schwache, Unentschlossene, Laue: — so bleibt, rechnet selbst, noch immer eine große, wackre Schaar, die es treu mit ihrer Kirche hält, und bereit steht, Gut und Blut für sie daran zu setzen. Nun, zweifelt ihr, daß unsere Stimme mächtig tönt und mächtig wiederhallt bis weit hinaus über unseres Landes Grenzen, so weit es treue Söhne unserer Kirche gibt? Ja gewaltig tönt sie und tief erschütternd. Denn wohlgemerkt, die Starken sind auf unserer Seite, der kräftige Landmann, der durch Arbeit gestählte Bürger, die aber nicht in der Kraft ihrer Arme ihre Stärke suchen, sondern vielmehr im Vertrauen auf Gott und die gerechte Sache, in der Treue und dem Muth des Glaubens ihre Stärke haben." Gleichzeitig gibt diese Broschüre („Was wollen die neuen Kirchenfeinde und Klosterstürmer in Bayern?") einen Beleg für die oben hervorgehobene Identificirung des Königs mit dem Ministerium. „Die Angriffe, sagt sie, so läppisch sie auch seyn mögen, sind eigentlich nicht für den Minister gemünzt. Oder wer regiert? Wer wählt, wer hält den Minister? Wer schreibt dem Minister die Art des Verfahrens vor? Wer will und gebietet, daß auch die katholische Kirche in ihrem Rechte, in ihrer Freiheit geschützt werde, daß ihre ebenso ehrwürdigen als heilsamen Einrichtungen und Diener geehrt und in ihrer Wirksamkeit gefördert werden? — Offenbar unser allergnädigster König, der vom Anfang seiner Regierung bis auf den heutigen Tag ein Gönner und Förderer der heiligen Kirche gewesen und Vieles wieder gut gemacht hat, was in böser Zeit der Kirche Böses zugefügt worden. Wen träfe also zuletzt das Gerede von „Verfinsterung," „Verdummung," und „Herabwürdigung," des Bayerlandes, wenn es nicht ein gänzlich leeres, ausländischen Schwätzern nachgeschwatztes wäre? Wen träfen die Vorwürfe, wenn sie nicht völlig grundlos wären? — Wen die kecken Anklagen, wenn sie nicht ganz und gar ungerecht wären? — Ihr seht, die Herren möchten auch unserm guten König Eins anhängen, wie man so zu sagen pflegt."

als Hort des Katholicismus und als ein eben durch diese Basis vor allen Ländern von Deutschland gefestigtes Land rühmen, und dessen Landmann von den Kammerdebatten keinerlei praktische Folge fühlen konnte, mit der Bewegung in Baden zu vergleichen, dessen katholisches Volk unter der Herrschaft einer radikalen Majorität empfinden und diese Empfindungen äußern gelernt hat, haben sie die Bewegung mit der der galizischen Bauern verglichen, welche gegen die Unterdrückungen eines egoistischen und unsittlichen Adels mit dem Dreschflegel protestirt, wie die bayerischen gegen verwandte Tendenzen des Adels mit den Adressen; und diesem, nach den galizischen Gräuelscenen durch Hintansetzung jeder Rücksicht sowohl gegen den Adel als gegen die Regierung und gegen das Volk staunenerregenden Vergleich eine Entwicklung ihrer schon mehrfach kundgegebenen Ansicht beigefügt, wie bei der vorhandenen Weltlage dem Uebel nur dadurch gesteuert werden könne, daß die gute Sache sich gegenüber dem Verderbniß der Mittelklassen die Massen zu gewinnen trachte, deren Anschluß allein den Sieg der einen oder der andern von den zwei Parteien, worein ihnen zufolge die Welt getheilt ist, entscheiden könne. Eine glänzendere Bestätigung der Befürchtungen, welche der Fürst Wallerstein in seiner Rede über die Adressen ausgesprochen, konnte nicht gegeben werden; und wenn das bayerische Ministerium von der Hülfe der Adressanten nicht ähnliche Früchte ärndtet, wie die österreichische Regierung von der der galizischen Bauern, so ist es nicht die Schuld der ultramontanen Partei, sondern des glücklichen Umstandes, daß die bayerischen Bauern, welche die Adressen gemacht, nur in der Einbildung der hist.-pol. Blätter existiren. —

So hatten sich unter den Katholiken Partei und Gegenpartei geistig neutralisirt; den ungebührlichen Angriffen des Fürsten Wrede war eine ungemessene Reaktion der Ultramontanen gefolgt; der gemäßigten Opposition war es nicht gelungen, ihre Tendenz von der der negativen principienhaft auszuscheiden, aber eben so wenig dem Ministerium, sich über dem Andrang der ultramontanen Partei zu erhalten, durch deren Demonstrationen es aus der Stellung eines für alle Confessionen gleichen Vollstreckers des Verfassungsrechtes in die des Vertreters einer Confession, aus der Stellung des Mandatars der Krone bei den verschiedenen Parteien in die eines Mandatars Einer Partei bei der Krone versetzt worden war.

Während der Kampf auf dem katholischen Gebiete diesen Ausgang nahm,

war gleichzeitig der Kampf der protestantischen Confession mit dem Ministerium in anderer Weise neutralisirt worden. Während die Opposition in katholischen Kirchensachen sich in unklaren Tendenzanklagen und unbestimmten Andeutungen erging, welche, so bald sie erhärtet werden sollten, entweder aus Mangel an Nachweisen oder als reine Gebilde subjectiver Meinung zu Boden fielen, fußte die protestantische Opposition auf thatsächlichen, Jahre lang schon verhandelten Beschwerden, über deren faktische Einwirkung auf die protestantische Bevölkerung kein Zweifel bestehen konnte; während die katholische Opposition in ihren hervorragendsten Führern sich durch persönliche Motive erklären ließ, welche theils zur Hinwegsetzung über alle Schranken führten, theils durch den Eifer für den Katholicismus nur ihre wahre Natur zu verdecken scheinen konnten, war die Erbitterung der Protestanten unbestreitbar aus positivem Interesse an ihrer Kirche hervorgegangen und war die protestantische Sache während mehrerer Jahre hindurch von den Behörden der protestantischen Kirche selbst und zwar mit einer Loyalität geführt worden, welche die Regierung selbst anerkannt hat. Das Ministerium, wohl wissend, wo das reale Gewicht der Opposition lag, und in der Schwierigkeit, auf diesem Punkte einer Vereinigung der protestantischen und der katholischen Opposition zu widerstehen, kam, wie es die Kniebeugungsfrage vor dem Zusammentritt des Landtags erledigt, so jetzt der Behandlung der protestantischen Beschwerden in der zweiten Kammer und damit dem Ausbruch des Kampfes mit der Beseitigung derjenigen Punkte zuvor, welche rein innere Angelegenheiten der protestantischen Kirche betrafen und mit deren Erledigung daher keinerlei Norm zugleich nach der katholischen Seite hin ausgesprochen war: zu spät, um sich noch den Dank der Protestanten zu verdienen, früh genug, um den Kampf um die noch unerledigte Beschwerde — den Uebertritt und Religionsunterricht Minderjähriger betreffend — in ein neues Licht zu stellen. Da diese Beschwerde insofern eine Frage der protestantischen Confession bildet, als diese laut dem Verbote des Uebertritts vor der Volljährigkeit, ihre Angehörigen reklamirt, eine katholische Frage aber insofern, als das Uebertrittsverbot von der katholischen Kirche als Eingriff in ihre Rechte bestritten wird, so hatte die ultramontane Partei Anlaß, die Protestanten, die doch vorgeblich nur als Vertheidiger ihrer Rechte aufgetreten, nun als Vergewaltiger der katholischen darzustellen: und die historisch-politischen Blätter, ohne zu erwägen, daß der Beitritt zu den Wallersteinischen Anträgen, abgesehen von

dem Charakter, den sie durch die Zustimmung des Reichsrathes erhielten, nach dem Vorangegangenen vollständig natürlich war, ohne auch nur anzudeuten, daß die zuvorkommende Beseitigung der übrigen Beschwerden die Frucht eines langen vergeblichen Kampfes von protestantischer Seite gewesen, haben in der That den wenig beneidenswerthen Muth gefunden, mit platter Verdrehung einer Geschichte von sieben Jahren, das Resultat zu ziehen, daß „wer der Friedensbrecher sey, offenbar geworden und der Heuchler sich entlarvt habe“, da „die, welche als die Unterdrückten und Verfolgten sich ausgegeben, mit Unterdrückung und Gewaltthätigkeit umgegangen“ seyen.* Indessen ist diese Beschwerde, nachdem sie in der zweiten Kammer angenommen, in der ersten durch einen künstlichen Ausweg dem Ausschuß überwiesen, d. h. auf künstliche Weise offen gelassen worden, bekanntlich aus dem Abschied gefallen: und demnach der Kampf theilweise durch Zuvorkommen paralysirt, theilweise vertagt worden. —

So hat, wenn wir nun einen Blick auf das Gesammtresultat des Landtags werfen, der Ausgang des Kampfes vollständig den innern Bedingungen entsprochen, unter denen die kämpfenden Parteien den Kampf begannen. Die Opposition hat auf dem Gebiete, wo sie durch Recht und Gesinnung stark war, thatsächlich gesiegt; auf dem Gebiete der katholisch-kirchlichen Fragen, wo sie

* Wenn die hist. pol. Blätter am gleichen Orte von der „outrirten Lammsnatur“ sprechen, mit welcher „die Katholiken (in der zweiten Kammer) bis zum letzten Augenblick Friedensvorschläge gemacht“, so weiß man in der That nicht, welches Publikum sie vor sich zu haben glauben; hätten sie den Eindruck gekannt, welchen gerade diese letzte Wendung in der Kammer hervorgebracht hat, so würde dies schwerlich geschrieben worden seyn. Eben so befremdend ist die Schilderung, welche (XVII. Bd., 6. H., p. 396) von der Kampfweise der katholischen Bewegung überhaupt entworfen wird. Wenn dort gesagt wird, die Kirche, in unserer Zeit von zahllosen Gegnern angefallen, habe bisher von keinen anderen Waffen Gebrauch gemacht, als von denen, womit sie von Anbeginn sich bewehrt gefunden, sie habe ihren Feinden allerwärts nur passiven Widerstand entgegengesetzt, in der Hitze des Streites sey keine Röthe ihrem Antlitz angeflogen, sie habe sich nicht ereifert noch in scharfen Worten gehadert, und eben diese Seelenruhe inmitten des Tumults habe ihre Gegner in innerster Seele erzürnt: so ist dies, falls es von der Kirche als idealischem Begriffe verstanden wird, eine Deklamation, die sich selbst aufhebt, da von der Seelenruhe der unsichtbaren Kirche Niemand erzürnt werden kann; sollen aber die sichtbaren Glieder der Kirche, die auf dem Kampfplatz handelnden Katholiken damit gemeint seyn, so verräth dies bei dem Charakter der „katholischen“ Presse in Deutschland, Frankreich und der Schweiz eine Selbsttäuschung, die kaum erklärlich ist und mit dem Anspruch des Verfassers, auch seiner Partei die Wahrheit zu sagen, im grellsten Gegensatze steht.

theils übergreifenden Tendenzen Raum gegeben, theils der innern Einsicht der Verhältnisse ermangelt hat, ist sie gescheitert, so weit sie im instinktmäßigen Kampfe gegen extrematische Richtungen auch die conservativen Bestandtheile der ministeriellen Politik entwurzeln wollte; auf dem dritten Gebiet endlich — der Frage zwischen Kirche und Staat — haben sich die Kräfte sowohl was Einsicht als was Beharrlichkeit betrifft, gleich getheilt gefunden, und mit der unerledigten Frage über den Confessionswechsel ist der Kampf nicht nur auf dem letzten Gebiet, sondern, sofern diese Frage zugleich das Recht der protestantischen Kirche und das System der katholischen betrifft, der gesammte Kampf auf allen Gebieten auf den nächsten Landtag übergegangen. Das Schicksal hat, indem es jeder Partei ihr Recht zugetheilt, an jede die Mahnung hinterlassen, durch ruhige Prüfung zu höherer Klarheit durchzubringen, und, jede in ihrem Theil, von sich auszuscheiden, was falsch ist, um dann zu dauernder Verständigung zu gelangen.

Man ersieht aus dem Vorstehenden, was unter den damaligen Umständen die „Meinungsäußerung eines Conservativen gegen den Ultramontanismus in Bayern" gewollt hat. Als sie die Presse verließ, waren die principiellen Discussionen in beiden Kammern beendigt; der wichtigste Gegenstand, die Abstimmung über die Auslegung des Verfassungsgesetzes über den Confessionswechsel Minderjähriger harrte noch der Abstimmung; aber bei jedem Ergebniß war vorauszusehen, daß die Erledigung der daran geknüpften Principienfrage der Zukunft vorbehalten bleiben müsse. Die allgemeine Vorfrage, ohne welche diese Erledigung eine Unmöglichkeit ist, die Vorfrage, welche alle Geister und Gemüther während des Landtags beschäftigt hatte und aus allen Discussionen mit erneuter Dringlichkeit hervorgegangen war, war die Frage: „was ist der Ultramontanismus und was will er?" Die „katholische Partei" hatte, indem sie ihn als eine Fiktion erklärte, welche von den Gegnern des Katholicismus an die Stelle des Katholicismus gesetzt werde, sein Daseyn einfach geläugnet: die Opposition, ausgegangen von der Abwehr einer in Fleisch und Blut empfundenen Realität, wurde durch die Läugnung einfach dahin getrieben, ihn mit Gewalt zu durchhauen, d. h. den Katholicismus selbst anzugreifen, wenn denn einmal das unberechtigte Element, dessen Druck sie empfand, der Katholicismus selbst seyn sollte *.

* Die ultramontane Partei hat, indem sie den Ultramontanismus als „Fiction",

Unter diesen Umständen bezweckte die Meinungsäußerung, im gemeinsamen Interesse Aller, den Unterschied zwischen Katholicismus und Ultramontanismus und das Wesen des Ultramontanismus als politische Partei darzulegen; der Opposition die Möglichkeit des Friedens mit dem Katholicismus, der „katholischen Partei" die Unvermeidlichkeit des Unheils zu zeigen, welches aus der Verpflanzung religiöser Principien auf den politischen Boden unter allen Umständen erfolgen muß; und auf diese Weise nach beiden Seiten die Ausscheidung der falschen Elemente vorzubereiten, welche die Bedingung des Friedens ist.

L. U.

als „Phantom", als „Gespenst" bezeichnete, wie es scheint, niemals an diese Folge ihrer Bezeichnungen gedacht. Sie glaubte durch diese Abweisung sich zu decken, ohne zu bedenken, daß die Angriffe, welchen damit gesteuert werden soll, um so heftiger gegen den Katholicismus unmittelbar gerichtet werden, so lange sie sich nicht zugleich beeilt, die realen Eindrücke hinwegzuräumen, welche durch das Gespenst hervorgebracht werden. Wer Nachts gequält wird, dem ist es für seine Schmerzen völlig gleichgültig, ob die Qual von einem Gespenst oder von leibhaften Personen herrührt, denn die Einwirkung ist in beiden Fällen gleich leibhaft. Wenn also der Ultramontanismus ein Gespenst ist, so frage sich die „katholische Partei", warum gerade sie in allen Ländern ein Gespenst vor die Sinne der Völker führt, sie thue die Fehler, welche dieses seltsame, überall gleiche Phänomen hervorbringen, von sich ab, und Niemand wird sich mehr über dies Gespenst beklagen, vor dem die Furcht jetzt noch um so größer ist, als seine Tritte Blutspuren hinter sich lassen. Wir bemerken bei diesem Anlaß zugleich, daß, wenn, wie es neuerdings wieder geschehen ist, die „katholische Partei" den Namen ultramontan als Verdächtigung des einfachen katholischen Charakters vermittelst verhaßter Parteinamen zurückweist, dies nur in der äußersten Vergessenheit dessen geschehen kann, was sie selbst gethan hat. Wenn man den Titel „katholische Partei" nicht nur ohne Sträuben erträgt, sondern sich seiner öffentlich bedient, wenn „katholische Parteien" in einer Anzahl von europäischen Staaten als anerkannte politische Parteien, inmitten katholischer Bevölkerungen und von ihnen ausgeschieden, in der Reihe der übrigen Parteien stehen, wenn es sonach eine Unmöglichkeit ist, den Begriff einer „katholischen Partei" mit dem der katholischen Confession oder dem der katholischen Kirche zu identificiren, wenn sogar die Ultramontanen selbst sich bitter darüber beschweren würden, falls die Taktik der „katholischen Parteien" mit der der katholischen Kirche identificirt würde: so ist es doch in der That eine unerträgliche Anforderung, von den Andern zu verlangen, daß sie diese „katholische Partei" als eins mit dem Katholicismus betrachten und somit selbst den Schild über sie decken sollen, welcher in dem geheiligten Charakter der Religion liegt, — womit sie sich zugleich des Rechtes der Polemik begeben würden!

STADTBIBLIOTHEK

Gs

Materialien

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Rohmer, Friedrich,

Materialien zur Geschichte der neuesten Politik

Stuttgart 1847

Augsburg, Staats- und Stadtbibliothek -- Gs 6234
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11249043-3